

von ihnen als optimal angesehenen Betreuungsformen zu entscheiden. Das heißt aber nicht, dass auf den steigenden Bedarf an Diensten für ältere Menschen nicht reagiert wurde. Seit 1995 sind die Aufwendungen für stationäre und mobile Dienste für ältere Menschen überproportional angestiegen.

Die Sachleistungen für Invalidität (Personen unter dem Regelpensionsalter bzw. unter 60/65 Jahren) entstammen vor allem der Unfallversicherung sowie den Leistungen der Länder und Gemeinden. Auch diese Sachleistungen sind seit 1995 überproportional angestiegen.

Der im EU-Vergleich hohe Anteil der Familienleistungen am BIP ist in den großzügigeren Geldleistungen (v.a. Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld) begründet. Obwohl im letzten Jahrzehnt das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen deutlich ausgeweitet wurde, liegt der für die Erhaltung und den Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung 2013 zur Verfügung stehende Betrag bei etwas mehr als einem Drittel der Summe, die für Familienbeihilfen und Kinderabsetzbeträge aufgewendet wird.

11.2.3 Geldleistungen nach Leistungstypen

Die Geldleistungen der österreichischen Sozialsysteme setzen sich aus verschiedenartigen Leistungstypen zusammen:

- Leistungen auf Basis sozialversicherungsrechtlicher Grundsätze (z.B. Pensionsversicherung, Arbeitslosenversicherung)
- universelle Leistungen, auf die der gleiche Anspruch unabhängig von der Erwerbs- und Einkommenssituation besteht (z.B. Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Pflegegeld)
- bedarfsgeprüfte Leistungen mit Einkommensrechnung (z.B. Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Notstandshilfe, Ausgleichszulage der Pensionsversicherung, Stipendien)
- Leistungen für bestimmte Berufsgruppen (z.B. Beamtenpensionen)
- Sondersysteme (z.B. Kriegsopfer)
- arbeitsrechtliche Ansprüche (z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall)
- nicht obligatorische betriebliche Sozialleistungen (betriebliche Pensionen).

Die sozialversicherungsrechtlichen Leistungen dominieren: Sie haben einen Anteil von 56% an den Geldleistungen, die Beamtenpensionen folgen mit 17%, auf die universellen Leistungen entfallen 13%, auf die bedarfsgeprüften Geldleistungen 5%, auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 4% und auf die Betriebspensionen 3%.

11. SOZIALAUSGABEN IN ÖSTERREICH

Geldleistungen nach Leistungstypen, 2013¹⁾

	in Mrd. EUR
Sozialversicherungsrechtliche Leistungen	36,2
nicht bedarfsgeprüfte Pensionen der gesetzl. Pensionsversicherung	32,8
Geldleistungen der Krankenversicherung	1,1
Geldleistungen der Unfallversicherung	0,7
nicht bedarfsgeprüfte Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung	1,6
Universelle Leistungen	8,1
Familienbeihilfen, Kinderbetreuungsgeld, Kinderabsetzbetrag, Unterhaltsvorschuss	5,6
Pflegegeld	2,5
Leistungen mit Bedürftigkeitsprüfung	3,3
Ausgleichszulage Pensionsversicherung	1,0
Notstandshilfe Arbeitslosenversicherung	1,0
Geldleistungen der Länder und Gemeinden	0,8
Stipendien	0,2
Wohnbauhilfen	0,4
Beamtenpensionen	11,0
Arbeitsrechtliche Ansprüche (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall)	2,7
Betriebliche Sozialeistungen (Betriebspensionen)	2,1
Andere Geldleistungen	1,2
GESAMT	64,6

Quelle: AMS DWH, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, EUROSTAT

¹⁾ Stand November 2014

11.3 Finanzierung der Sozialausgaben

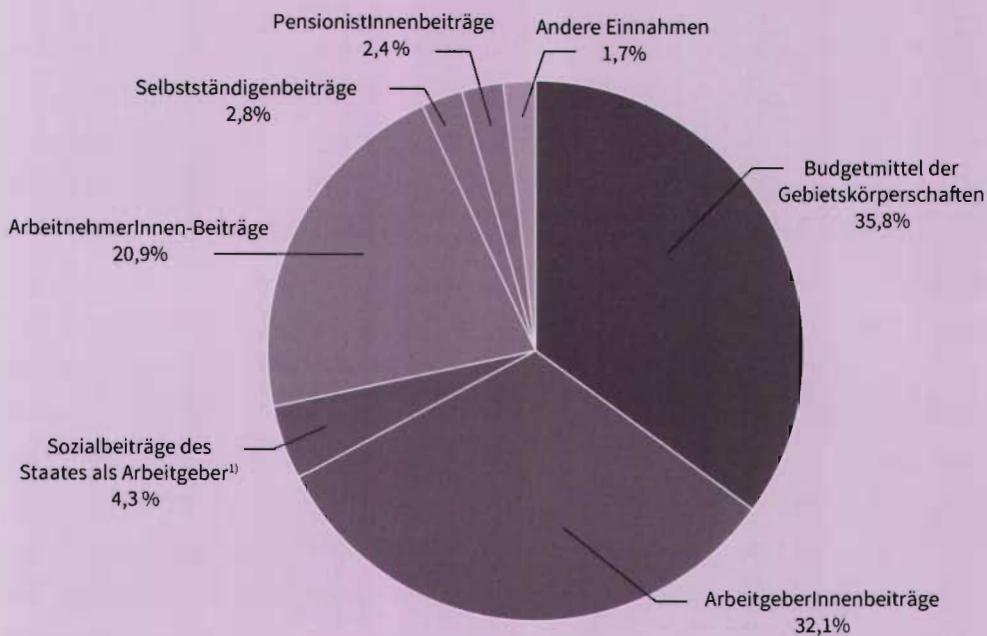
Bei einer Gesamtbetrachtung aller Sozialsysteme wurden 2013 36% durch Budgetmittel der Gebietskörperschaften, 32% durch ArbeitgeberInnenbeiträge, 26% durch Versichertenbeiträge (ArbeitnehmerInnen, Selbstständige und PensionistInnen) und 4% durch Sozialbeiträge des Staates als Arbeitgeber finanziert.

Die Finanzierungsstruktur hat sich seit 2000 verändert: Der Anteil der ArbeitgeberInnenbeiträge (inklusive der Sozialbeiträge des Staates als Arbeitgeber) hat sich um einen Prozentpunkt bis zum Jahr 2013 reduziert, auch der Anteil der Versichertenbeiträge ging zurück, während die staatliche Finanzierung anstieg. Dies ist v.a. auf den Anstieg des Anteils

der universellen Sozialeistungen (z.B. Alten und Kinderbetreuungseinrichtungen, Familienleistungen, Pflegegeld) zurückzuführen, die überwiegend aus öffentlichen Budgets finanziert werden.

Im EU-27-Vergleich tragen in Österreich dennoch die Versicherten deutlich stärker und der Staat sowie die ArbeitgeberInnen weniger zur Finanzierung der Sozialsysteme bei (siehe Abschnitt 8).

Ausschließlich steuerfinanziert sind das Pflegegeld, der Kinderabsetzbetrag, die meisten Leistungen der Länder und Gemeinden, die Stipendien für SchülerInnen und Studierende sowie auch die Bewährungshilfe, die Sachwalterschaft und diverse Hilfsfonds.

Geldleistungen nach Leistungstypen, 2013¹⁾

Quelle: Statistik Austria/Sozialministerium: ESSOSS Datenbank Sozialausgaben, Stand November 2014

¹⁾ inkl. „unterstellte“ Sozialbeiträge des Staates: es wird unterstellt, dass der Staat einen gleich hohen Beitragssatz wie private ArbeitgeberInnen für die Pensionsvorsorge der Beamten aufwendet.

Überwiegend aus ArbeitgeberInnenbeiträgen stammen die Mittel für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Betriebspensionen, die Insolvenzgentgelfondstilistungen, die Unfallversicherung und die Leistungen des Familienlastenausgleichsfonds.

Die umfangmäßig größten Sozialsysteme (Pensions-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) werden zu mehr als zwei Dritteln aus ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenbeiträgen finanziert.

11.4 Aufteilung der Sozial- und Gesundheitsausgaben nach Geschlecht

Im Folgenden wird im Zusammenhang mit dem gesellschaftspolitischen Ziel, faire Teilhabechancen zwischen den Geschlechtern zu schaffen, eine Bestandsaufnahme der Aufteilung der Sozialausgaben auf Frauen und Männer vorgenommen⁵.

Die unterschiedlichen Anteile an den Sozialausgaben hängen von der jeweiligen Zahl der männlichen und weiblichen BezieherInnen und den jeweiligen individuellen Leistungshöhen ab.

⁵ Zum Teil entsprechen die hier angeführten Daten nicht exakt den Daten der anderen Tabellen in diesem Beitrag, da für einige Sozialleistungen die geschlechtsspezifische Aufteilung der Sozialausgaben nicht über ESSOSS, sondern über andere Datenquellen erfolgte. Dies gilt vor allem für die Gesundheitsausgaben und Beamtenpensionen. Ein Teil der Sozialausgaben (u.a. nichtmonetäre Leistungen) außerhalb des Gesundheitswesens ist aufgrund der Datenlage nicht nach Geschlecht aufschlüsselbar. Bei einigen Geldleistungen erscheint eine geschlechtsspezifische Aufteilung nicht sinnvoll. Das gilt vor allem für die auf die Kinder abgestellten Transfers. Insgesamt werden in diesem Beitrag ca. drei Viertel der Sozialausgaben (70 Mrd. EUR) nach Geschlecht aufgeteilt.

11. SOZIALAUSGABEN IN ÖSTERREICH

Je nach Leistungssystemen gibt es unterschiedliche Voraussetzungen für den Zugang zu den Leistungen und die Bemessung der Leistungshöhen. Für einen Teil der Leistungen ist die Erwerbskarriere ausschlaggebend (z.B. Pensionen, Arbeitslosenleistungen), während bei Leistungen mit einer universellen Ausrichtung der Zugang zur Leistung und die Leistungshöhe ausschließlich davon abhängen, ob eine schützenswerte Lebenssituation vorliegt (z.B. Krankheit, Pflege, Kleinkindbetreuung).

11.4.1 Vom Erwerbsverlauf abhängige Sozialleistungen

Bei den Sozialleistungen, die an das Erwerbsleben gekoppelt sind, führen die (frühere bzw. gegenwärtig) unterschiedliche Erwerbseinbindung und Einkommenshöhen von Männern und Frauen zu deutlich unterschiedlichen Sozialleistungen.

Die höhere Lebenserwartung der Frauen und ihr in der Regel früheres Pensionsanfallsalter haben trotz einer generell geringeren Erwerbseinbindung eine höhere Zahl an Bezieherinnen von Direktpensionen (Alters- und Invaliditätspensionen) in der gesetzlichen Pensionsversicherung zur Folge. Die niedrigere durchschnittliche Direktpension der Frauen (ca. 60% jener der Männer) ergibt aber dennoch für Frauen ein wesentlich geringeres Gesamtvolumen an Direktpensionen (12,2 Mrd. EUR für 960.000 Frauenpensionen und 17,1 Mrd. EUR für 835.000 Männerpensionen).

Werden die Hinterbliebenenpensionen hinzugerechnet, die überwiegend auf Frauen entfallen, verringert sich der Unterschied jedoch spürbar. Die Gesamthöhe aller an Frauen ausbezahlten Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung beträgt dann 16,5 Mrd.

EUR. Für die Pensionen der Männer werden insgesamt 17,4 Mrd. EUR aufgewendet.

Die durchschnittliche Pension einer Beamtin beträgt 83% der Pension eines männlichen Beamten. Da weiter deutlich weniger Frauen als Männer Beamtinnenpensionen erhalten, liegt ihr Anteil an den Gesamtausgaben für BeamtInnenpensionen bei 29%.

In der Arbeitslosenversicherung beträgt der Anteil der Bezieherinnen am Gesamtvolumen des ausbezahnten Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe 37%. Ursachen dafür sind die geringere Zahl an weiblichen Arbeitslosen insgesamt (v.a. aufgrund der schwächeren Erwerbseinbindung) sowie die mit den geringeren Löhnen einhergehenden niedrigeren Pro-Kopf-Arbeitslosengeld- und Notstandshilfeleistungen.⁶

In der Unfallversicherung beträgt die an Frauen ausbezahlte Gesamtsumme weniger als 30% aller Versehrtenrenten. Ausschlaggebend ist vor allem die wesentlich niedrigere Zahl an Leistungsbezieherinnen.

Resümierend lässt sich für die an das Erwerbsleben gekoppelten Leistungssysteme sagen, dass die schlechteren beruflichen Chancen der Frauen trotz der höheren Zahl an Pensionsbezieherinnen deutlich niedrigere individuelle Leistungen und einen geringeren Anteil an den Gesamtleistungen zur Folge haben. Auf die Frauen entfällt für diese direkt und indirekt (Hinterbliebenenpensionen) erwerbsbezogenen Sozialtransfers ein Volumen von 19,6 Mrd. EUR. Die geringere Gesamtzahl der über 15-jährigen Männer kann ein höheres Volumen an solchen Sozialtransfers (24,4 Mrd. EUR) als Frauen lukrieren. Dies entspricht einer um ca. 60% höheren durchschnittlichen Pro-Kopf-Leistung.

⁶ Obwohl Frauen einen geringeren Anteil der BezieherInnen von Arbeitslosigkeitsleistungen stellen, soll der Frauenanteil bei den Arbeitsmarktförderungen des AMS 50% erreichen, um die Erwerbseinbindung und Gleichstellung von Frauen weiter zu fördern.

11.4.2 Universelle Sozialleistungen

Die im Folgenden erwähnten Leistungen sind universell ausgerichtet, d.h. jede Person, die sich in einer schützenswerten Lage befindet, hat unabhängig von ihrer Erwerbs- und Einkommenssituation Anspruch auf in der Regel gleich hohe oder vom Bedarf abhängige Leistungen. Die universellen Transfers sind vor allem familien-, pflege- und gesundheitsbezogene Leistungen.

Aufgrund der höheren Lebenserwartung der Frauen entfallen auf sie überdurchschnittliche Anteile an den Pflegegeldleistungen (66%) und Gesundheitsleistungen (56%). Da wegen der vorherrschenden geschlechtsspezifischen Arbeits- und Rollenaufteilung die Betreuung von Kleinkindern überwiegend von Frauen wahrgenommen wird, erhalten sie 95% der Kinderbetreuungsgeldleistungen.

Geschlechtsspezifische Aufteilung der Sozialtransfers und Gesundheitsausgaben, 2013

	Zahl der Bezieherinnen in Tausend	Frauen monatliche Durchschnittsleistung in EUR	jährlicher Gesamtaufwand in Mrd. EUR	Zahl der Bezieher in Tausend	Männer monatliche Durchschnittsleistung in EUR	jährlicher Gesamtaufwand in Mrd. EUR
Gesetzliche Pensionsversicherung gesamt ¹⁾	1.397	842	16,48	902	1.378	17,39
Alterspensionen ¹⁾	893	918	11,47	694	1.520	14,76
Invaliditätspensionen ¹⁾	63	838	0,74	141	1.181	2,32
Hinterbliebenenpensionen ¹⁾	441	690	4,26	67	325	0,31
Pensionen für BeamtenInnen ²⁾	76	2.310	2,11	157	2.790	5,26
Arbeitslosengeld ³⁾	55	752	0,5	76	908	0,83
Notstandshilfe ³⁾	42	611	0,31	63	725	0,55
Versehrten- und Unfallrenten der UV ⁴⁾	31	402	0,17	71	411	0,41
Kinderbetreuungsgeld ⁵⁾	130	640	1	6	640	0,05
Unterhaltsvorschuss ⁵⁾	40	223	0,11	7	223	0,02
Wochengeld ⁶⁾	60	607	0,44	-	-	-
Pflegegeld von Bund und Ländern ⁷⁾	286	448	1,54	151	448	0,81
Sozialtransfers gesamt ⁸⁾			22,66			25,32
Gesundheitsausgaben ⁹⁾ gesamt	4.328	252	13,08	4.124	209	10,32
Sozialtransfers und Gesundheitsausgaben gesamt¹⁰⁾	4.328	688	35,74	4.124	720	35,64

¹⁾ monatliche Leistung 14 x jährlich, Quelle: Sozialministerium

²⁾ monatliche Leistung 14 x jährlich, Quelle: Statistik Austria, inkl. Hinterbliebenenpensionen, ohne Mehrfachbezug

³⁾ monatliche Leistung 12 x jährlich, Quelle: Sozialministerium

⁴⁾ monatliche Leistung 14 x jährlich, Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Statistisches Handbuch

⁵⁾ monatliche Leistung 12 x jährlich, Quelle: Statistik Austria

⁶⁾ Quelle: Statistik Austria/Sozialministerium: ESSOSS-Datenbank Sozialausgaben, Stand November 2014

⁷⁾ Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Stand Dezember 2013

⁸⁾ Es wird aufgrund eines möglichen Mehrfachbezuges keine GesamtbezieherInnenzahl ausgewiesen.

⁹⁾ Quelle: Statistik Austria, Gesundheitsausgaben (System of Health Accounts, Tabelle 7 - Personal expenditure on health by age and gender in Austria - für das Jahr 2011). Von den dort angeführten Daten werden in eigenen Berechnungen die privaten Gesundheitsausgaben und das Pflegegeld abgezogen und die verbleibenden öffentlichen Gesundheitsausgaben für das Jahr 2013 hochgerechnet.

¹⁰⁾ Etwa 70% der Sozialausgaben sind erfasst.

11. SOZIALAUSGABEN IN ÖSTERREICH

11.4.3 Gesamtbetrachtung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die geringere Einbindung von Frauen in das Erwerbsleben und ihre im Durchschnitt schlechtere berufliche Position bei ihnen deutlich geringere erwerbsbezogene Sozialtransfers zur Folge haben. Die höhere Lebenserwartung von Frauen führt zu einem höheren Anteil bei den Gesundheits- und Pflegeleistungen. Außerdem erhalten Frauen wegen der sehr niedrigen Karezierungsquote der Männer einen überwiegenden Anteil am Kinderbetreuungsgeld.

Bei einer Gesamtbetrachtung der erwerbsbezogenen Sozialtransfers, des Kinderbetreuungsgeldes und der Gesundheits- und Pflegeleistungen lukrieren Männer trotz einer niedrigeren Gesamtzahl in etwa das gleiche Volumen an Sozial- und Gesundheitsleistungen

wie Frauen. Die Pro-Kopf-Leistung der Männer ist jedoch um 5% höher als jene der Frauen.

11.5 Aufteilung der Sozialausgaben nach Altersgruppen

Werden die Sozialausgaben auf Altersgruppen aufgeteilt, können Szenarien über erwartbare Wirkungen der demografischen Entwicklung auf die zukünftigen wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben erstellt werden.

Die im Folgenden vorgenommene Aufteilung der Sozialausgaben auf Altersgruppen beruht zum Teil auf den existierenden Altersgliederungen der LeistungsbezieherInnen in Statistiken der Verwaltung, zum Teil lassen sich aufgrund der Art der Leistungen relativ präzise altersspezifische Zuordnungen durchführen.

Altersspezifische jährliche Pro-Kopf Sozialausgaben, 2013 in Mio. EUR

Funktionelle Verteilung der Sozialleistungen	0 - 14 Jahre	15 - 59/64 Jahre	60/65+ Jahre
Alter ^{1),8)}	-	530	25.682
Invalidität ^{2),8)}	-	1.202	-
Hinterbliebene ^{3),8)}	99	181	3.184
Gesundheit ^{4),8)}	1.186	1.988	7.205
Arbeitsmarkt ^{5),8)}	-	895	-
Familie ^{6),8)}	4.620	583	-
Sonstiges ^{7),8)}	-	141	521
Pro-Kopf Ausgaben gesamt	5.905	5.520	36.592
Ausgaben gesamt, in Mrd. EUR	7,2	31,4	56,4

Quelle: Statistik Austria/Sozialministerium: ESSOSS Datenbank Sozialausgaben, Stand November 2014

¹⁾ Mit Ausnahme der vorzeitigen Alterspensionen werden alle Ausgaben der Funktion Alter der 60/65+ Gruppe zugeordnet.

²⁾ Alle Aufwendungen der Funktion Invalidität (außer Pflegegelder) werden den 15- bis 60/65-Jährigen zugeordnet.

³⁾ Aufteilung der Aufwendungen der Funktion Hinterbliebene auf Basis der Altersstruktur der BezieherInnen von Hinterbliebenepensionen in der gesetzlichen PV (2% bis 14 Jahre, 17% 15 bis 60/64 Jhare, 81% über 65 Jahre)

⁴⁾ Die Aufteilung auf Altersgruppen erfolgt lt. „System of Health Accounts“ 2011 von Statistik Austria; eigene Hochrechnung auf das Jahr 2013.

⁵⁾ Alle Ausgaben der Funktion Arbeitsmarkt werden den 15 - 60/65-Jährigen zugeordnet.

⁶⁾ Das Kinderbetreuungsgeld, Wochengeld, drei Viertel der Stipendien und ein Drittel der Familienbeihilfe, des Kinderabsetzbetrages und des Unterhaltsvorschusses werden den über 15 Jährigen zugeordnet.

⁷⁾ Jeweils die Hälfte der sonstigen Leistungen werden den 15 - 60/65-Jährigen und den über 60/65-Jährigen zugeordnet.

⁸⁾ Die Ausgaben in den Funktionen werden mit dem Faktor 1,034 multipliziert. Das entspricht in etwa den im ESSOSS ausgewiesenen Verwaltungsausgaben (und anderen nicht extra dargestellten Aufwendungen).

Die durchschnittlichen Sozial- und Gesundheitsausgaben für eine Person in Österreich betragen im Jahr 2013 rund 11.300 EUR. Auf ein Kind bzw. eine/n Jugendliche/n entfällt ein durchschnittlicher Betrag von jährlich etwa 5.900 EUR, auf eine Person im erwerbsfähigen Alter von 5.500 EUR und auf einen älteren Menschen von 36.600 EUR, da v.a. Pensions-, Gesundheits- und Pflegekosten in den letzten Lebensjahren üblicherweise stärker vertreten sind.

Das heißt, die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für eine ältere Person entsprechen mehr als dem sechsfachen Betrag, der für eine Person unter 65 Jahren aufgewendet wird. Bei dieser Betrachtung werden jedoch nur die Ausgaben im Sozialbereich, nicht jedoch andere wohlfahrtsstaatliche Leistungen wie z.B. die Aufwendungen im Bildungs- und Hochschulbereich berücksichtigt.

11.6 Bestimmende Faktoren für die Entwicklung der Sozialausgaben

Demografie

Da die Pro-Kopf-Sozialausgaben für ältere Personen deutlich höher sind als für jüngere Menschen, spielen die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung und die Veränderung der Altersstruktur eine wesentliche Rolle für die Dynamik der Sozialausgaben.

Seit 1995 ist die Zahl der über 65-Jährigen um 28% angestiegen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich um drei Prozentpunkte. Nach weit verbreiterer Meinung hätten diese demografischen Veränderungen zu einem spürbaren Anstieg der Sozialquote führen müssen. Die politischen Konsolidierungsmaßnahmen in den letzten 20 Jahren haben zumindest bis zur Finanzkrise 2009 den demografischen Druck ausgeglichen. Tatsächlich ging trotz Alterung der Gesellschaft die Sozialquote von 1995 bis 2008 von 28,6% auf 27,6% zurück. Der Anstieg im Jahr 2009 ist überwiegend auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und nicht auf die demografische Entwicklung zurückzuführen.

Altersstruktur der Bevölkerung, 1995 - 2030

	1995		2013		2030		Veränderung von 2013 - 2030 ¹⁾	
	Zahl in Mio.	Anteil	Zahl in Mio.	Anteil	Zahl in Mio.	Anteil	Zahl in Mio.	in %
0 - 14 Jahre	1,42	18%	1,22	14%	1,28	14%	+0,06	+4,9%
15 - 64 Jahre	5,33	67%	5,69	67%	5,55	62%	-0,14	-2,5%
65+	1,20	15%	1,54	18%	2,16	24%	+0,62	+40,3%
Gesamt	7,95	100%	8,45	100%	8,99	100%	+0,54	+6,4%

Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes, Stand: Mai 2014

¹⁾ Die Veränderungen wurden mit nicht gerundeten Zahlen berechnet.

Wirtschaftliche Entwicklung

Von 1995 bis zum Jahr 2000 reduzierte sich die Sozialquote aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums

und der Konsolidierungsmaßnahmen im Sozialbereich (vor allem durch die unter der Inflationsrate liegende jährliche Pensionsanpassungen) von 28,6% auf

11. SOZIAUSAUSGABEN IN ÖSTERREICH

27,7%. Das niedrige Wirtschaftswachstum und die konjunkturell bedingten überdurchschnittlichen Aufwendungen (aufgrund der höheren BezieherInnenzahlen) in einigen Sozialsystemen führten bis 2003 zu einem Anstieg der Sozialquote auf 28,6%. Von 2003 bis 2008 ist ein Rückgang der Sozialquote auf 27,6% zu verzeichnen, der großteils eine Folge des überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums in diesem Zeitraum, aber auch genereller gedämpfter Ausgabensteigerungen in den Sozialsystemen ist. 2009 stieg die Sozialquote vor allem wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf 29,6% an und sank wieder in einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs auf 28,9% im Jahr 2011. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums seit 2012 und der damit einhergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit trieb die Sozialquote wieder auf 29,8 im Jahr 2013, obwohl die Pro-Kopf-Sozialausgaben in realen Werten 2013 geringer waren als 2011.

Das heißt, in Phasen abnehmenden Wirtschaftswachstums erhöhte sich die Sozialquote, während in Perioden eines stärkeren BIP-Anstiegs die Sozialquote eine sinkende Tendenz aufwies. Diese Schwankungen der Sozialquote veranschaulichen, dass die Sozialausgaben neben ihrer armutsvermeidendem Funktion auch eine positive wirtschaftspolitische Rolle als „automatische Stabilisatoren“ innehaben: In Krisenzeiten dämpfen sie den Verlust der Kaufkraft der Bevölkerung und schaffen dadurch günstigere Voraussetzungen für die Wiederbelebung der Wirtschaft, während bei höherem Wirtschaftswachstum die Sozialquote wieder abnimmt, sofern keine leistungssteigernden politischen Reformen gesetzt wurden.

Politische Maßnahmen

Trotz des gestiegenen Anteils älterer Menschen war die Sozialquote 2008 niedriger als 1995. Die von 1995 bis 2008 verstärkt umgesetzten Konsolidierungsmaß-

nahmen haben den Effekt alterungsbedingter erhöhter Aufwendungen kompensiert.

Aufgrund diverser Konsolidierungsmaßnahmen hat sich das durchschnittliche jährliche reale Wachstum der Pro-Kopf-Sozialausgaben deutlich verringert. Es betrug in der ersten Hälfte der 1990er Jahre 3,2%, halbierte sich bis 2008 und seit 2011 ist ein Rückgang feststellbar.

Entwicklung der Pro-Kopf-Sozialausgaben

Jahr	Reale jährliche Veränderung der Pro-Kopf-Sozialausgaben in Prozent
1995	3,2 ¹⁾
2000	1,6 ²⁾
2005	1,1 ³⁾
2008	1,7 ⁴⁾
2009	4,5
2010	0,9
2011	-1,4
2012	0,7
2013 ⁵⁾	0,3

Quelle: Statistik Austria/Sozialministerium: ESSOSS-Datenbank Sozialausgaben; eigene Berechnungen

¹⁾ reale durchschnittliche jährliche Veränderung von 1990-1995

²⁾ reale durchschnittliche jährliche Veränderung von 1995-2000

³⁾ reale durchschnittliche jährliche Veränderung von 2000-2005

⁴⁾ reale durchschnittliche jährliche Veränderung von 2005-2008

⁵⁾ Stand November 2014

Aufgrund der demografischen Veränderungen gab es zwar eine starke Verschiebung bei den Gesamtanteilen der Altersgruppen an den Sozialausgaben. 1995 entfielen 53% der gesamten Sozialausgaben auf ältere Menschen, 37% auf Personen im Erwerbsalter und 9% auf unter 15-Jährige. 2013 lag dieses Verhältnis bei 59%, 33% und 8%. Diese Verschiebung wäre jedoch deutlich stärker gewesen, wenn die getätigten Konsolidierungsmaßnahmen nicht die älteren Menschen

(v.a. durch geringe jährliche Pensionsanpassungen) überdurchschnittlich betroffen hätten.

Während die Verschiebungen der Anteile der Altersgruppen in ihrer Gesamtheit an den Sozialausgaben sehr stark demografisch bedingt sind, wird die unterschiedliche Entwicklung der altersspezifischen Pro-Kopf-Sozialleistungen hauptsächlich von politischen Maßnahmen geprägt.

Werden die durchschnittlichen Pro-Kopf-Sozialleistungen der Altersgruppen betrachtet, so war der Anstieg bei den jüngeren Menschen am höchsten. Die Pro-Kopf-Sozialleistungen der Kinder und Jugendlichen sind um 82% und die der über 60/65-Jährigen um 63% angestiegen. Die Pro-Kopf-Leistungen der Personen im erwerbsfähigen Alter stiegen um 73%.

Nomineller Anstieg der Sozialausgaben und der Pro-Kopf-Sozialausgaben von 1995 bis 2013

	nach Altersgruppen, in Prozent			
	0 – 14	15 – 64	65+	alle Altersgruppen
Sozialausgaben insgesamt	28	68	109	90
Pro-Kopf-Sozialausgaben	82	73	63	77

Quelle: Statistik Austria/Sozialministerium: ESSOSS-Datenbank Sozialausgaben, Stand November 2014; eigene Berechnungen

Für den überproportionalen Anstieg der Pro-Kopf-Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche ist vor allem der starke Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und der Jugendwohlfahrtseinrichtungen verantwortlich, während sich die Geldleistungen (v.a. Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag) durchschnittlich entwickelten.

Gründe für den unterdurchschnittlichen Anstieg der Pro-Kopf-Sozialleistungen bei älteren Menschen sind trotz des starken Anstiegs der Ausgaben für ambulante und stationäre Altenpflegedienste vor allem die moderaten jährlichen Pensionsanpassungen, die (außer beim Ausgleichszulagenrichtsatz) in der Regel in der Höhe des Verbraucherpreisindex und zum Teil unter der Inflationsrate vorgenommen wurden.

11.7 Szenario 2030

Die Zahl der über 65-Jährigen wird sich aufgrund der aktuellen Prognose von Statistik Austria bis 2030 um 40% erhöhen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird von etwa 18% auf 24% ansteigen (siehe Tabelle im Abschnitt 6).

Zunächst werden die Folgen einer ausschließlich demografischen Betrachtungsweise dargestellt: Gäbe es bereits im Jahr 2013 die erwartete Bevölkerungszahl und die Altersstruktur von 2030, würden sich auf Basis der altersspezifischen Pro-Kopf-Sozialausgaben des Jahres 2013 die Sozialausgaben 2013 von 95 Mrd. EUR um 23% auf 117 Mrd. erhöhen. Gemessen am BIP von 2013 würde die Sozialquote in diesem Rechenbeispiel von 29,8% auf 36,3% ansteigen.

Die demografische Entwicklung ist jedoch nur ein Faktor für die Abschätzung der zu erwartenden Entwicklung der Sozialquote. Politische Eingriffe in das Sozialwesen (Leistungsverbesserungen und Leistungseinschränkungen), das Ausmaß des Wirtschaftswachstums und die Beschäftigungsentwicklung sind weitere wesentliche Bestimmungsgrößen.

Es ist davon auszugehen, dass die BIP-Entwicklung auf längere Sicht – auch trotz zu erwartender Rückgänge der Wachstumsraten – deutlich über den demografisch bedingten jährlichen Zusatzkosten für die Sozialsysteme liegen werden.

11. SOZIALAUSGABEN IN ÖSTERREICH

Die Zahl älterer Menschen (über 65 Jahre) wird laut Prognosen bis 2030 im langjährigen Durchschnitt um 36.000 Personen jährlich ansteigen. Dies erfordert jährlich alterungsbedingte Zusatzkosten für die Sozial- und Gesundheitssysteme von etwa 0,4% des BIP. In den letzten 20 Jahren lag das durchschnittliche jährliche reale BIP-Wachstum trotz Kriseneinbruchs 2009 bei über 2%. Selbst wenn angenommen wird, dass das BIP längerfristig langsamer als in den letzten Jahrzehnten ansteigen wird, würden die alterungsbedingten Mehrkosten für die Sozial- und Gesundheitssysteme kaum mehr als ein Viertel des jährlichen BIP-Wachstums ausmachen.

Im Folgenden werden Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum nicht demografiebedingten Wachstum der Sozialausgaben (d.h. die über die demografiebedingten Mehrkosten hinausgehenden Mehraufwendungen bei den Sozialausgaben) getroffen und die Auswirkungen auf die Sozialquote dargestellt. Bei diesen Szenarios wird angenommen, dass – so wie bisher – auch in Zukunft die Finanzierung der alterungsbedingten Mehraufwendungen für Soziales und Gesundheit vor allem im Rahmen der wohlfahrtsstaatlichen Systeme geschieht und es einen moderaten realen Anstieg bei den Geldleistungen und beim Ausbau der sozialen Infrastruktur geben wird.

Szenarios zur Sozialquote 2030

Sozialausgaben steigen (zusätzlich zum demografiebedingten Mehraufwand) ...	durchschnittliches langfristiges jährliches reales BIP-Wachstum 1,0%	durchschnittliches langfristiges jährliches reales BIP-Wachstum 1,5%	durchschnittliches langfristiges jährliches reales BIP-Wachstum 2,0%
... durchschnittlich um real 0,5% pro Jahr	33,4	30,7 ¹⁾	28,2
... durchschnittlich um real 1,0% pro Jahr	36,3	33,4	30,7

Quelle: Sozialministerium, eigene Berechnungen

¹⁾ Rechenbeispiel bei angenommenen jährlichen realen BIP-Wachstum von 2013 bis 2030 von 1,5% und einem jährlichen realen Anstieg der Sozialausgaben von 0,5% (zusätzlich zur Abdeckung des demografiebedingten Mehraufwands). Das BIP 2013 wird mit 100 gleichgesetzt. Eine jährliche Steigerung von 1,5% ergibt für 2030 den Wert von 128,8 (100x1,01517). Aufgrund der ausschließlich demografiebedingten Mehrkosten würden die Sozialausgaben von 29,8 auf 36,3 ansteigen. Wird außerdem ein Anstieg aller Sozialausgaben um jährlich real 0,5% angenommen, würde die Höhe der Sozialausgaben im Jahr 2030 39,5 betragen (36,3x1,00517). Die Sozialquote 2030 würde dann 30,7% betragen (39,5 : 128,8).

Wird die Entwicklung des letzten Jahrzehnts fortgeschrieben und dabei angenommen, dass neben der Abdeckung der demografiebedingten Mehrausgaben die anderen Sozialausgaben um einiges geringer als das BIP steigen werden, so wird sich die Sozialquote bis 2030 trotz des hohen alterungsbedingten Mehraufwandes nur in einem geringen Ausmaß erhöhen: Steigt das reale BIP in den nächsten Jahrzehnten jährlich um durchschnittlich 1,5%, dann wird die Sozialquote bis 2030 trotz der demografiebedingten Mehraufwendungen und einer darüber hinausgehenden Steigerung der Sozialausgaben von z.B. jährlich 0,5% von 29,6% im Jahr 2013 in moderater Form auf 30,7% wachsen. Das heißt, die Sozialquote würde bis 2030 jährlich um weniger als 0,1 Prozentpunkte ansteigen, und damit in einem Zeitraum von 17 Jahren in einem geringeren Ausmaß ansteigen, als dies in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise innerhalb nur eines Jahres geschehen ist.

Wächst das BIP jährlich um 2% – in den letzten 20 Jahren war dies der Fall – dann würde bei einem Wachstum der Sozialausgaben um 0,5% (zusätzlich zu den demografisch bedingten Mehrausgaben) die Sozialquote 2030 mit einem Wert von 28,2% unter jenem des Jahres 2013 mit 29,8% liegen.

Diese Szenarien stehen im Widerspruch zur oft vorgebrachten Skepsis, dass die Alterung der Gesellschaft die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates vor kaum lösbare Probleme stelle. Die pessimistischen Befunde stützen sich nur auf demografische Größen. Sie lassen aber die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung außer Acht, auch wenn diese gedämpfter als bisher ausfallen sollte. Es wird dabei auch nicht beachtet, dass sich das Sozialsystem schon seit einiger Zeit mit Reformen auf die demografischen Veränderungen eingestellt hat. Das Wachstum der Sozialausgaben ist schon seit einiger Zeit deutlich gedrosselt worden. Dies ist u.a. bei den für die Gesamthöhe der Sozialausgaben relevanten Pro-Kopf-Ausgaben für ältere Menschen (siehe Tabelle in Abschnitt 6.) ersichtlich. Der durch die steigende Zahl älterer Menschen entstehende Mehraufwand wird also schon seit geraumer Zeit durch Drosselungen bei den Pro-Kopf-Ausgaben in einem beträchtlichen Ausmaß ausgeglichen.

11.8 Die Sozialausgaben im EU-Vergleich

Sozialquote

Das letztverfügbare Jahr für einen EU-Vergleich der Sozialausgaben ist 2011. Die Sozialquoten der EU-27-Staaten lagen zwischen 15% (Lettland) und 34% (Dänemark). Der EU-Durchschnitt betrug 29,0%. Österreich befand sich mit 28,9%⁷ knapp darunter.

Höhere Werte als Österreich weisen Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Belgien, Griechenland, Finnland, Italien und Schweden auf. Die niedrigsten Werte (unter 20%) haben Lettland, Estland, Rumänien, Litauen, Bulgarien, Slowakei, Malta und Polen.

Die Krise 2009 hat zu einem drastischen Anstieg der Sozialquoten geführt. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Sozialquote im EU-Durchschnitt um 2,9 Prozentpunkte von 26,7% auf 29,6%.

Dies gilt für alle EU-28 Staaten, wobei der Anstieg zwischen 0,6 Prozentpunkten (Polen) und 5,1 Prozentpunkten (Litauen) variierte. In Österreich lag der Anstieg der Sozialquote von 2008 auf 2009 (+2,0 Prozentpunkte) unter dem EU-28 Durchschnitt. Wesentliche Ursachen für den Anstieg der Sozialquoten waren einerseits der Rückgang der Wirtschaftsleistung (BIP) und andererseits die höheren Aufwendungen für die Sozialsysteme v.a. aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit und zunehmender anderer sozialer Problemlagen. Ohne Finanz- und Wirtschaftskrise wäre die Sozialquote im EU-Durchschnitt trotz Alterung der Gesellschaft mittelfristig (2000 bis 2008) nur um wenige Zehntelpunkte angestiegen.

⁷ Österreichs BIP-Zahlen basieren auf ESVG 2010 Zahlen, die der anderen EU-Staaten auf ESVG 1995. Die ESVG 2010-Methodik weist höhere BIP-Zahlen auf als die ESVG 1995-Methodik. Wenn die BIP-Zahlen der anderen Staaten auf ESVG 2010 umgestellt werden, werden sich deren Sozialquoten reduzieren. Österreich würde dann wieder eine über dem EU-Durchschnitt liegende Sozialquote haben.

11. SOZIALAUSGABEN IN ÖSTERREICH

Sozialschutzausgaben in % des BIP

	2008	2009	2011	Anstieg der Sozialquote von 2008-2011 in Prozentpunkten
EU 28	26,7	29,6	29,0	+2,3
Dänemark	30,7	34,7	34,2	+3,5
Frankreich	31,3	33,6	33,6	+2,3
Niederlande	28,5	31,6	32,3	+3,8
Belgien	28,3	30,6	30,4	+2,1
Griechenland	26,2	28,0	30,2	+4,0
Finnland	26,2	30,4	30,0	+3,8
Italien	27,7	29,9	29,7	+2,0
Schweden	29,5	32,0	29,6	+0,1
Österreich¹⁾	27,6	29,6	28,9	+1,3
Irland	21,5	26,5	29,6	+8,1
Deutschland	28,0	31,5	29,4	+1,4
Großbritannien	25,8	28,6	27,3	+1,5
Portugal	24,3	26,8	26,5	+2,2
Spanien	22,2	25,4	26,1	+3,9
Slowenien	21,4	24,2	25,0	+3,6
Ungarn	22,9	24,3	23,0	+0,1
Zypern	19,5	21,1	22,8	+3,3
Luxemburg	21,4	24,3	22,5	+1,1
Kroatien	18,7	20,8	20,7	+2,0
Tschechien	18,0	20,3	20,4	+2,4
Polen	18,6	19,2	19,2	+0,6
Malta	18,1	19,6	18,7	+0,6
Slowakei	16,1	18,8	18,2	+2,1
Bulgarien	15,5	17,2	17,7	+2,2
Litauen	16,1	21,2	17,0	+0,9
Rumänien	14,3	17,1	16,3	+2,0
Estland	14,9	19,0	16,1	+1,2
Lettland	12,7	16,9	15,1	+2,4

Quelle: EUROSTAT; Stand: September 2014

¹⁾ Österreich: BIP-Zahlen gemäß ESVG 2010; andere EU-Staaten: BIP-Zahlen gemäß ESVG 1995.

Pro-Kopf-Sozialausgaben

Die Sozialschutzausgaben je EinwohnerIn in Kaufkraftstandards (KKS)⁸ liegen 2011 im EU-28-Durch-

schnitt bei 7.281 KKS. Mehr als Österreich (9.643 KKS) geben Luxemburg, Dänemark und die Niederlande für den Sozialschutz aus.

⁸ Kaufkraftstandards (KKS): eine von Landeswährungen unabhängige Einheit, die Verzerrungen auf Grund von Unterschieden im Preisniveau ausschaltet. Die KKS-Werte werden an Hand von Kaufkraftparitäten (KKP) ermittelt, die als gewogener Durchschnitt der Preisrelationen eines homogenen Korbes von Waren und Dienstleistungen berechnet werden, der für alle Mitgliedsstaaten vergleichbar und repräsentativ ist.

Die mit der Kaufkraft standardisierten Pro-Kopf-Sozialausgaben nähern sich in der EU langsam an, wobei die Unterschiede noch immer beträchtlich sind. Obwohl in den meisten neuen EU-Mitgliedsstaaten die

standardisierten Pro-Kopf-Sozialausgaben überdurchschnittlich angestiegen sind, machen sie dennoch nur zwischen einem Fünftel (Bulgarien) und 54% (Slowenien) der Pro-Kopf-Sozialausgaben Österreichs aus.

Sozialschutzausgaben pro Kopf der Bevölkerung in Kaufkraftstandards¹⁾, 2011

Land	2011	Anstieg seit 2003 in %
EU-28	7.281	-
Euroraum	8.206	31
Luxemburg	13.277	18
Niederlande	10.378	35
Dänemark	10.079	34
Österreich	9.643	25
Frankreich	9.330	28
Deutschland	9.292	26
Schweden	9.120	13
Belgien	8.952	30
Irland	8.639	77
Finnland	8.550	46
Italien	7.655	34
Großbritannien	6.977	9
Griechenland	6.172	39
Spanien	6.032	40
Zypern	5.276	60
Slowenien	5.231	28
Portugal	4.985	37
Tschechien	4.275	32
Ungarn	4.064	40
Malta	4.004	38
Slowakei	3.583	59
Polen	3.384	57
Kroatien	3.094	-
Litauen	2.956	101
Estland	2.822	91
Bulgarien	2.134	78
Rumänien	2.065	139
Lettland	1.602	76

Quelle: EUROSTAT; Stand: 1. September 2014

¹⁾ Kaufkraftstandards (KKS): eine von Landeswährungen unabhängige Einheit, die Verzerrungen auf Grund von Unterschieden im Preisniveau ausschaltet. Die KKS-Werte werden an Hand von Kaufkraftparitäten (KKP) ermittelt, die als gewogener Durchschnitt der Preisrelationen eines homogenen Korbes von Waren und Dienstleistungen berechnet werden, der für alle Mitgliedsstaaten vergleichbar und repräsentativ ist.

11. SOZIALAUSGABEN IN ÖSTERREICH

Finanzierung der Sozialausgaben

Hauptfinanzierungsquellen im EU-28-Schnitt sind die staatliche Finanzierung (11,9% des BIP) und die Sozial-

beiträge der ArbeitgeberInnen (10,7% des BIP). Auf die Beiträge der Versicherten entfallen 6% des BIP.

Finanzierung des Sozialschutzes¹⁾ (in % des BIP, 2011)

	Staatliche Zuweisungen	ArbeitgeberInnen	Sozialbeiträge Versicherte ²⁾
EU-28	11,9	10,7	6,0
Belgien	11,0	12,9	6,3
Dänemark	20,0	4,5	4,5
Deutschland	11,1	10,6	9,4
Griechenland	11,9	9,2	6,2
Spanien	11,3	11,1	3,1
Frankreich	11,5	14,2	6,7
Irland	19,8	5,8	2,1
Italien	13,6	11,4	4,4
Luxemburg	11,0	6,8	5,9
Niederlande	8,3	11,1	11,7
Österreich	9,9	10,9	7,7
Portugal	12,0	8,3	4,2
Finnland	15,0	11,5	3,9
Schweden	16,6	11,2	3,0
Großbritannien	13,3	8,6	3,6
Bulgarien	9,5	5,8	3,0
Tschechien	5,1	10,2	4,9
Estland	3,4	12,2	0,3
Zypern	13,4	5,8	4,1
Lettland	6,1	6,2	2,7
Litauen	5,1	7,8	2,5
Ungarn	9,1	8,0	4,5
Malta	8,9	4,9	2,8
Polen	3,5	8,1	3,5
Rumänien	8,4	5,2	2,2
Slowenien	8,6	6,4	9,5
Slowakei	7,4	8,3	3,8
Kroatien	7,7	6,5	7,3

Quelle: EUROSTAT, Stand Juni 2014

¹⁾ Die „sonstigen“ Einnahmen werden hier nicht ausgewiesen.

²⁾ ArbeitnehmerInnen-, Selbstständigen- und PensionistInnenbeiträge

Verglichen mit der durchschnittlichen Finanzierungsstruktur der Sozialschutzsysteme in der EU sind in Österreich die Einnahmen aus den Beiträgen der versicherten Personen höher und die staatliche Zu-

wendung geringer. Der Anteil der ArbeitgeberInnenbeiträge am BIP liegt in Österreich etwa auf derselben Höhe wie im EU-28-Durchschnitt.

Die Finanzierungsstrukturen der 28 Mitgliedsstaaten sind sehr unterschiedlich. Die Anteile der steuerfinanzierten Sozialleistungen am BIP bewegen sich zwischen 3% (Polen, Estland) und 20% (Dänemark), die der versicherten Personen zwischen 0% (Estland) und 12% (Niederlande) und jene der ArbeitgeberInnen zwischen 5% (Dänemark) und 14% (Frankreich).

11. SOZIALAUSGABEN IN ÖSTERREICH

Christian Glocker
 Thomas Horvath
 Christine Mayrhuber
 Silvia Rocha-Akis

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

12.	ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH	249
12.1	Das Volkseinkommen und die Lohnquote	251
12.1.1	Entwicklung der Arbeitseinkommen, Unternehmensgewinne und der Lohnquote	252
12.1.2	Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung im internationalen Vergleich	256
12.1.3	Implikationen und Ausblick	260
12.2	Die Entwicklung und Verteilung von Löhnen und Gehältern	262
12.2.1	Entwicklung der Effektiv- und Mindestlöhne	263
12.2.2	Entwicklung der ArbeitnehmerInneneinkommen	264
12.2.3	Verteilung der ArbeitnehmerInneneinkommen	270
12.2.4	Die Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich	274
12.2.5	Zusammenfassung	279
12.3	Die Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen	279
12.3.1	Ungleichheit unter verschiedenen Gesichtspunkten	280
12.3.2	Die Entwicklung einzelner Einkommensquellen	284
12.4	Zusammenschau	287
12.5	Literatur	290

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit ist für mehr als 3,5 Mio. Menschen in Österreich die unmittelbare Hauptquelle der ökonomischen wie auch der sozialen Teilnahme am Leben. Aber auch die mittelbare soziale Absicherung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter ist an die Höhe der Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit gekoppelt. Damit ist die Beobachtung der ökonomischen Ressourcen der Erwerbsbevölkerung sowohl aus gesamtwirtschaftlicher als auch aus sozialpolitischer Sicht von großer Bedeutung. Der vorliegende Beitrag wirft drei unterschiedliche Blickwinkel auf die Einkommensverteilung in Österreich:

Im ersten Teil werden im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (quasi der Buchhaltung der österreichischen Wirtschaft) die Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital näher analysiert. Im zweiten Teil stehen die Erwerbseinkommen der unselbstständig Beschäftigten und deren Verteilung sowie die Entwicklung der Niedriglöhne im Mittelpunkt.

Da die ökonomische Position nicht nur vom individuellen Arbeitseinkommen, sondern auch vom Einkommen der anderen Haushaltsmitglieder wie auch von den Sozialtransfers an die Haushalte bestimmt ist, wird im dritten Teil der Arbeit der Blick auf die Haushaltseinkommen und deren Verteilung über die Zeit gerichtet.

Definition der verwendeten Begriffe, Konzepte und Daten

- Als Funktionale Einkommensverteilung wird die Verteilung der Erträge gemäß volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bezeichnet. Die Analyse der „Entlohnung“ der Produktionsfaktoren erfolgt unabhängig von den dahinterstehenden Personen.

- Eine zweite gesamtwirtschaftliche Größe ist das Volkseinkommen (auch Sozialprodukt bezeichnet, Höhe 2013: 226 Mrd. EUR): Es ist die Summe aller bezogener Einkommen sowohl aus unselbstständiger als auch aus selbstständiger Tätigkeit; Vermögenseinkommen, Miet-, Zins- und Pachteinkommen, die innerhalb eines Jahres vorhanden sind, werden auch einbezogen.
- Die unbereinigte Lohnquote (2013: 70,3%) gibt den Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte (nur unselbstständig Erwerbstätige) in Relation zum Volkseinkommen wieder.
- In der bereinigten Lohnquote (2013: 70,1%) sind die Veränderungen in der Struktur der Erwerbstätigen, also Verschiebungen des Anteils unselbstständig Erwerbstätiger an den Erwerbspersonen wie auch Veränderungen der Erwerbspersonenzahl insgesamt berücksichtigt.
- Bei den ArbeitnehmerInnenentgelten (Höhe 2013: 159 Mrd. EUR) sind sämtliche Geld- und Sachleistungen, die unselbstständig Beschäftigte aus ihren Arbeitsverhältnissen zufließen, berücksichtigt. Sie beinhalten neben den Bruttolöhnen und – gehältern auch die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der ArbeitgeberInnen (Höhe 2013: 30 Mrd. EUR) für die ArbeitnehmerInnen. In der Nettolohnquote (2012: 61,1%) wird durch Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer von der Lohnsumme wie auch vom Volkseinkommen (Sozialabgaben und direkte Steuern, veranlagte Einkommens- und Körperschaftssteuer) eine Nettogröße ermittelt. Die Nettolohnquote gibt an, wie sich das Nettovolkseinkommen auf den Faktor Arbeit und Kapital verteilt. Bei einer gleichen Abgabenbelastung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital entspricht die Brutto- der Nettolohnquote. Die gegenüber der Bruttolohnquote niedrigere Nettolohnquote zeigt

die stärkere Abgabenbelastung des Faktors Arbeit in Österreich. Erst im Rahmen der personellen Einkommensverteilung wird der Frage nachgegangen, wie sich das im Wirtschaftsprozess entstandene Einkommen auf einzelne Personen (ArbeiterInnen, Angestellte etc.) oder Personengruppen (Haushalte) verteilt. Hier kann zwischen Primäreinkommen und Sekundäreinkommen unterschieden werden.

- Die Primäreinkommen beziehen Bruttolöhne und Bruttokapitaleinkünfte mit ein. Sekundäreinkommen umfassen das tatsächlich verfügbare Einkommen von Personen oder Haushalten.
- Für die verfügbaren Haushaltseinkommen werden von den Primäreinkommen die direkten Steuern und die Sozialabgaben abgezogen; da es sich um eine Haushaltsbetrachtung handelt, sind andere Einkommensbestandteile wie beispielsweise Familienbeihilfen, Arbeitslosengeld, Unterhaltsleistungen etc. aller Haushaltsglieder Teil des verfügbaren Haushaltseinkommens. Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen auf Personenebene oder auf Haushaltsebene kann mit unterschiedlichen Maßzahlen gemessen werden. Der Vergleich der Einkommensanteile von gleich großen Personengruppen (Quintile, Dezile etc.) über die Zeit ist eine Maßzahl.
- Bei Einkommensvergleichen gibt der Gender Pay Gap (auch Gender Wage Gap bzw. Geschlechter-Einkommenslücke) die Differenz in den Stundenlöhnen von Frauen und Männern an. Beim unbereinigten Pay Gap werden die durchschnittlichen Stundenlöhne verglichen, während beim bereinigten Pay Gap die Unterschiede in der Qualifikationen, Berufserfahrung etc. berücksichtigt werden. Niedriglöhne sind Vollzeitarbeitsplätze (36 Wochenstunden und mehr), die mit einem Entgelt verbunden sind, das 2/3 der Medianlöhne aller Vollzeitbeschäftigte nicht erreicht.
- Der Gini-Koeffizient dient als Kennzahl für die Einkommenskonzentration, wobei der hypothetische

Wert 0 eine vollkommene Gleichverteilung des Einkommens über alle Haushalte und der Wert 1 eine vollkommene Konzentration des Einkommens auf einen Haushalt impliziert.

- Datengrundlagen: Die funktionale Einkommensverteilung beruht auf den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 1995). Die Analyse im Bereich der personellen Einkommensverteilung umfasst ausschließlich Arbeitseinkommen gemäß Lohn- und Sozialversicherungsstatistik. Aufgrund von Datenrestriktionen sind bei der Analyse der personellen Einkommensverteilung auf Personenebene die Vermögenseinkommen nicht berücksichtigt, diese Einkünfte finden sich aber in den Analysen zur Einkommensverteilung auf Haushaltsebene wieder, die anhand der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) durchgeführt werden.

12.1 Das Volkseinkommen und die Lohnquote

Unter der funktionalen Verteilungsanalyse wird die Aufteilung des gesamtwirtschaftlichen Sozialprodukts auf die Produktionsfaktoren verstanden. Dabei werden lediglich zwei Produktionsfaktoren und somit zwei Einkommensarten unterschieden, nämlich die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Den gebräuchlichsten Bestimmungsindikator für die funktionale Einkommensverteilung bildet hierbei der Lohnanteil am Volkseinkommen, die Lohnquote. Sie wird aus den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt.

Die Zuteilung der Einkommensströme auf die jeweiligen EmpfängerInnen gestaltet sich jedoch schwierig: Da private Haushalte prinzipiell sowohl über den Produktionsfaktor Arbeit wie auch Kapital verfügen können, ist es nicht unüblich, dass ein Haushalt sowohl Arbeits- als auch Kapitaleinkommen empfängt. Zinseinkünfte, Einkünfte aus Dividenden, etc. zählen

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

zum Gewinneinkommen, betreffen aber natürlich auch vermögende ArbeitnehmerInnen. Neben den Schwierigkeiten bei der Zurechnung der Einkunftssteile auf Personen und Haushalte, werden die Gewinne der Unternehmen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur als Restgröße erfasst, woraus eine verzerrte Abschätzung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen resultieren kann (Schäfer, 2004, Guger et al., 2014). Trotz dieser statistischen Erfassungsprobleme ist die funktionale Verteilungsanalyse für volkswirtschaftliche Fragestellungen von großer Bedeutung.

12.1.1 Entwicklung der Arbeitseinkommen, Unternehmensgewinne und der Lohnquote

Das Arbeitseinkommen wird bestimmt von (i) der Zahl der im Inland beschäftigten ArbeitnehmerInnen, (ii) der Bruttostundenverdienste je Beschäftigten sowie (iii) den pro ArbeitnehmerIn geleisteten Arbeitsstunden. Die Entwicklung der Arbeitseinkommen blieb von 1990 bis 2000 geringfügig unter der der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (vgl. Abbildung „Die langfristige Entwicklung der Einkommen“). Von 2000 bis 2010 verstärkten sich die Unterschiede.

Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte

	Ø 1990-2000	Ø 2000-2010	2009	2010	2011	2012	2013
	Veränderung in % p.a.	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr					
Volkseinkommen							
gesamt	4,2	3,4	-4,7	4,8	4,2	2,2	1,6
je EinwohnerIn	3,7	3,0	-5,0	4,6	3,8	1,8	1,1
Arbeitnehmerentgelte							
gesamt	4,0	2,9	0,9	2,1	3,9	4,1	2,8
je unselbstständig aktiv Beschäftigte/n	3,4	2,3	2,4	1,3	1,9	2,7	2,2
Unternehmens- und Vermögeriserträge							
gesamt	4,6	4,5	-15,8	11,3	4,9	-1,8	-1,3
je EinwohnerIn	4,1	4,1	-16,0	11,0	4,5	-2,3	-1,7
Nettolöhne und -gehälter¹⁾							
je unselbstständig aktiv Beschäftigte/n, nominell	2,6	2,3	4,2	1,0	1,5	1,5	1,8
je unselbstständig aktiv Beschäftigte/n, real mit Konsumdefl.	0,5	0,6	3,8	-0,8	-2,0	-1,1	-0,4
Konsumdeflator	2,1	1,8	0,4	1,8	3,6	2,6	2,2
Verbraucherpreisindex	2,3	1,9	0,5	1,8	3,2	2,5	2,0

Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen

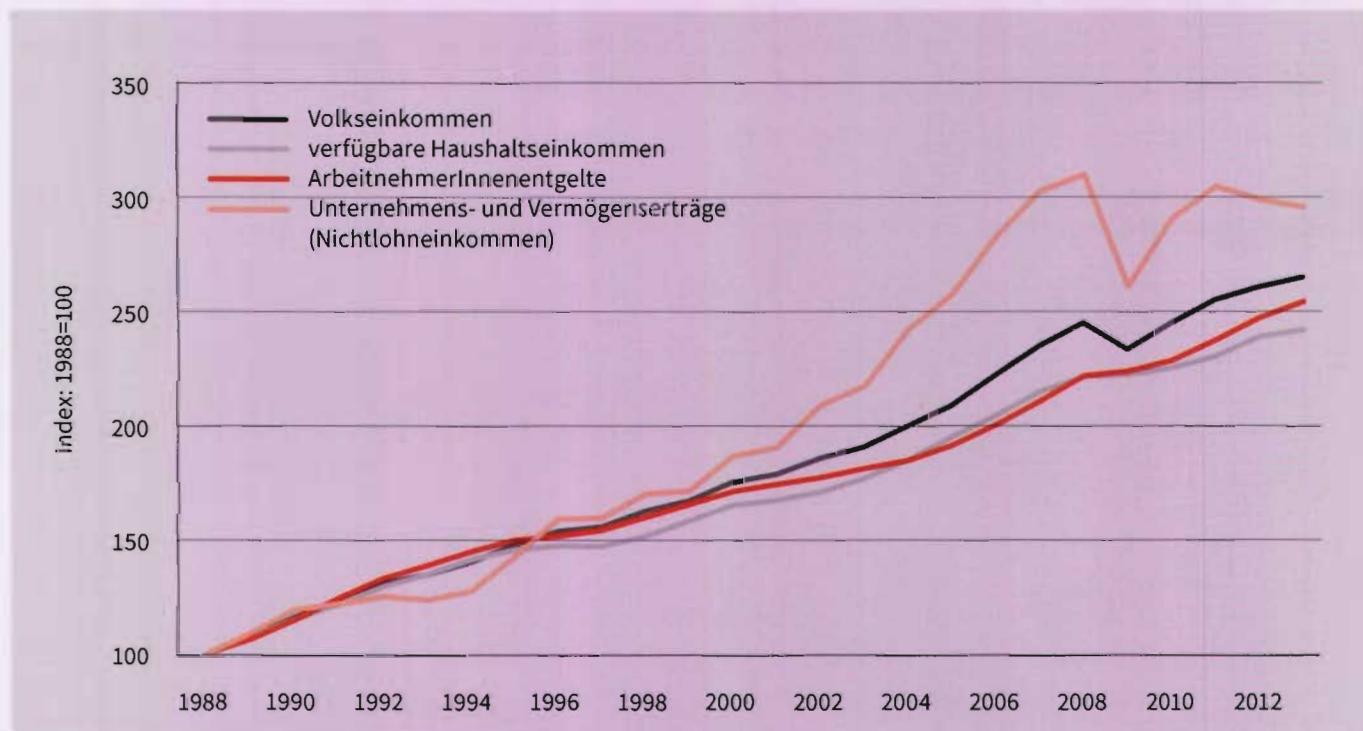
¹⁾ gemäß WIFO-Prognose September 2014

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wuchsen um durchschnittlich 4,5% pro Jahr und die Lohneinkommen um 2,9 % p.a. (vgl. Tabelle „Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte“). Die globale Finanzkrise sowie die europäische Schuldenkrise veränderten dieses Muster. Der moderate Anstieg der ArbeitnehmerInnenentgelte im Krisenjahr 2009 steht im Kontrast zum dramatischen Fall der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Ein Grund hierfür liegt in der stärkeren Abhängigkeit der Unternehmens- und Vermögenseinkommen vom Konjunkturzyklus. In der Rezession brechen Produktivität und Gewinne rasch ein, die vertragsdeterminierten Lohneinkommen reagieren hingegen mit erheblicher Verzögerung. Im Jahr 2009 war dies besonders stark

ausgeprägt: Zum einen war der Einbruch der Produktion und damit der Gewinne besonders stark, zum anderen lagen die Lohnabschlüsse aufgrund der hohen Inflationsrate des Vorjahres relativ hoch. Die Jahre 2010 und 2011 waren wieder vom alten Muster geprägt: rasch steigende Unternehmens- und Vermögenseinkommen und moderat steigende Lohneinkommen. Die beiden jüngsten Jahre, für die Daten vorliegen (2012 und 2013), zeichnen ein ähnliches Bild wie jenes der Finanzkrise 2008/2009. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen hatten sich in diesem Zeitraum rückläufig entwickelt (2012: -1,8%; 2013: -1,3%), wohingegen die Lohneinkommen zulegten (2012: +4,1%, 2013: +2,8%). Diese Entwicklung spiegelt sich deutlich in der Lohnquote wider.

Die langfristige Entwicklung der Einkommen (Brutto)



Quelle: Statistik Austria, WIFO

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Die Entwicklung der Lohnquote

Die Lohnquote beschreibt den Anteil des Einkommens aus nichtselbstständiger Arbeit am Volkseinkommen. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote ergibt sich als Division der ArbeitnehmerInnenentgelte (Lohneinkommen) durch das gesamte Volkseinkommen.

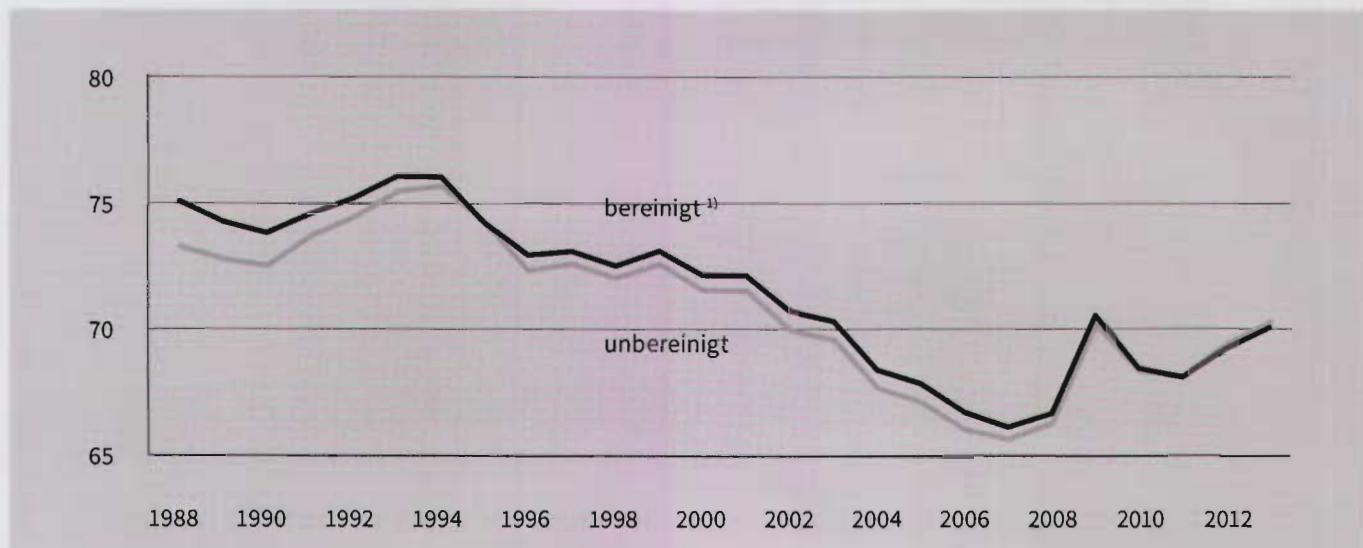
Die Lohnquote kann auch in Reallohn und dem Kehrwert der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität aufgeteilt werden. Hier zeigt sich, dass bei gleicher Zunahme von realen Lohneinkommen und Arbeitsproduktivität die Lohnquote unverändert bleibt. Liegt hingegen die Zunahme der Reallöhne unter dem Produktivitätswachstum, sinkt die Lohnquote. Eine sinkende Lohnquote war in Österreich bis zum Krisenjahr 2008 deutlich stärker ausgeprägt als in den meisten europäischen Ländern (vgl. Abbildung „Internationaler Vergleich der Lohnquote“).

Die Lohnquote misst lediglich die Arbeitseinkommen der unselbstständig Beschäftigten. Veränderungen

der Lohnquote über die Zeit könnten daher durch Veränderungen der Beschäftigungsstruktur insbesondere durch Verschiebungen im Verhältnis von unselbstständig zu selbstständig Erwerbstätigen verursacht sein. Um diesem Problem vorzubeugen, wird die gesamtwirtschaftliche Lohnquote um Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur bereinigt. Dazu wird die Zahl der Erwerbstätigen und der abhängig Beschäftigten auf ein Basisjahr standardisiert. Die folgende Abbildung „Lohnquote brutto“ veranschaulicht den zeitlichen Verlauf der bereinigten und unbereinigten Lohnquote. Langfristig zeigt sich für Österreich ein sinkender Trend der Lohnquote.

Auf Basis der Einkommensdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verdeutlicht sich, dass die bereinigte Lohnquote allein zwischen Ende der 1980er Jahre von 75% auf rd. 66% im Jahr 2007, dem niedrigsten Wert seit Beginn vergleichbarer Aufzeichnungen, gesunken ist.

Lohnquote brutto, bereinigt und unbereinigt, in % des Volkseinkommens



Quelle: Statistik Austria, WIFO

¹⁾ Lohnquote bereinigt um die Verschiebungen des Anteils der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr

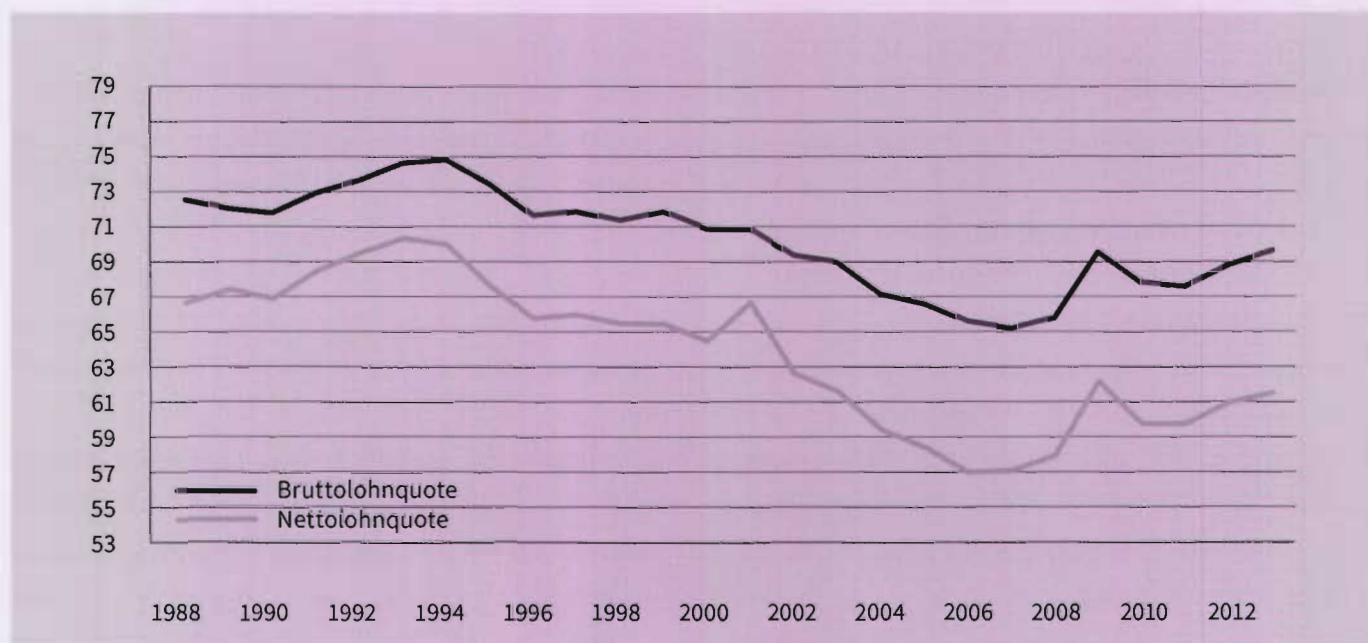
12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Der krisenbedingte Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen als Folge der Finanzkrise 2008/2009 und der europäischen Schuldenkrise 2012/2013 führte zu einem sprunghaften Anstieg der Lohnquote. Die Lohnquote weist hier einen typischen antizyklischen Verlauf auf. Sie steigt in Phasen konjunktureller Abschwünge an, während sie umgekehrt in Aufschwungphasen sinkt. Grund hierfür ist die – nur teilweise erfolgende – Anpassung der Löhne an die konjunkturelle Entwicklung, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich stärker schwanken als die Lohneinkommen. Da die Anpassung darüber hinaus zeitlich verzögert einsetzt, weist die Antizyklizität der Lohnquote in der Regel eine leichte Phasenverschiebung auf.

ZUNEHMENDE ABGABENBELASTUNG DER LOHNEINKOMMEN: NETTOLOHNQUOTE SINKT STÄRKER ALS BRUTTOLOHNQUOTE

Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten brachte nicht nur eine Verschiebung der Einkommensverteilung mit sich, auch die Abgabenbelastung der Produktionsfaktoren hat sich verändert. Die zuvor dargestellte Bruttolohnquote misst die Primärverteilung des Volkseinkommens, die sich über den Markt ohne staatliche Umverteilung ergibt. Zur Beurteilung der Abgabenbelastung eignet sich ein Vergleich der Bruttolohnquote mit der Nettolohnquote. Sind Brutto- und Nettolohnquote gleich hoch, so entspricht die Abgabenbelastung der unselbstständigen Einkommen jener der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Ist hingegen die Nettolohnquote niedriger als die Bruttolohnquote, so wird der Faktor Arbeit stärker mit Abgaben belastet als der Faktor Kapital.

**Entwicklung der Brutto- und Nettolohnquote, unbereinigt
in % des Volkseinkommens**



Quelle: Statistik Austria, WIFO

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Der Pfad der Differenz der Brutto- und Nettolohnquote zeigt unter anderem die Wirkung von z.B. Steuerreformen auf, die Einkommensteuerreformen 2000 und 2009 verkleinerten die Differenz zwischen den beiden Quoten. Auch widerspiegeln sich darin konjunkturelle Faktoren, da sich die jeweiligen Einkunftsarten im Konjunkturverlauf mitunter sehr heterogen entwickeln und sich die Steuern hinsichtlich ihres Progressionsgrades unterscheiden.

Es zeigt sich, dass der Abstand zwischen Brutto- und Nettolohnquote tendenziell gestiegen ist. Die Nettolohnquote lag im Jahr 1995 bei 68,1%. Die Differenz zur Bruttolohnquote von 6,1 Prozentpunkten zeigt, dass die Abgabenlast der Lohneinkommen deutlich höher war als jene der anderen Einkommen. In den Jahren danach hat sich die Abgabenlast weiter zu Lasten der Lohneinkommen verschoben. Im Jahr 2012 betrug die (unbereinigte) Nettolohnquote 61,2%, um 8,2 Prozentpunkte weniger als die Bruttolohnquote. Der langfristige Trend wurde lediglich durch den starken Konjunkturabschwung im Zuge der Finanzkrise unterbrochen. Der Rückgang dieser Differenz im Jahre 2009 auf 7,7 Prozentpunkte spiegelt zum einen die Wirkung von fiskalpolitischen Maßnahmen wider, zum anderen machen sich konjunkturelle Effekte bemerkbar.

12.1.2 Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung im internationalen Vergleich

Wie die folgende Abbildung „Internationaler Vergleich der Lohnquote“ anhand ausgewählter EU-Länder zeigt, sind in den meisten europäischen Volkswirtschaften die bereinigten Lohnquoten¹ in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gefallen. Stiegen bis in die 1970er Jahre die Lohnquoten noch an oder verliefen

zumindest im Gleichklang mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, so war in den 1980er Jahren eine Trendumkehr zu verzeichnen. Seitdem fallen die Lohnquoten in europäischen Ländern zum Teil drastisch. In manchen Ländern, darunter auch Österreich gab es zwischen 1980 und 2012 einen Rückgang von über zehn Prozentpunkten. Verglichen mit den 1970er Jahren, als die Lohnquoten in vielen europäischen Ländern deutlich über 70% des Volkseinkommens lagen, sind die aktuellen Lohnquoten auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. In den vergangenen drei Jahrzehnten sind die Reallohnentwicklungen deutlich hinter dem Produktivitätswachstum zurück geblieben. Dieser Trend lässt sich für die meisten EU-Länder feststellen. Dementsprechend stieg die Unternehmensgewinnquote, die ein Spiegelbild der Lohnquote ist.

Insgesamt lassen sich länderspezifische Unterschiede in der Lohnquotenentwicklung in den vergangenen drei Jahrzehnten feststellen: In Europa gibt es eine Gruppe von Ländern mit relativ hohen Lohnquoten 2013, die sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert bzw. sogar zugenommen haben; hierzu zählen Schweden (73,1%), Dänemark, (72,9%), die Niederlande (69%) und auch Großbritannien (72,4%). Der EU-27-Durchschnitt liegt 2013 bei 66%. In der zweiten Ländergruppe mit überdurchschnittlichem Rückgang der Lohnquote bis 2013 finden sich Spanien (59,3%), Portugal (68,8%), Deutschland (67,3%) aber auch Österreich (70,0%). Aus der Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung lassen sich keine generellen Rückschlüsse auf die personelle Einkommensverteilung ziehen. So ist beispielsweise in Großbritannien die hohe Lohnquote mit einer scharfen Polarisierung der personellen Einkommensverteilung – vor allem aufgrund der überdurchschnittlichen Ver-

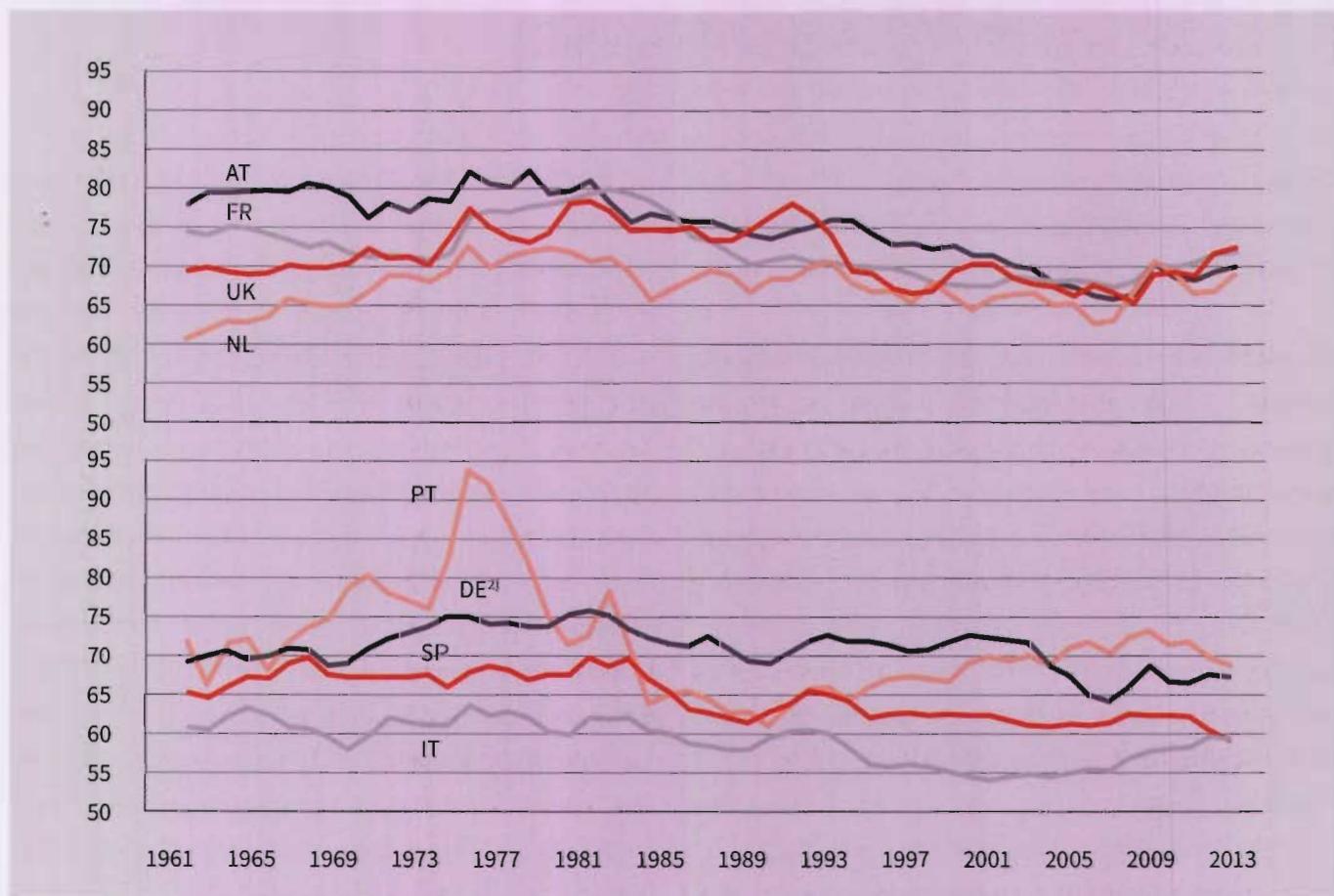
¹ Seit den 1980er Jahren hat sich der Anteil der ArbeitnehmerInnen an allen Erwerbstätigen erhöht. Im Folgenden werden die bereinigten (Brutto-)Lohnquoten verwendet, um diese Veränderungen in der Erwerbsstruktur auszuschalten.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

dienste im Finanzsektor – verbunden². Ein hoher Anteil an Beschäftigten im Finanzsektor und ein überdurchschnittlicher Anstieg bei Management-Gehältern sind für diese steigenden Einkommensungleichheiten auf Personenebene verantwortlich. Stockhammer (2013)

weist darauf hin, dass, würde man die Managervergütungen zu den Gewinnen rechnen, sowohl die britische Lohnquote als auch die kontinentaleuropäischen Lohnquoten noch deutlich niedriger wären.

Internationaler Vergleich der Lohnquote brutto, bereinigt¹⁾ In % des Volkseinkommens



Quelle: Ameco, WIFO-Berechnungen

¹⁾ Lohnquote bereinigt um die Verschiebungen des Anteils der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995.

²⁾ vor 1991 BRD, verkettete Zeitreihe. AT... Österreich, DE... Deutschland, FR... Frankreich, IT... Italien, NL... Niederlande, PT... Portugal, SP... Spanien, UK... Großbritannien

²⁾ In den USA ging die Entwicklung zunehmender Einkommensungleichverteilung sogar so weit, dass die Top 1% an EinkommensbezieherInnen ihren Anteil am Volkseinkommen um mehr als 10 Prozentpunkte erhöhen konnten (siehe z.B.: Atkinson et al., 2011). Dies impliziert, dass vor allem die hohen Einkommen und Vergütungen aus dem Finanzsektor das durchschnittliche Lohneinkommen und damit den Anteil der Löhne am Volkseinkommen in die Höhe getrieben und somit einen Fall der Lohnquote verhindert haben. Diese Entwicklung steht im Kontrast zu jener von NiedrigeinkommensbezieherInnen, die einen deutlichen Verlust an Einkommen und Kaufkraft erlitten hatten (Stockhammer, 2013).

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Ursachen für eine fallende Lohnquote

Die Lohnquote ändert sich, wenn sich die Entlohnung der Beschäftigten nicht im Gleichklang mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität entwickelt. Konjunktuelle Schwankungen sind mit Änderungen der Lohnquote verbunden. Der Einbruch der Gewinne und der Rückgang beim Bruttoinlandsprodukt ließ zwischen 2008 und 2009 die Lohnquote um 4 Prozentpunkte auf 70,4% (2009) ansteigen. Mittelfristig ist die Arbeitsmarktlage entscheidend: Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert direkt den Lohnanteil am Volkseinkommen, da Arbeitslose nicht Arbeitseinkommen sondern Transfereinkommen beziehen. Zugleich führt eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu einer Schwächung der Lohnverhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen.

Für die in vielen Ländern beobachteten langfristig fallenden Lohnquoten bietet die volkswirtschaftliche Theorie weitere Erklärungsansätze an. Einen Einflussfaktor stellt die Lohnpolitik dar. Eine zurückhaltende Lohnpolitik führt zu Lohnzuwächsen unter der Arbeitsproduktivität. Aus der Entwicklung der Lohnquote kann jedoch nicht der Kurs der Lohnpolitik abgelesen werden. Eine sinkende Lohnquote kann sowohl durch eine zurückhaltende als auch durch eine aggressive Lohnpolitik hervorgerufen werden. Das Ergebnis hängt davon ab, in welcher Form ein Austausch (Substitution) der Produktionsfaktoren Arbeit durch Kapital erfolgt. Steigen die Löhne weniger stark als die Arbeitsproduktivität und werden trotz dieser zurückhaltenden Lohnpolitik nicht mehr Arbeitskräfte eingestellt, sinkt die Lohnquote. Erhöhen sich die Löhne stärker als die Arbeitsproduktivität, kann es trotzdem zum Rückgang der Lohnquote kommen, wenn die steigenden Löhne zu einem Austausch des Faktors Arbeit zugunsten des Faktors Kapital führen (vgl. u.a. Galí, 2008).

Vor diesem Hintergrund stellt der Substitutionsgrad zwischen den verschiedenen Produktionsfaktoren

das zentrale Element eines klaren Verständnisses der Änderung der Lohnquote dar. Gemäß der Europäischen Kommission (2007) gibt es hier unterschiedliche Trends in den unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen bzw. Berufs- und Qualifikationsgruppen: Es zeigt sich in Europa, dass neue Technologien tendenziell gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen ersetzen. Der höhere Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften ist nicht in der Lage den Rückgang bei den Geringqualifizierten auszugleichen.

Ein weiteres Argument zur Erklärung fallender Lohnquoten bezieht sich auf die Globalisierung. Diese wirkt sich sowohl in einer Zunahme des internationalen Handels als auch in zunehmender Mobilität von Kapital und Arbeit aus. In diesem Zusammenhang stellt das Stolper-Samuelson-Theorem (1941) einen theoretischen Ansatz aus der Handelstheorie dar. Es besagt, dass vor allem jener Faktor überproportional vom internationalen Handel profitieren sollte, der im Überfluss vorhanden ist. Für hoch entwickelte Länder wie Österreich ist dies der Faktor Kapital, wohingegen der Faktor Arbeit das entsprechende Pendant in Schwellenländern ist. Gemäß dieser Theorie sollten in Folge eines zunehmenden internationalen Handels die Lohnquoten in Industrieländern fallen und in Schwellenländer steigen. Sowohl Internationaler Währungsfond (2007) als auch Europäische Kommission (2007) finden empirische Evidenz hierfür. Wie Stockhammer (2013) jedoch aufzeigt, lassen sich keine steigenden Lohnquoten in den Entwicklungsländern feststellen, was gemäß der Theorie zu erwarten gewesen wäre; dies schwächt die Stolper-Samuelson-Theorie hinsichtlich ihrer empirischen Relevanz. In Österreich dürfte der Einfluss der Globalisierung auf die Lohnquote vor allem aufgrund enger wirtschaftlicher Verflechtungen mit osteuropäischen Ländern und dem damit verbundenen hohen Offenheitsgrad der österreichischen Volkswirtschaft noch deutlicher ausgeprägt

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

sein als in den meisten anderen Industrieländern (Breuss, 2007). So erfolgte der Rückgang der Lohnquote in Österreich seit Mitte der neunziger Jahre deutlich rasanter als in fast allen anderen westeuropäischen Ländern (vgl. Abbildung „Internationaler Vergleich der Lohnquote“).

Eine gestiegene Bedeutung der Finanztätigkeit und der Finanzinstitutionen ist charakteristisch für die wirtschaftlichen Transformationen, die seit Mitte der 1970er Jahre stattgefunden hatten. Diese Entwicklung (Finanzialisierung) umfasst unter anderem steigende Verschuldungsquoten von Haushalten und Unternehmen, stark schwankende Wechselkurse und Vermögenspreise, eine gestiegene Kurzfristorientierung der Finanzinstitute in ihren Vermögensanlageentscheidungen und eine stärkere Orientierung der Unternehmen an den Gewinnen im Sinne der Kapitaleigner (Ertürk et al., 2008, Stockhammer, 2010). Die Finanzialisierung ist ein weiterer Erklärungsansatz für die fallende Lohnquote, da sie zwei wichtige Auswirkungen auf den Lohnverhandlungsprozess zeigt. Zum einen haben Unternehmen aufgrund von Finanzialisierung eine breitere Auswahl an Investitionsmöglichkeiten: Sie können in Finanzanlagen und in Sachwerte investieren, und dies sowohl im eigenen Land als auch im Ausland. Unternehmen profitieren somit von einer höheren Investitionsvielfalt in Bezug auf die geografische Lage als auch in Bezug auf den Inhalt der Investitionen. Zum anderen hat Finanzialisierung Aktionäre (Kapitaleigner) relativ zu ArbeitnehmerInnen in der Lohnverhandlungsposition gestärkt. Der reale Sektor ist als Folge daraus oft gezwungen, drastische Kosteneinsparungen vorzunehmen, unter anderem auch bei den Löhnen (Lazonick – O’Sullivan, 2000, Stockhammer, 2004).

Stockhammer (2013) testet mit Daten für 71 Länder zwischen 1970 und 2007 die oben genannten Gründe für die fallenden Lohnquoten und kommt zum Ergebnis, dass Finanzialisierung – also die Dominanz der Finanzmärkte im Wirtschaftsgeschehen – der Hauptgrund für die fallenden Lohnquoten ist. Finanzialisierung erklärt gemäß dieser Panelstudie 3,3 Prozentpunkte des Rückgangs der Lohnquoten, weitere 1,3 Prozentpunkte die Globalisierung, technologischer Wandel hingegen nur 0,7 Prozentpunkte. In ähnlicher Form wird auch vom Internationalen Währungsfond (2007) auf die Relevanz einer zunehmenden Finanzialisierung für die im langfristigen Trend rückläufigen Lohnquoten hingewiesen.

Weitere Ursachen für den langfristigen Abwärtstrend der Lohnquote liegen in der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in Form von Ausgliederung, verstärktem Einsatz von Leiharbeit, der raschen Zunahme der Teilzeitbeschäftigung sowie atypischer Beschäftigungsformen und den Beschäftigungszuwächsen im Dienstleistungsbereich. Diese Arbeitsformen und Jobs sind meist mit einem niedrigen Einkommen verbunden und fördern die sinkende Lohnquote.

Umstellung auf ESVG 2010 – Auswirkungen auf die Lohnquote

Durch die Neugestaltung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) fällt das Bruttoinlandsprodukt höher aus. Bedeutsam hierfür ist vor allem die Erweiterung des Investitionsbegriffs, der jetzt auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) einschließt. Diese werden nicht mehr als Vorleistungen, sondern als Bruttoanlageinvestitionen behandelt. Darüber hinaus zählen von nun an auch militärische Waffensysteme als Investitionen³.

Fußnote ³ siehe nächste Seite

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Die Neuberechnung liegt seit September 2014 vor. Für Österreich hat sich ein um 3% höheres nominales BIP ergeben. Bezogen auf das Jahr 2013 entspricht dies

einem absoluten Niveaueffekt in einer Größenordnung von 9,5 Mrd. EUR.

Auswirkungen der Umstellung von ESVG 1995 auf ESVG 2010¹⁾

	Lohnquote brutto		Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
	In %	Veränderung in %-Punkten	In Mio. Euro	Veränderung in %
ESVG 1995	70,3		67.110	
ESVG 2010 (BIP: +3%)	69,2	-1,1	68.852	2,6

Quelle: WIFO-Berechnungen

¹⁾ Änderung von Lohnquote bzw. Unternehmens- und Vermögenseinkommen durch Erhöhung des BIP-Niveaus im Jahr 2013 (+3%)

Die Tabelle „Auswirkungen der Umstellung von ESVG 1995 auf ESVG 2010“ zeigt die Veränderung der Lohnquote durch den Übergang auf das ESVG 2010: Unternehmens- und Vermögenserträge werden auch nach der Neugestaltung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht originär berechnet, sondern bleiben eine Restgröße⁴. Der erweiterte Investitionsbegriff mit einem höheren Anlagevermögen führt annahmegemäß zu höheren Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Sämtliche statistische Messfehler, Unschärfen, etc. in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schlagen sich somit auch künftig in diesem Aggregat nieder. Die Zunahme des BIP um 9,5 Mrd. EUR führt zu einer Reduktion der unbereinigten Bruttolohnquote

um 1,1 Prozentpunkte. Im Gegenzug steigen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 2,6% an. Die Ausweitung des Investitionsbegriffs in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung führt somit zu einem statistischen Bedeutungsverlust der Arbeitnehmerentgelte im gesamtwirtschaftlichen Einkommensgefüge.

12.1.3 Implikationen und Ausblick

Der markante Anstieg der Lohnquote während der globalen Finanzkrise 2008/2009 war lediglich ein temporäres Phänomen. Auch der Anstieg im Zuge der europäischen Schuldenkrise 2012/2013 wird wohl eine krisenbedingte Entwicklung darstellen. Vor allem ein

³⁾ Vorläufige Schätzungen legen nahe (endgültige Werte liegen für alle Mitgliedsländer Ende September 2014 noch nicht vor), dass für die Mitgliedsländer der Europäischen Union rund 80% der konzeptionellen Veränderungen infolge der Einführung des ESVG 2010 aus der Vermögenswirksamkeit der F&E-Leistungen und rund 10% aus der Berücksichtigung militärischer Waffensysteme resultieren (vergleiche u.a.: Europäische Kommission, 2014).

Im bisherigen ESVG 1995 wurden F&E-Leistungen bereits als Produktion betrachtet. Zugleich wurden diese Aktivitäten auch als Vorleistungen behandelt. Sie waren somit Güter, die im laufenden Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt wurden. Folglich hatten sie keine Auswirkungen auf die Bruttowertschöpfung, die sich aus dem Produktionswert abzüglich der Vorleistungen ergibt, und damit auch nicht auf das BIP. Die F&E-Leistungen erhöhten gleichermaßen die gesamtwirtschaftliche Produktion und Vorleistungen und waren damit für die Differenz dieser beiden Größen (Bruttowertschöpfung) neutral. Mit der anstehenden VGR-Revision werden F&E-Leistungen künftig nicht nur als Produktion, sondern auch als Investition gesehen.

⁴⁾ Schon beim Übergang auf das ESVG 1995 wurde die funktionale Einkommensverteilung deutlich revidiert: Es wurde zunächst das Volkseinkommen nach oben korrigiert. Diese Korrekturen verliefen sowohl in absoluter als auch in relativer Betrachtung weitgehend parallel mit den Veränderungen beim BIP sowie beim Brutto- und Nettonationaleinkommen. Die Erhöhung des Volkseinkommens durch die Implementierung des ESVG 1995 schlug sich dann fast vollständig bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen nieder, was wiederum zu einer deutlich niedrigeren Lohnquote führte.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

konjunkturell bedingter günstigerer Ausblick für Unternehmens- und Vermögenseinkommen, aber auch der anhaltende Druck durch die fortschreitende Globalisierung dürften im laufenden und in den Folgejahren wieder zu einem Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen führen. Damit würde sich ein Trend fortsetzen, der schon drei Jahrzehnte anhält.

Die Umverteilung zu Lasten Lohneinkommensbeziehender hat unterschiedliche makro-ökonomische Konsequenzen. Auf der einen Seite führt eine sinkende Lohnquote zu einer Dämpfung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Dieser Effekt steigt mit dem Anteil an Haushalten, die durch eine hohe marginale Konsumneigung charakterisiert sind, was wiederum vorwiegend Lohneinkommensbeziehende sind. Die daraus resultierende Nachfrageschwäche wirkt sich wiederum negativ auf den Arbeitsmarkt aus. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit ist oftmals mit einer Schwächung der Lohnverhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen verbunden, was sich wiederum in einer eher zurückhaltenden Lohnpolitik widerspiegelt. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden mit Lohnzurückhaltung kann die Beschäftigungssituation noch verschlimmern: Lohnsteigerungsraten die geringer sind als die Produktivitätsfortschritte, können bei konstanten Rahmenbedingungen nicht nur zu einem Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen führen, sondern über eine ausgeprägte Konsumzurückhaltung auch zu einem Ausfall der Inlandsnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Diese negativen Impulse führen zu weiteren Spannungen am Arbeitsmarkt in Form von abnehmender Beschäftigung bzw. einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dies schwächt die ArbeitnehmerInnenposition in den Lohnverhandlungen zusätzlich und eine weitere Lohndämpfung ist die Folge. Es besteht die Gefahr von ungünstigen Rückkopplungseffekten, in denen eine zurückhaltende Lohnpolitik eine aggregierte Nach-

frageschwäche induziert, was wiederum zu einer weiteren Verschlechterung am Arbeitsmarkt führt.

Auf der anderen Seite führt ein Rückgang der Lohnquote zu einem Sinken der (relativen) Lohnstückkosten. Dadurch verbessert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes gegenüber den Handelspartnern. Dieser komparative Vorteil wird sich in der Folge in einer Belebung der Exporte widerspiegeln, was wiederum positive Impulse für den Arbeitsmarkt – zunächst im Bereich der exportorientierten Wirtschaft – generiert. Dadurch ergeben sich auch für die Binnennachfrage positive Effekte, was eine weitere Verbesserung der Beschäftigungssituation zur Folge hat. Dies ist vor allem für kleine offene Volkswirtschaften wie Österreich ein häufig beobachtetes Szenario. Die von einer Exportbelebung resultierenden positiven Impulse für den Binnenmarkt fallen in globalen Aufschwungphasen mitunter sehr stark aus. Ähnlich ausgeprägt sind auch die Abschwünge im Falle eines globalen Konjunktureinbruchs. Ein hoher Offenheitsgrad vergrößert die Abhängigkeit einer Volkswirtschaft vom Ausland und bringt damit auch Risiken für die Binnenkonjunktur mit sich. Ein stabiler Pfad des Konsums der privaten Haushalte in Folge einer adäquaten Lohnpolitik kann auch in diesem Fall die Binnennachfrage stützen und damit die gesamtwirtschaftliche Volatilität dämpfen.

In Österreich treffen beide Effekte aufeinander. Auf der einen Seite blieben im vergangenen Jahrzehnt die Lohnzuwächse hinter den Produktivitätszuwachsen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt zurück. Auf der anderen Seite stellt die Exportwirtschaft einen wichtigen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt dar. Die Effekte beider Bereiche variieren im Konjunkturverlauf: Während in der Abschwungphase 2009 die Konsumausgaben der privaten Haushalte auch aufgrund der guten Lohnabschlüsse aus dem

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Jahr 2008 einen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisteten, waren diese 2012 und 2013 stärker von der Exportwirtschaft getragen. Der Nettoeffekt aus beiden Entwicklungen wird vom stark steigenden Arbeitskräfteangebot mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit überlagert. Insgesamt kann der langfristige Trend einer sinkenden Lohnquote – wie bereits dargestellt – durch eine adäquate Lohnpolitik gebremst werden.

12.2 Die Entwicklung und Verteilung von Löhnen und Gehältern

In den vergangenen zwei Jahrzehnten stieg die Lohn- und Gehaltssumme in Österreich mit durchschnittlich 3,1% pro Jahr etwas schwächer als das Bruttoinlandsprodukt, das mit 3,5% pro Jahr zunahm. Die Entwicklung und die Verteilung der Löhne und Gehälter in Österreich sind sowohl von der Anzahl und der Struktur der Beschäftigung als auch von der Entlohnungshöhe bestimmt. Hier wiederum ist die Struktur des Arbeitskräfteangebotes wie auch die Arbeitskräfte-nachfrage bestimmend. Veränderungen auf beiden Seiten des Arbeitsmarktes wirken auf die Einkommen und die Einkommensverteilung unselbstständig Beschäftigter.

Das Arbeitskräfteangebot ist gekennzeichnet durch die Zunahme des Anteils der über 45-jährigen Erwerbspersonen und vom Rückgang des Anteils der Jüngeren. Insgesamt steigen die Anforderungen der Arbeitswelt sowohl in Bezug auf die formalen Ausbildungsabschlüsse als auch an die konkreten beruflichen Tätigkeiten (Violante, 2009, Huber, 2010). Die veränderte Branchen- und Berufsstruktur ist mit einer stärkeren Arbeitsmarktintegration der Höherqualifizierten verbunden (Horvath – Mahringer, 2014). Die Einkommensperspektiven sollten sich durch diese Entwicklungen besonders bei den Jungen verbessern. Gleichzeitig verzeichnet Österreich eine Zunahme der

de-standardisierten Beschäftigungsverhältnisse und eine zunehmende Segmentation des Arbeitsmarktes (Eppel et al., 2013). Diese Entwicklung verschlechtert die Einkommenschancen jener, die schwächer am Arbeitsmarkt integriert und häufiger arbeitslos sind.

Die Größe der einzelnen Effekte auf die Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung kann nur annähernd quantifiziert werden.

- Insgesamt dürfte die unterschiedliche Geschwindigkeit in der Zunahme des Arbeitsvolumens und der Beschäftigtenzahlen ein Hauptgrund des mäßigen gesamtwirtschaftlichen Lohnwachstums sein: Zwischen 2004 und 2008 nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden aller unselbstständig erwerbstätigen Männer um durchschnittlich 1,2% pro Jahr zu, jenes der Frauen um 1,9%. Im Krisenjahr 2009 ging das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen zurück, entwickelte sich anschließend mäßig und ging 2013 erneut zurück. Die Zahl der unselbstständig beschäftigten Männer erhöhte sich zwischen 2004 und 2013 um durchschnittlich 0,8% pro Jahr, jene der Frauen sogar um durchschnittlich 1,2% pro Jahr. Die geleisteten Arbeitsstunden der Männer lagen 2013 noch unter dem Niveau von 2004, obwohl die Beschäftigtenzahlen um 7% höher als 2004 waren. Das geleistete Arbeitsvolumen der unselbstständig beschäftigten Frauen stieg gegenüber 2004 um 7,6% an, die Zahl der Beschäftigten um 11%. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten deutlich stärker als das Arbeitsvolumen. Unter der hypothetischen Annahme einer einheitlichen Stundenentlohnung deutet bereits diese Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens auf die mäßige Einkommensentwicklung in diesem Zeitraum hin.
- Die Dynamik am Arbeitsmarkt (Beschäftigungsumschlag bzw. Beschäftigungszuwächse) dürfte sich verändert haben. Allein zwischen 2007 und 2013 stieg die Zahl der unselbstständig beschäftigten

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Frauen um rund 84.000 und jene der Männer um 55.000 an. Wenn diese Beschäftigungszugänge zu einem großen Teil auf der Basis der kollektivvertraglichen Mindestlöhne passieren, dämpft das die Einkommensentwicklung. Diese Entwicklung ist bereits in der Industrie beobachtbar (Leoni – Pollan, 2011).

- Auch durch die Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte (Huber – Böhs, 2011) mit unterjährigen und befristeten Beschäftigungsverhältnissen könnte die schwache Lohndynamik beeinflusst sein: Werden diese Arbeitskräfte zu kollektivvertraglichen Mindestlöhnen beschäftigt, kommen sie bei kurzer Beschäftigungsdauer nicht in den Genuss von Lohnvorrückungen.

12.2.1 Entwicklung der Effektiv- und Mindestlöhne

Aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive ist die Lohnentwicklung der Vergangenheit aufgrund der eingangs genannten Gründe und Faktoren von einem mäßigen Anstieg der Effektivverdienste wie auch der tarifvertraglich geregelten Mindestlöhne begleitet. Insgesamt bleibt die Entwicklung der Effektivverdiens-

te hinter den tarifvertraglichen Abschlüssen zurück. Während die Einkommen je Beschäftigungsverhältnis im abgelaufenen Jahrzehnt um durchschnittlich 2,2% pro Jahr stiegen, entwickelten sich die tarifvertraglich geregelten Mindestlöhne mit 2,5% pro Jahr um 0,3 Prozentpunkte stärker (vgl. nachstehende Tabelle „Entwicklung der Effektivverdienste und der tarifvertraglich festgelegten Mindestlöhne im Vergleich“). Eine Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitsmarktintegration (Voll- versus Teilzeit) mittels hypothetischer Umrechnung der Beschäftigungsverhältnisse auf Vollzeitäquivalente (das geleistete Arbeitsvolumen wird in Vollzeitjobs umgerechnet) führte im Schnitt zu einer Zunahme der Effektivverdienste im abgelaufenen Jahrzehnt um 2,4% pro Jahr.

Der Vergleich der Stundenlohn- bzw. Gehaltseinkommen führt mit durchschnittlich 3,0% p.a. zu Zuwächsen, die über jenen bei den tariflichen Mindestlöhnen zu liegen kommen. Die schwächere Entwicklung der tatsächlich ausbezahlten Verdienste gegenüber den tariflichen Abschlüssen ist stark auf den Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigte zurückzuführen.

Entwicklung der Effektivverdienste und der Mindestlöhne im Vergleich

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Jährliche Veränderung in %											
Tariflohnindex Gesamtwirtschaft	2,2	2,1	2,3	2,7	2,4	3,1	3,4	1,5	2,0	3,3	2,6
Löhne je Beschäftigungsverhältnis	1,7	1,8	2,3	3,1	3,1	3,2	1,7	0,9	1,8	2,4	2,1
Löhne je Kopf	1,7	1,7	2,3	3,2	3,3	3,5	1,7	1,0	1,9	2,5	2,2
Löhne je Vollzeitäquivalent	1,6	0,9	2,6	4,1	2,8	3,4	2,4	1,1	2,4	2,5	¹⁾
Löhne je geleisteter Arbeitsstunde	2,1	1,1	2,8	4,6	3,1	4,0	4,6	1,6	1,7	3,5	3,6
Lohndrift / Veränderung der Effektivverdienste gegenüber Tariflöhnen											
Löhne je Beschäftigungsverhältnis	-0,6	-0,3	0,0	0,4	0,6	0,1	-1,7	-0,6	-0,2	-0,9	-0,4
Löhne je Kopf	-0,6	-0,3	0,1	0,5	0,8	0,4	-1,7	-0,5	-0,1	-0,8	-0,4
Löhne je Vollzeitäquivalent	-0,6	-1,2	0,4	1,4	0,4	0,3	-1,0	-0,4	0,4	-0,8	¹⁾
Löhne je geleisteter Arbeitsstunde	-0,2	-0,9	0,5	1,9	0,7	0,9	1,2	0,0	-0,3	0,2	1,0

Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen

¹⁾ Aufgrund der ESVG-Umstellung sind keine endgültigen Werte für 2013 vorhanden.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

12.2.2 Entwicklung der ArbeitnehmerInneneinkommen

Unterschiedliche Lohnniveaus zeigen sich insbesondere zwischen ArbeitnehmerInnen, Angestellten und BeamtenInnen wie auch zwischen Frauen und Männern. In der Lohnsteuerstatistik sind die Einkommen dieser unselbstständig Beschäftigten umfassend enthalten. Hier lassen sich Vollzeitbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte getrennt betrachten. Die eingangs beschriebenen Arbeitszeiteffekte können bei der Betrachtung der Einkommensentwicklung auf der Grundlage der Vollzeitjobs ausgeblendet werden. Darüber hinaus ermöglicht die Untergliederung in Ganzjahres- und Nicht-Ganzjahresbeschäftigte einen getrennten Blick auf die Einkommensdynamik im stabilen und weniger stabilen Beschäftigungssegment. Gemäß Lohnsteuerstatistik im Jahr 2012 waren 52% der ArbeitnehmerInnen, 49% der Angestellten und 21% der beamteten Frauen teilzeitbeschäftigt aber nur 14% der Männer (Arbeiter wie auch Angestellte) und 2% der beamteten Männer in Teilzeitjobs.

Einkommenshöhen nach sozial-rechtlichem Status

Die höchsten Einkommen einschließlich Sonderzahlungen erzielen Vollzeitbeschäftigte. Und hier wiederum liegen die Einkommen der BeamtenInnen mit rund 4.000 EUR Bruttomonatsbezug über jenen der Angestellten mit knapp 3.700 EUR, diese über jenen der ArbeitnehmerInnen mit 2.200 EUR. Auch bei den Teilzeitjobs ist diese Reihenfolge gültig, wobei die Durchschnittseinkommen der Teilzeitbeschäftigte bei den ArbeitnehmerInnen nur knapp ein Viertel der Vollzeitbeschäftigte erreichen, bei den Angestellten sind es ein knappes Drittel und bei den Beamteten fast zwei Drittel.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede ziehen sich – in unterschiedlichem Ausmaß – über alle drei Beschäftigtengruppen: Vollzeitbeschäftigte Frauen errei-

chen nur 70% (ArbeitnehmerInnen) bzw. 96% (BeamtenInnen) der Einkommen ihrer Kollegen. Die größten Einkommensrückstände haben angestellte Frauen; sie erreichen bei Vollzeitbeschäftigung nur 63% der Gehälter von angestellten Männern. Der geringe Anteil teilzeitbeschäftigter Männer geht mit Bezügen einher, die geringer sind als jene der teilzeitbeschäftigte Frauen.

Die Einkommenszuwächse unterscheiden sich zwischen den Vollzeit-/Ganzjahresbeschäftigte und den Teilzeitbeschäftigte. Zwischen 2010 und 2012 konnten Vollzeitbeschäftigte Einkommenszuwächse im Ausmaß zwischen +5,3% (ArbeitnehmerInnen) und 6% (Angestellte) realisieren, wobei die Zuwächse bei vollzeitbeschäftigte Frauen am deutlichsten ausgeprägt waren (vgl. Tabelle „Einkommensvergleich vollzeit- und teilzeitbeschäftigte unselbstständig Erwerbstätiger“). Für die große Gruppe der Teilzeitbeschäftigte entwickelten sich die Einkommen schwächer. Teilzeitbeschäftigte ArbeitnehmerInnen hatten 2012 ein gegenüber 2010 3% höheres Einkommen, bei den angestellten (beamteten) Frauen waren es 6,2% (7%) mehr. Da sich die Qualifikationsstruktur bei den Frauen in der Vergangenheit kontinuierlich verbessert hat, zeigen sich hier auch stärkere Einkommenszuwächse gegenüber den Männern. Böheim et al. (2013A) zeigten darüber hinaus den verstärkten Trend von qualifizierten Frauen hin zu Teilzeitarbeit, der mit der genannten Einkommensentwicklung in Verbindung steht.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Einkommensvergleich vollzeit- und teilzeitbeschäftigte unselbstständig Erwerbstätiger, 2012

	ArbeiterInnen				Angestellte				BeamtInnen			
	Vollzeit			Teil- zeit	Vollzeit			Teil- zeit	Vollzeit			Teil- zeit
	gan- zjährig	unter- jährig	Ge- sam		gan- zjährig	unter- jährig	Ge- sam		gan- zjährig	unter- jährig	Ge- sam	
Bruttonomontsbezüge inkl. Sonderzahlungen in Euro												
Männer	2.313	969	1.856	522	4.366	1.523	3.986	998	4.089	2.233	4.083	2.793
Frauen	1.621	584	1.167	572	2.765	885	2.433	1.128	3.929	2.257	3.926	2.443
insgesamt	2.171	861	1.696	555	3.723	1.215	3.342	1.103	4.031	2.240	4.027	2.476
Frauenbezüge in % der Männerbezüge												
Frauen	70	60	63	110	63	58	61	113	96	101	96	87

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen

Durchschnittseinkommen der Vollzeitbeschäftigte nach Sozialrechtsstatus, inkl. Sonderzahlungen, 2012

	2010			2012			2010–2012		
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
	durchschnittlicher Monatsbezug in EUR						Veränderung in %		
ArbeiterInnen	1.536	2.208	2.062	1.621	2.313	2.171	5,6	4,8	5,3
Angestellte	2.592	4.159	3.512	2.765	4.366	3.723	6,7	5,0	6,0
BeamtInnen	3.728	3.935	3.861	3.929	4.089	4.031	5,4	3,9	4,4
Aktivbeschäftigte, gesamt	2.430	3.180	2.914	2.579	3.330	3.070	6,1	4,7	5,3

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen

Einkommenshöhen nach Altersgruppen

Über den Lebenserwerbszyklus entwickeln sich die Einkommen höchst unterschiedlich. Männer haben einen tendenziell ansteigenden Einkommensverlauf. Für Vollzeitbeschäftigte, die ganzjährig beschäftigt sind, also in der Gruppe mit guter Arbeitsmarktintegration, liegen dennoch deutlich variierende Einkommensverläufe vor. Wir sehen eine ausgeprägte Senioritätsentlohnung bei den angestellten Männern wie auch bei den Beamten. Die Durchschnittseinkommen in der Altersgruppe der 56- bis 60-jährigen Angestellten liegen mit 6.630 EUR Bruttonomatsbezug (inklusive Sonderzahlungen) knapp doppelt so hoch wie in

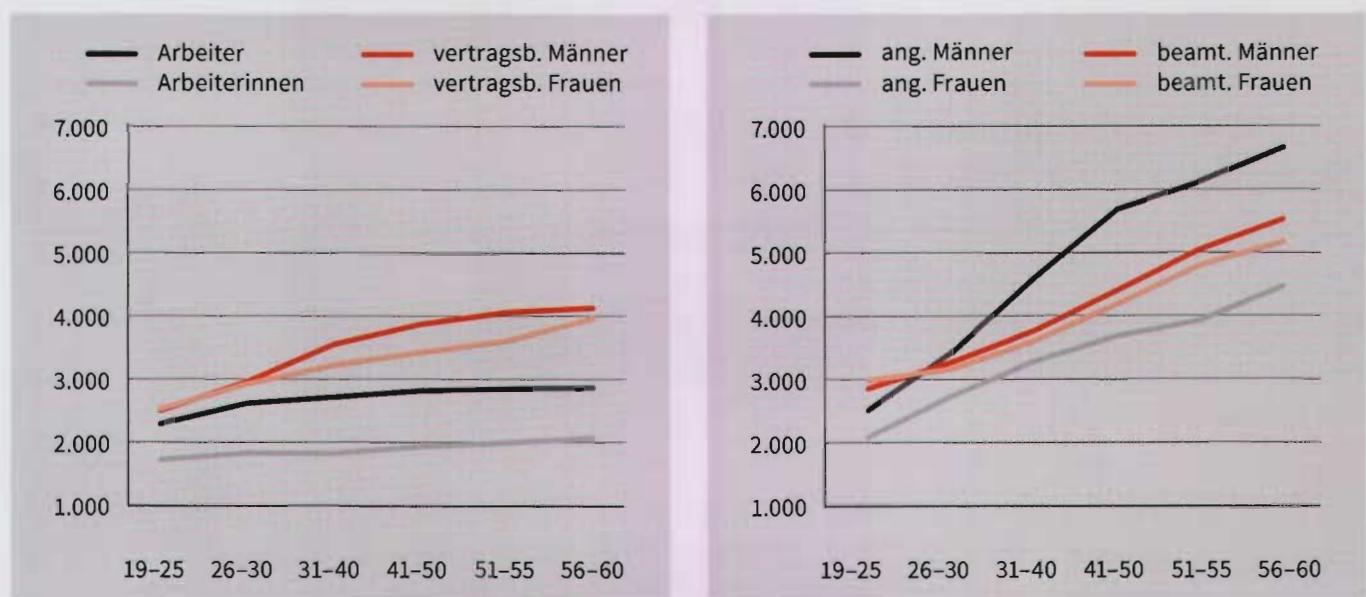
der Altersgruppe der 26- bis 30-jährigen angestellten Männern. In der Altersgruppe der 61- bis 65-jährigen Angestellten betragen die Einkommen sogar das 2,6-fache der genannten jüngeren Altersgruppe. Die Einkommen angestellter Frauen steigen ebenfalls mit zunehmendem Alter an. Weder die Einkommensdynamik noch das Einkommensniveau ähnelt jenem der angestellten Männer (vgl. Abbildung „Durchschnittseinkommen (brutto) Vollzeitbeschäftigte nach Alter, Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung“). Bei beamteten Männern und Frauen steigen die Einkommen mit dem Lebensalter ebenfalls, die Einkommen in der Gruppe der 56- bis 60-Jährigen liegen hier um 69%

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

(Männer) bzw. 64% (Frauen) höher als in der Gruppe der 26- bis 30-Jährigen. Bei den Vertragsbediensteten liegt das Einkommen der Älteren um 40% (Männer)

bzw. 35% (Frauen) über jenem der 26- bis 30-Jährigen. Die Einkommenskurven der Arbeiter und Arbeiterinnen verlaufen hingegen flach.

Durchschnittseinkommen (brutto) Vollzeitbeschäftiger nach Alter, Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung, 2012



Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen; Jahresbezüge dividiert durch 12 Monate

Obwohl Arbeiter und angestellte Männer in der Altersgruppe 19 bis 25 Jahre noch annähernd gleich hohe Einkommen haben, sie liegen bei Angestellten mit 2.500 EUR um knapp 9% höher als bei Arbeitern mit 2.300 EUR, entwickeln sie sich schon ab der Altersgruppe der 26- bis 30-Jährigen deutlich auseinander. Bei den berufseinstiegenden Frauen ist der Einkommensunterschied zwischen Arbeiterinnen und angestellten Frauen deutlich höher als bei den Männern, die Zuwächse bei den vollzeit- und ganzjahresbeschäftigen Arbeiterinnen über das Erwerbsleben sind de facto nicht vorhanden: 56- bis 60-jährige Arbeiterinnen beziehen mit 2.080 EUR um knapp 13% mehr als 26- bis 30-jährige Arbeiterinnen.

Senioritätsentlohnung ist vor allem bei Angestellten und Beamten vorhanden, und hier stärker bei den

angestellten Männern als bei den angestellten Frauen. Heywood et al. (2010) und Zwick (2011) zeigen für Deutschland, dass vorwiegend große, profitable Unternehmen ihre ArbeitnehmerInnen nach dem Prinzip der Seniorität entlohnern. Für Österreich konnten diese Befunde noch nicht bestätigt werden.

Einkommenshöhen nach Wirtschaftsklassen

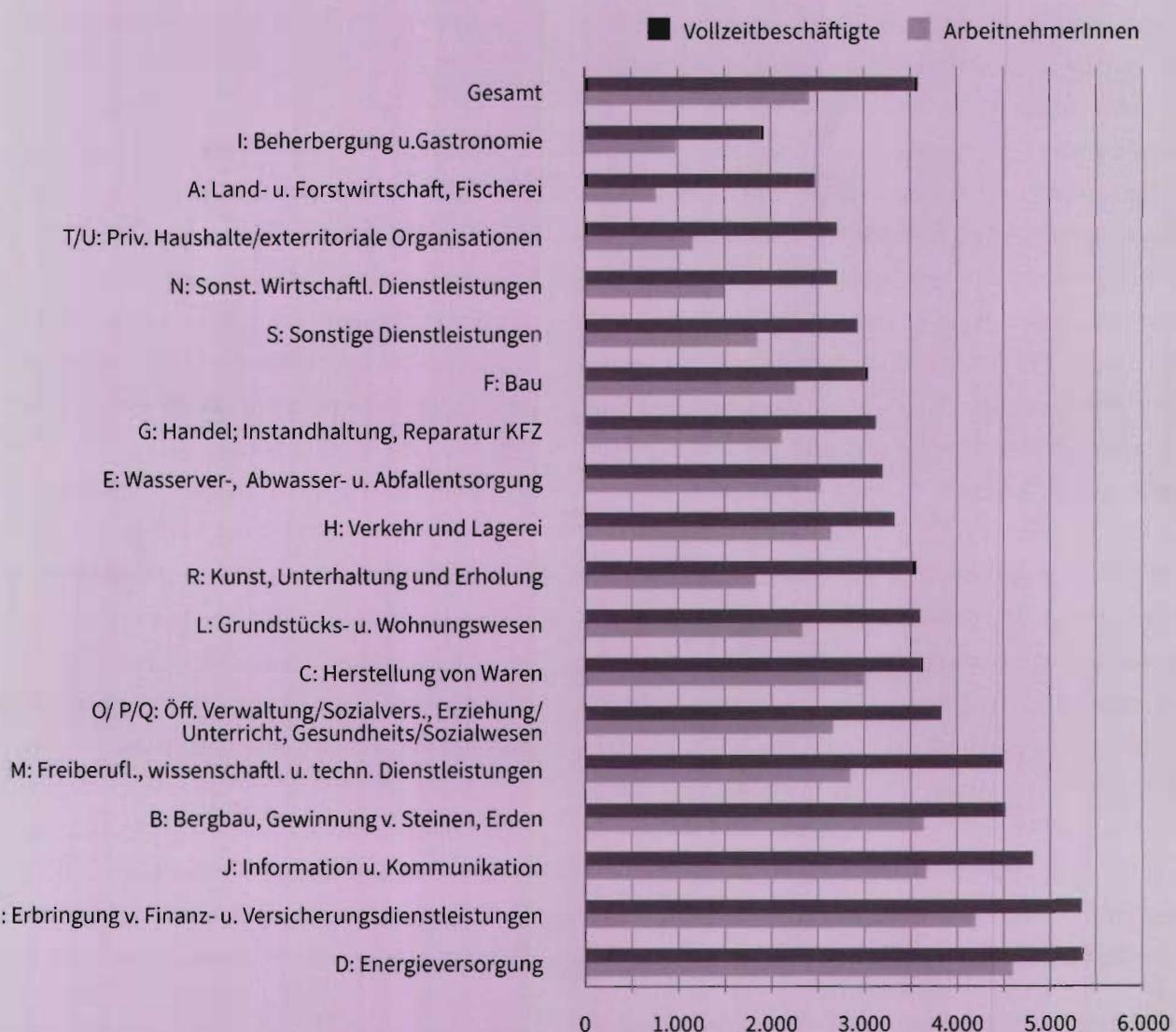
Die intersektoralen Lohnunterschiede sind in Österreich stark ausgeprägt und über die Zeit auch relativ konstant. Dies zeigen sowohl Einkommensdaten der Lohnsteuerstatistik insgesamt als auch der Blick auf ausschließlich ganzjährig Vollzeitbeschäftigte. Werden alle unselbstständig Beschäftigten gemäß Lohnsteuerstatistik herangezogen, liegt der größte Unterschied der durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen 2012 zwischen den Wirtschaftsbereichen (ÖNACE 2008)

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit 770 EUR und der Energieversorgung mit Bruttobezügen von 5.360 EUR. Die hohe Bedeutung der Saisonbeschäftigung führen im erstgenannten Bereich zu diesen geringen Einkommen. Auf der Grundlage der ausschließlich Vollzeitbeschäftigten, die auch ganzjährig arbeiten, gibt es die größten Einkommensabstände zwischen den Beschäftigten in der Beherbergung und Gastronomie mit Monatseinkommen von 1.920 EUR und den Beschäftig-

ten in der Energieversorgung mit Durchschnittsbezügen von 5.360 EUR; das gesamtwirtschaftliche Durchschnittseinkommen der Vollzeitbeschäftigten liegt bei 3.580 EUR. Die Vollzeiteinkommen im Tourismus liegen gemäß Lohnsteuerstatistik deutlich unter dem Durchschnitt aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (vgl. Abbildung „Branchenspezifische monatliche Durchschnittseinkommen“).

Branchenspezifische monatliche Durchschnittseinkommen: Vergleich aller ArbeitnehmerInnen mit den Vollzeitbeschäftigten, brutto 2012



Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, ÖNACE 2008, WIFO-Berechnungen

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern

Österreich hat sowohl große Unterschiede in der Arbeitsmarktpartizipation der Frauen und Männer als auch hohe geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede. Die Europäische Kommission konstatiert den hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied (Gender-Pay-Gap) in Österreich als einen der höchsten in der Gemeinschaft (Europäische Kommission, 2013). Dieser Einkommensrückstand zieht sich auch in das Alterssicherungssystem hinein (European Commission, 2013) mit der überdurchschnittlich hohen Armutgefährdungsquote alleinstehender Pensionistinnen. Verantwortlich für die Einkommensunterschiede sind die Unterschiede in der formalen Ausbildung, obwohl hier der Rückstand bei den jungen Erwerbstäti gen bereits verschwunden ist. Aber auch die hohe Teilzeitquote der Frauen, sie liegt mit knapp 46% der unselbstständig Beschäftigten deutlich über dem EU-27 Durchschnitt von 33%, geht mit niedrigen Einkommen einher. Eine neue Analyse zeigt sowohl innerhalb der Gruppe der Frauen als auch innerhalb der Gruppe der Männer geringe Unterschiede zwischen den Bruttostundenlöhnen von Vollzeit- und Teilzeitbeschäfti gten in Österreich (Böheim et al., 2013A).

Der relativ große Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenlohn von Voll- und Teilzeitbeschäfti gten in Österreich insgesamt ist auf den Umstand zurückzuführen, dass vorwiegend Frauen teilzeitbeschäftigt sind und Frauen unabhängig von ihrem bezahlten Arbeitsstundenausmaß im Durchschnitt deutlich niedrigere Stundenlöhne als Männer erhalten. Hauptverantwortlich ist hier die Tatsache, dass Frauen weniger häufig in hoch bezahlten Führungspositionen tätig sind (vertikale Segregation).

Frauen sind darüber hinaus stärker als Männer in bestimmten Branchen mit geringen Einkommensniveaus konzentriert (horizontale Segregation): das ist der Handel, die öffentliche Verwaltung und das Gesundheits- und Sozialwesen. Hier haben mehr als die Hälfte der Frauen ihren Arbeitsplatz, bei den Männern sind es 28%. Das verarbeitende Gewerbe – die Einkommen liegen deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt – ist für 22% der Männer und nur für 10% der Frauen Arbeitgeber. Böheim et al. (2013A) bestätigen in ihren ökonometrischen Analysen auf der Grundlage von EU-SILC 2005-2011 die geschlechtsspezifische horizontale Arbeitsmarktsegregation als eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede.

Die Einkommensnachteile der Frauen in den Wirtschaftsklassen haben sich in der jüngeren Vergangenheit kaum verbessert. Einzig im Bereich des Grundstücks- und Wohnungswesens konnte der Einkommensnachteil deutlich verringert werden, hier liegt das Einkommensniveau unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Generell sind in Branchen mit unterdurchschnittlichen Einkommen die geschlechtsspezifischen Unterschiede gering, in Hochlohnbranchen (Energie, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen) hingegen groß. Eine Tätigkeit in typischen Frauenberufen wirkt sich sowohl für Frauen als auch für Männer negativ auf ihre Verdienste aus (Böheim et al., 2013B; Busch, 2013) und bedeutet jeweils einen geringen Gender-Pay-Gap bei insgesamt geringen Einkommensniveaus.

Im Schnitt ist eine langsame Angleichung der Frauen-(vollzeit)einkommen an jene der Männer beobachtbar (vgl. Tabelle Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede) Zwischen 2005⁵ und 2012

⁵ 2004 wurde die Arbeitszeiterhebung in der Arbeitskräfteerhebung umgestellt, zwischen 2003 und 2004 gibt es einen Zeitreihenbruch.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

reduzierte sich der arbeitszeitbereinigte Einkommensrückstand der Frauen um 1,2 Prozentpunkte. Während in den 80er und 90er Jahren die Vollzeitentgelte der Frauen sich schnell an die Männerinkommen angeähnert haben, ist seit 2005 eine Verlangsamung beim Einkommensangleich zu beobachten.

Die nicht-arbeitszeitbereinigten Einkommensrückstände der Frauen liegen im untersten Einkommensviertel deutlich höher als im oberen Einkommensviertel. Arbeiterinnen erreichen hier im Schnitt 55,5% der Männerinkommen, bei den Angestellten sind es

58,2%. Im dritten Einkommensquartil⁶ betragen Frauneinkommen im Schnitt 64,5% (Arbeiterinnen) bzw. 62,0% (Angestellte) der Männerinkommen. Zwischen 2005 und 2012 reduzierte sich der Einkommensrückstand der Frauen im 1. Quartil etwas stärker als im 3. Quartil, wobei dies eher durch das schwache Einkommenswachstum der Männer befördert wurde. Im genannten Zeitraum stiegen im unteren Einkommensviertel die Verdienste der Arbeiter um 10,5% und der Arbeiterinnen um 14,4%, im 3. Quartil waren die Zunahmen bei den Männern stärker und daher die Reduktion der Einkommensabstände weniger stark ausgeprägt.

Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede zwischen 1980 und 2012

	1980	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2005-2012
Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer											
Obergrenze des 1. Quartils											
Erwerbstätige	61,8	64,6	63,9	60,9	60,4	60,5	61,1	61,9	62,4	62,6	-2,3
Arbeiterinnen	57,7	60,6	58,2	54,0	53,6	54,1	54,2	55,0	55,2	55,5	-1,9
Angestellte	62,3	61,3	61,1	58,7	56,8	56,5	56,9	57,7	58,1	58,2	-1,5
Median											
Erwerbstätige	64,9	67,8	68,8	67,0	67,1	66,7	67,1	67,3	67,5	67,7	-0,6
Arbeitszeitstandardisiert ¹⁾	71,2	76,5	80,6	81,2	86,2	86,1	85,6	86,9	87,5	87,4	-1,2
Arbeiterinnen	61,5	64,5	64,5	61,9	61,5	61,2	61,2	61,5	61,4	61,2	0,3
Angestellte	59,8	60,3	61,1	59,9	58,9	58,4	59,1	59,3	59,3	59,5	-0,6
Obergrenze des 3. Quartils											
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,2	69,1	69,3	68,9	69,9	70,1	70,0	70,2	-0,9
Arbeiterinnen	62,3	65,3	65,9	64,7	65,1	64,6	64,8	64,9	64,8	64,5	0,6
Angestellte	62,1	64,6	64,7	62,3	61,0	61,3	61,7	61,5	61,4	62,0	-1,0

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch, Statistik Austria, Mikrozensus, WIFO-Berechnungen

¹⁾ Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit gemäß Mikrozensus; Datenbruch im Jahr 2004

⁶ = Einkommensviertel

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

12.2.3 Verteilung der ArbeitnehmerInnen-einkommen

Veränderungen in der Einkommensverteilung der unselbstständig Beschäftigten sind durch einen „Mengeneffekt“ (Beschäftigungseffekt) und einen „Preiseffekt“ (Löhne bzw. Lohnverteilungseffekt) getragen. Zum einen hat die Veränderung des Anteils der Personen, die erwerbstätig oder inaktiv sind, und zum anderen das Einkommensgefälle der Erwerbstägigen Einfluss auf die Verteilungslage (Atkinson – Brandolini, 2006). Diese beiden Entwicklungen müssten bei der Beurteilung der Verteilung über die Zeit jeweils getrennt beachtet werden. Vor allem die Zunahme der Frauenbeschäftigung (und vice versa die Abnahme der erwerbsinaktiven Frauen) verändert die Einkommensverteilung und erschwert den zeitlichen Vergleich von Verteilungsergebnissen.

Die Beschäftigungs- und Einkommensveränderungen berücksichtigte die OECD (2011) simultan. Für den Zeitraum 1994 bis 2004 zeigte die OECD eine Reduktion der Ungleichheit der gesamten österreichischen Bevölkerung im Erwerbsalter von knapp 4%. Die Verteilung der Einkommen trug zu dieser Reduktion nichts bei, die gesamte Verbesserung ist gemäß OECD auf die Zunahme der Beschäftigung zurück zu führen (ebenda). Für Österreich wurde berechnet, dass die Beschäftigungsquote um 1,03 Prozentpunkte steigen muss, um die Ungleichheit der Erwerbseinkommen in der Erwerbsbevölkerung um einen Prozentpunkt kompensieren zu können (OECD, 2011). Die OECD-Arbeit schlussfolgert, dass Veränderungen in der Lohnstruktur im Zuge der Globalisierung durch eine steigende Beschäftigungsquote gedämpft werden können. Arbeiten auf der Grundlage jüngerer Entwicklungen bzw. längerer Beobachtungszeiträume sehen dennoch die Einkommenszuwächse der obersten Einkommensgruppen maßgeblich für die zunehmende Verteilungsschiefe verantwortlich (Bach et al., 2009,

Altzinger et al., 2012, Atkinson et al., 2011, Atkinson, 2013).

Verteilung der Bruttoeinkommen in Österreich

Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten gemäß Lohnsteuerstatistik stieg in den vergangenen Jahren relativ kontinuierlich an. Zwischen 2006 und 2012 erhöhten sich die Lohnsteuerfälle um knapp 10%. Insgesamt lag 2012 die Zahl der ArbeitnehmerInnen gemäß Lohnsteuerstatistik bei 4,2 Mio. (einschließlich geringfügig Beschäftigter und 133.000 Lehrlinge). Im Jahr 2012 waren 73,6% der in der Lohnsteuerstatistik erfassten ArbeitnehmerInnen Ganzjahresbeschäftigte und 26,4% unterjährig Beschäftigte (vgl. Tabelle „ArbeitnehmerInnen nach Voll- und Teilzeitbeschäftigung“).

Werden kontinuierliche Vollzeitjobs als Standardbeschäftigungsverhältnisse definiert, dann entsprachen 53,5% (Männer 35% und Frauen 18,5%) der insgesamt 4,2 Mio. Jobs dieser Beschäftigungsform. Das Arbeitsausmaß variiert allerdings auch bei diesen Vollzeitjobs: Im Schnitt liegt die tatsächliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten um 3 Stunden über den kollektivvertraglichen Regelungen (Famira-Mühlberger – Fuchs, 2013). Gemäß vergleichbarer Daten haben die unselbstständig Beschäftigten in Österreich mit 16% die höchste Betroffenheit von bezahlten Überstunden. Die Einkommen der in der Lohnsteuerstatistik erfassten Vollzeitbeschäftigten ist maßgeblich von einer hohen Überstundenleistung gekennzeichnet.

Ganzjährige Teilzeitjobs hatten 18,9% der ArbeitnehmerInnen (3,3% Männer und 15,6% Frauen). Von den Beschäftigungsverhältnissen, die weniger als ein Jahr dauerten, waren 15,7% Vollzeit- und 9,7% Teilzeitarbeitsplätze. Von den ganzjahresbeschäftigten Männern üben 8,4% eine Teilzeitarbeit aus, bei den unterjährig beschäftigten Männern sind es 24,8%. Während bei den ganzjahresbeschäftigten Frauen Vollzeitarbeit

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

zu 53,3% ausgeübt wird, ist die Mehrheit der unterjährig beschäftigten Frauen teilzeitbeschäftigt. Von den lohnsteuerpflichtigen Bezügen im Ausmaß von

122,5 Mrd. EUR gehen 8,6% an Personen mit nicht ganzjährigen Bezügen, das sind 26,4% der ArbeitnehmerInnen.

ArbeitnehmerInnen nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungen und nach Bezugsdauer, 2012

	gesamt Fälle	davon Ganzjahresbeschäftigte		unterjährig Beschäftigte			
		in %	davon Vollzeit in % Ganzjahres- besch.¹⁾	davon Teilzeit	in %	davon Vollzeit	davon Teilzeit
						in % Teil- zeitbesch. ¹⁾	
ArbeitnehmerInnen	4.228.080	73,6	72,7	25,7	26,4	59,6	36,9
Männer	2.247.102	73,0	90,1	8,4	27,0	71,4	24,8
Frauen	1.980.978	74,2	53,3	44,9	25,8	45,7	51,2
in % der ArbeitnehmerInnen gesamt							
ArbeitnehmerInnen	100,0	73,6	53,5	18,9	26,4	15,7	9,7
Männer	53,1	38,8	35,0	3,3	14,3	10,2	3,6
Frauen	46,9	34,8	18,5	15,6	12,1	5,5	6,2

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, ÖNACE 2008, WIFO-Berechnungen

¹⁾ nicht alle Beschäftigungsverhältnisse können Vollzeit/Teilzeit zugerechnet werden, „unbekannt“ ist in der Übersicht nicht extra angeführt

Von den 2012 erfassten ArbeitnehmerInnen (ohne Lehrlinge) lag bei knapp einem Viertel, das sind 958.000 Personen, das Jahresbruttoeinkommen unter 10.000 EUR und war damit unter der Steuergrenze. Hier finden sich vor allem Personen, die unterjährig, geringfügig oder Teilzeit beschäftigt sind, wieder. In dieser Gruppe sind 58% Frauen und 42% Männer. Die Hälfte der Frauen hatte Jahreseinkommen von unter 18.000 EUR, während die Hälfte der Männer Bruttojahreseinkommen von unter 30.000 EUR hatte. Je höher die Einkommensgruppen, desto geringer ist der Frauenanteil: In der Einkommensgruppe zwischen 50.000 und 100.000 EUR beträgt der Frauenanteil 27%, in der obersten erfassenden Einkommensgruppe (mehr als 200.000 EUR Bruttojahreseinkommen) sind nur mehr 9% Frauen.

Die Verteilung aller Bruttoeinkommen, unabhängig davon ob sie ganz- oder unterjährig waren, findet sich entlang der Quintile in der Tabelle „Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen nach Quintilen“.

Würde jedes Fünftel der Beschäftigten auch ein Fünftel des Jahreseinkommens beziehen, läge eine Einkommensgleichverteilung vor, die es real in keinem Land gibt. Im untersten Quintil sind die erwähnten unterjährigen, geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit einem sehr geringen Anteil am gesamten Bruttoeinkommen ausgewiesen. Die Entwicklungen über die Zeit sind in diesem Quintil geprägt von der Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen⁷. Die Grenze des 2. Quintils liegt bei 10.000 EUR Bruttojahresbezug. Der

⁷ Im Jahr 1995 wurde die Möglichkeit der geringfügigen Beschäftigung eingeführt und es wurden im gleichen Jahr 136.500 dieser Beschäftigungsverhältnisse registriert.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Einkommensanteil reduzierte sich hier seit 2000 um mehr als einen Prozentpunkt, im Jahr 2012 bezog dieses Quintil 9,0% des Gesamteinkommens. Auch im dritten Quintil reduzierte sich seit 2000 der Einkom-

mensanteil um 0,6 Prozentpunkte. Im obersten Quintil – hier liegt die Quintilsgrenze bei 49.000 EUR Jahreseinkommen – stieg der Einkommensanteil um fast 2 Prozentpunkte auf 47,6% an.

Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen nach Quintilen (in %)

	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
1. Quintil	2,9	2,5	2,2	2,2	2,2	2,1	2,0	2,0	1,9	1,9
2. Quintil	10,9	10,2	9,5	9,5	9,4	9,4	9,2	9,2	9,1	9,0
3. Quintil	17,7	17,4	17,2	17,1	17,0	17,0	16,9	16,8	16,9	16,8
4. Quintil	24,1	24,2	24,5	24,5	24,4	24,4	24,5	24,6	24,6	24,6
5. Quintil	44,4	45,7	46,5	46,7	46,9	47,1	47,4	47,4	47,5	47,6

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen

Quintilsgrenzen für 2012 (Bruttojahresbezüge): 1. Quintil: 1.904 EUR, 2. Quintil: 10.011 EUR, 3. Quintil: 10.437 EUR, 4. Quintil: 29.014 EUR, 5. Quintil: 49.246 EUR, Durchschnittsjahreseinkommen: 20.123 EUR

Die Bruttoeinkommen der Vollzeit- und Ganzjahresbeschäftigte verteilen sich über fünf gleich große Personengruppen etwas homogener (vgl. Tabelle „Verteilung der Einkommen Vollzeit- und Ganzjahresbeschäftiger“).

Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern, die nicht mit einer unterschiedlichen Arbeitszeit erklärbar sind. Allerdings leisten Männer im Schnitt 2,5 und Frauen 1,4 Überstunden pro Woche

und begründet eine geschlechtsspezifische Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigte. Von den Personen im untersten Quintil sind 48% Männer und 52% Frauen, während im obersten Quintil der Frauenanteil nur mehr bei 31% liegt. Der Einkommensanteil der Männer beträgt im obersten Quintil 44,4% aller Bruttoeinkommen, die an Männer gehen und liegt um 16,3 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil der Frauen in der Höhe von 28,1%.

Verteilung der Einkommen Vollzeit- und Ganzjahresbeschäftiger, 2012

	Qintilgrenze	Gesamt	Männer	Frauen	Personenanteil im Quintil	
		Einkommensanteile (in %)			Männer	Frauen
1. Quintil	24.845	8,2	5,4	15,1	47,9	52,1
2. Quintil	32.290	13,4	11,9	17,0	46,4	53,6
3. Quintil	40.653	16,8	16,5	17,6	59,8	40,2
4. Quintil	55.696	22,0	21,8	22,3	65,7	34,3
5. Quintil	- ¹⁾	39,6	44,4	28,1	68,8	31,2
Summe		100,0	100,0	100,0	70,3	29,7

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen

¹⁾ Letzte Lohnstufe ab 200.000 EUR ist nach oben hin offen; es kann keine Grenze gerechnet werden.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Die geringere Einkommensspreizung bei den Vollzeitbeschäftigen wird auch mit dem Verteilungsmaß des Gini-Koeffizienten belegt (vgl. Tabelle „Verteilungsmaß Gini-Koeffizient zwischen 1995 und 2012“). Der Koeffizient kann Werte zwischen 0 (Gleichverteilung) und 1 (eine Person bezieht das gesamte Einkommen) annehmen. Werden alle Lohnsteuerpflichtigen in der Berechnung der Ungleichheit berücksichtigt, lag der Gini-Koeffizient für 2012 bei 0,456, bei den Vollzeitbeschäftigten bei 0,333. Die Einkommensverteilung der Vollzeitbeschäftigen ist um ein Drittel weniger ungleich als bei allen Aktivbeschäftigten 2012. Allerdings

hat sich in beiden Gruppen die Ungleichheit vergrößert. Gegenüber 2008, dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, stieg die ungleiche Einkommensverteilung in beiden Gruppen um 1,7% an. Ist die Zunahme der Einkommensungleichheit gemäß Gini-Koeffizient aller ArbeitnehmerInnen durch die Zunahme der Teilzeitjobs, der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse etc. geprägt, zeigt sich auch bei den Männern mit ganzjährigen Bezügen ein Anstieg der Ungleichheit: Zwischen 2000 und 2012 stieg die Einkommensungleichheit aller ArbeitnehmerInnen um 5,3%, jene der ganzjahresbeschäftigte Männer um 4,1%.

Verteilungsmaß Gini-Koeffizient zwischen 1995 und 2012

	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2008-12	2000-12	Veränderung in %
ArbeitnehmerInnen gesamt	0,410	0,433	0,441	0,443	0,446	0,448	0,451	0,452	0,454	0,456	1,8	5,3	
Männer mit ganzjährigen Bezügen	0,302	0,320	0,316	0,319	0,323	0,327	0,331	0,332	0,331	0,333	1,8	4,1	

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen

Verteilung der Nettoeinkommen in Österreich

Für Einkünfte über der Geringfügigkeitsgrenze fallen Sozialversicherungsabgaben für das gesamte Einkommen bis zur Höchstbeitragsgrundlage an. Der Sozialversicherungsbeitragssatz der ArbeitnehmerInnen beträgt prinzipiell⁸ 17,62% (jener der ArbeitgeberInnen 22,8%). Die Sozialversicherungsabgaben lagen 2013 für ArbeitnehmerInnen an der Höchstbeitragsgrundlage bei 782,3 EUR. Bei einem Bruttoeinkommen von 3.000 EUR erreichen Sozialversicherungsbeiträge als auch Lohnsteuer jeweils die Absolutbeträge von rund 550 EUR. An der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage (2014) von 4.530 EUR fallen rund 818 EUR (18%) Sozialversicherungsabgaben und rund 1.093

EUR (24%) Lohnsteuer an. Für Einkommen zwischen 3.000 EUR und der Höchstbeitragsgrundlage reduziert die Lohnsteuer das individuelle Einkommen relativ stärker als die Sozialversicherungsabgaben, für Einkommen unter 3.000 EUR geht eine relativ stärkere Belastung von den Sozialversicherungsabgaben aus.

Die Ausgestaltung der Lohnsteuer mit der Steuerfreigrenze bis 11.000 EUR Jahreseinkommen und der progressive Tarif sollte zu einer stärkeren Veränderung der Nettoeinkommen im höheren Einkommensbereich gegenüber den Niedrigeinkommen führen. Die Verteilung der Nettoeinkommen (vgl. Tabelle „Höhe und Entwicklung der Brutto- und Nettobezüge, 1995

⁸ Für Einkommen unter 1.497 EUR pro Monat (Wert für 2013) verringert sich der ArbeitnehmerInnenbeitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf bis zu 0%.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKÖMKEN IN ÖSTERREICH

bis 2012“) ist gegenüber den Bruttoeinkommen weniger schiefl: Die unteren drei Quintile verbessern ihren Einkommensanteil von 27,8% brutto auf 31,2% netto. Das oberste Quintil bezieht 47,6% der Brutto- und 43,7% der Nettoeinkommen, die Reduktion des Ein-

kommensanteils netto beträgt 3,9 Prozentpunkte. Bei den obersten fünf und beim obersten Prozent der Einkommensbeziehenden werden die Nettoeinkommensanteile weniger stark reduziert als im gesamten obersten Quintil.

Höhe und Entwicklung der Brutto- und Nettobezüge, 1995 bis 2012

	Verteilung der Bruttobezüge				Verteilung der Nettobezüge			
	1995	2005	2010	2012	1995	2005	2010	2012
1. Quintil	2,9	2,2	2,0	1,9	3,4	2,8	2,6	2,4
2. Quintil	10,9	9,5	9,2	9,0	12,1	11,0	10,7	10,6
3. Quintil	17,7	17,2	16,8	16,8	18,2	18,5	18,3	18,2
4. Quintil	24,1	24,5	24,6	24,6	24,2	24,7	24,8	25,0
5. Quintil	44,4	46,5	47,4	47,6	42,1	43,0	43,7	43,7
Oberste 5%	17,7	18,8	19,2	19,4	16,7	16,9	17,3	17,5
Oberste 1%	5,9	6,5	6,7	6,8	4,0	5,7	5,9	6,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen

12.2.4 Die Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich

Die Zunahme des Anteils atypisch Beschäftigter (Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung etc.) an der Beschäftigungsstruktur in Österreich ist mitverantwortlich für die steigende Einkommensungleichheit, ebenso wie die sektoralen Verschiebungen hin zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigungsanteile im Dienstleistungsbereich. Diese markanten Veränderungen der Beschäftigungsstruktur schlagen auch auf die Einkommensentwicklung durch, da die steigende Bedeutung von atypischen Beschäftigungen (insbesondere Teilzeitbeschäftigung) auch mit geringeren durchschnittlichen Einkommen verbunden ist. Insbesondere für Frauen zeigen längerfristige Analysen, dass Erwerbskarrieren häufig von Phasen der Niedriglohnbeschäftigung gekennzeichnet

sind (vgl. Eppel – Horvath – Mahringer, 2013). Im vorliegenden Abschnitt ist die Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung zwischen 2000 und 2012 dargestellt, da in diesem Zeitraum eine Zunahme des Anteils von Niedriglöhnen trotz Vollzeitbeschäftigung vorhanden ist. Zudem belegen empirische Untersuchungen, dass Niedriglohnbeschäftigung eine hohe Persistenz aufweist (vgl. Eppel – Horvath – Mahringer, 2013). Niedriglohnbeschäftigung bedeutet für die Betroffenen – im Gegensatz zu Teilzeitbeschäftigung –, dass sie durch eine Ausweitung ihrer Arbeitszeit die Einkommenssituation nicht verbessern können.

Ermittlung von Niedriglöhnen

Niedriglöhne beziehen sich auf die Entlohnung je Zeiteinheit. Für eine Abgrenzung wurden mit Hilfe ökonometrischer Methoden Teilzeit- und Vollzeitbeschäfti-

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

gungsverhältnisse im Versicherungsdatensatz voneinander isoliert⁹ und für die Analysen ausschließlich die Vollzeitbeschäftigung herangezogen. Das Imputationsverfahren¹⁰ wurde im Rahmen früherer Studien des WIFO erarbeitet und für die vorliegende Arbeit erweitert (vgl. Lutz – Mahringer, 2010, Eppel – Horvath – Mahringer, 2013).

Der Fokus der folgenden Beschreibung der Entwicklung von Niedriglohnbeschäftigung in Österreich liegt auf jenen Beschäftigungsverhältnissen, die im Rahmen des Imputationsverfahrens als Vollzeitbeschäftigungen (ab 36 Stunden pro Woche) unselbstständig Erwerbstätiger identifiziert wurden. Die Analysen konzentrieren sich dabei auf die Altersgruppe zwischen 25 und 54 Jahren. Durch die Altersabgrenzung wurden auf der einen Seite hauptsächlich Lehrlinge wie auch BerufseinsteigerInnen und auf der anderen Seite die Kohorte mit pensionsbedingten Erwerbsaustritten ausgeschlossen. Zusätzlich wurden öffentlich Bedienstete aus der Beobachtung ausgeschlossen, da für diese keine vollständigen Einkommensinformationen in den Sozialversicherungsdaten vorhanden sind.

Definition der Niedriglohnschwelle und Niedriglohnanteile

Zur Definition von Niedriglohnbeschäftigungen wird im Folgenden keine absolute Grenze sondern ein relatives Maß genutzt. Dabei wird eine in der Literatur häufig angewandte Definition der Niedriglohnschwelle verwendet. Sie wird mit 2/3 des Einkommens-Medians unselbstständiger Vollzeitbeschäftigung der 18 bis 59 Jahre alten unselbstständig Beschäftigten zu einem jährlichen Stichtag¹¹ festgelegt (vgl. Lutz – Mahringer, 2010)¹². Der Einkommensmedian wird dabei als Brutto-Monatslohn inklusive anteiliger Sonderzahlungen definiert.

Je nach Definition, Datengrundlage und betrachteter Personengruppe können die Ergebnisse zur Niedriglohnbeschäftigung im Niveau deutlich variieren, bei den grundlegenden Tendenzen hinsichtlich der Entwicklung und der besonderen Betroffenheit bestimmter Gruppen besteht jedoch in unterschiedlichen Untersuchungen generell Übereinstimmung (Geisberger – Knittler, 2010).

⁹ Für die Ermittlung der Vollzeitarbeitsplätze nutzten Lutz – Mahringer (2010) das Wissen, dass Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte nicht zufällig über die Personen und Arbeitsbereiche verteilt sind: Auf Basis der Mikrozensus von zehn Jahren und der darin enthaltenen Informationen über die Arbeitszeit und sonstige Merkmale zu den Personen und Tätigkeiten, wurde für die Personen mittels Probit-Schätzung die Wahrscheinlichkeit ermittelt, entweder einer Vollzeit- oder einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen.

¹⁰ Beim Imputationsverfahren wird für jedes Beschäftigungsverhältnis die Wahrscheinlichkeit einer Vollzeitbeschäftigung mittels Probit-Schätzung ermittelt. Als erklärende Faktoren gehen in die Schätzung ein: das Alter (das quadratische Alter und Alter in höherer Ordnung), der sozialrechtliche Status (Arbeiterin und Arbeiter, Angestellte, Beamte bzw. Beamtin), die höchste abgeschlossene Ausbildung (das Ergebnis der oben skizzierten Ausbildungsimputation), die Staatsangehörigkeit (Türkei, Ex-Jugoslawien, sonstiges Ausland, Österreich), das Bundesland und die Wirtschaftsklasse (die Wirtschaftsbereiche wurden in 38 verschiedene Branchen differenziert). Bei Frauen finden als zusätzliche Informationen Eingang: die Zahl der Kinder, das Alter des jüngsten Kindes, die Kinderzahl in Verbindung mit der höchsten abgeschlossenen Ausbildung bzw. mit dem Bundesland, sowie das Alter des jüngsten Kindes in Kombination mit der höchsten abgeschlossenen Ausbildung bzw. mit dem Bundesland. Die Randverteilungen ergeben sich aus den (gewichteten) Mikrozensus-Jahresdurchschnittsdaten der einzelnen Jahre. Diese bilden die Basis für die Klassifizierung aller aufrechten Beschäftigungsverhältnisse der Beobachtungsjahre 2000-2012. Für Details siehe Eppel – Horvath – Mahringer (2013).

¹¹ Als Stichtag wird der 7. September eines Jahres gewählt, um eine möglichst repräsentative Abbildung der durchschnittlichen Beschäftigungsstruktur eines Jahres zu erreichen. Lutz und Mahringer (2010) wählen hingegen den 1. November.

¹² Als Lohninformation wird die Beitragsgrundlage unselbstständig Vollzeit-Beschäftigter zur Sozialversicherung inklusive Sonderzahlungen verwendet. Plausible Untergrenzen der Lohnhöhen werden an den niedrigsten Kollektivverträgen bemessen. Die Ermittlung des Medians und der Niedriglohnschwelle erfolgt jährlich zum Stichtag 7. September.

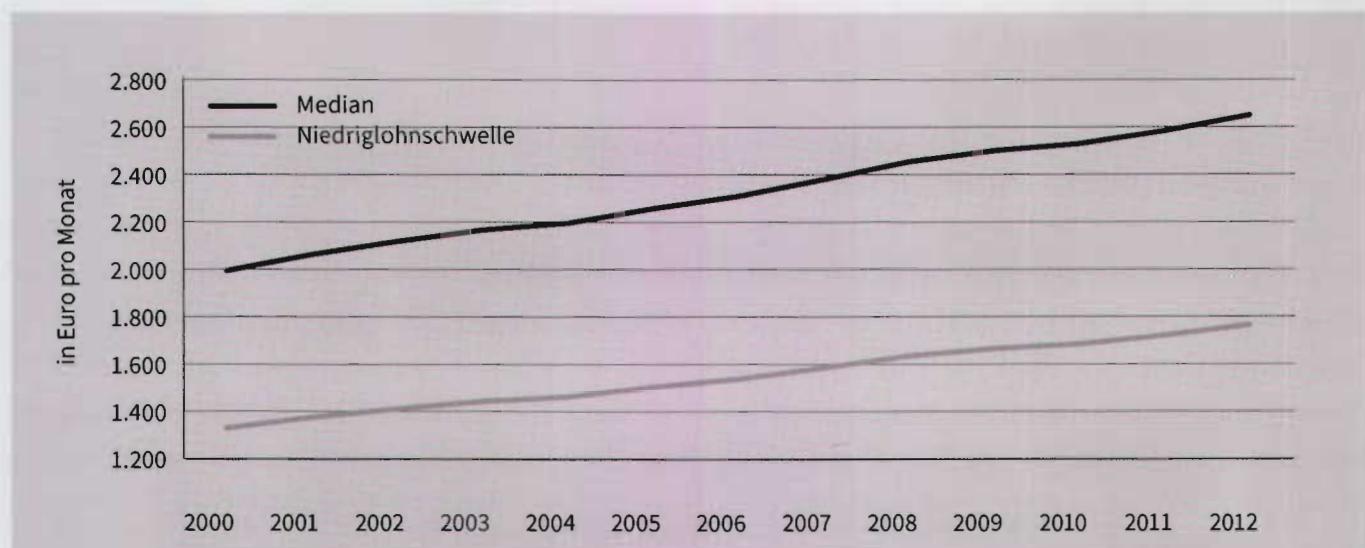
12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich

Die folgende Abbildung „Einkommens-Median und Niedriglohnschwelle für die Jahre 2000 bis 2012“ zeigt die Entwicklung des Einkommensmedians der unselbstständig Vollzeitbeschäftigten in den Jahren 2000 bis 2012 gemeinsam mit der entsprechenden Niedrig-

lohnschwelle. Der Einkommensmedian steigt im Zeitverlauf von knapp unter 2.000 EUR im Jahr 2000 auf etwas über 2.600 EUR brutto pro Monat (inklusive anteiliger Sonderzahlungen) im Jahr 2012. Die entsprechende Niedriglohnschwelle steigt damit von knapp 1.300 EUR auf etwas über 1.700 EUR im Jahr 2012.

Einkommens-Median und Niedriglohnschwelle für die Jahre 2000 bis 2012



Quelle: WIFO-Berechnungen, WIFO INDI-DV auf Basis Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

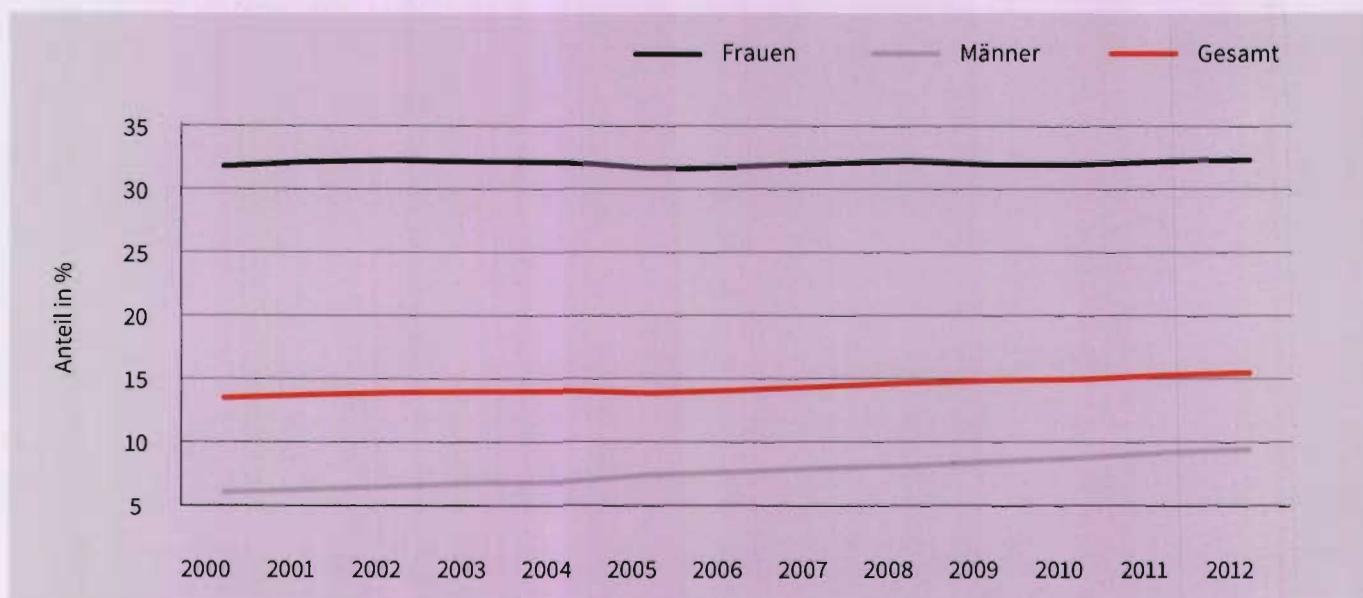
Einkommens-Median: Median der monatlichen Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung inklusive anteiliger Sonderzahlungen der unselbstständig Erwerbstätigen (18-59 Jährige) ohne öffentlich Bedienstete. Niedriglohnschwelle: 2/3 des Einkommensmedians.

Die nächste Abbildung „Niedriglohnanteile der Vollzeitbeschäftigte nach Geschlecht für die Altersgruppe 25 bis 54 Jahre“ zeigt die Entwicklung der Anteile von Niedriglohnbeschäftigte an allen unselbstständig Beschäftigten im Alter 25 bis 54 (ohne öffentlich Bedienstete). Die Abbildung stellt die Entwicklung insgesamt sowie getrennt für Frauen und Männer in den Jahren 2000 bis 2012 dar. Während der Anteil der nied-

riglohnbeschäftigte Frauen bei etwa 32% zu stagnieren scheint, zeigt sich bei Männern ein leichter Anstieg über den gesamten Beobachtungszeitraum. So steigt der Anteil der niedriglohnbeschäftigte Männer von knapp 6% im Jahr 2000 auf etwa 9% im Jahr 2012. In Summe steigt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigte (Männer und Frauen zusammen) im Zeitverlauf leicht an (2000: etwa 14%, 2012 etwa 16%).

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Anteil der Niedriglohnbeschäftigte in der Gruppe der Vollzeitbeschäftigte nach Geschlecht für die Altersgruppe 25 bis 54 Jahre



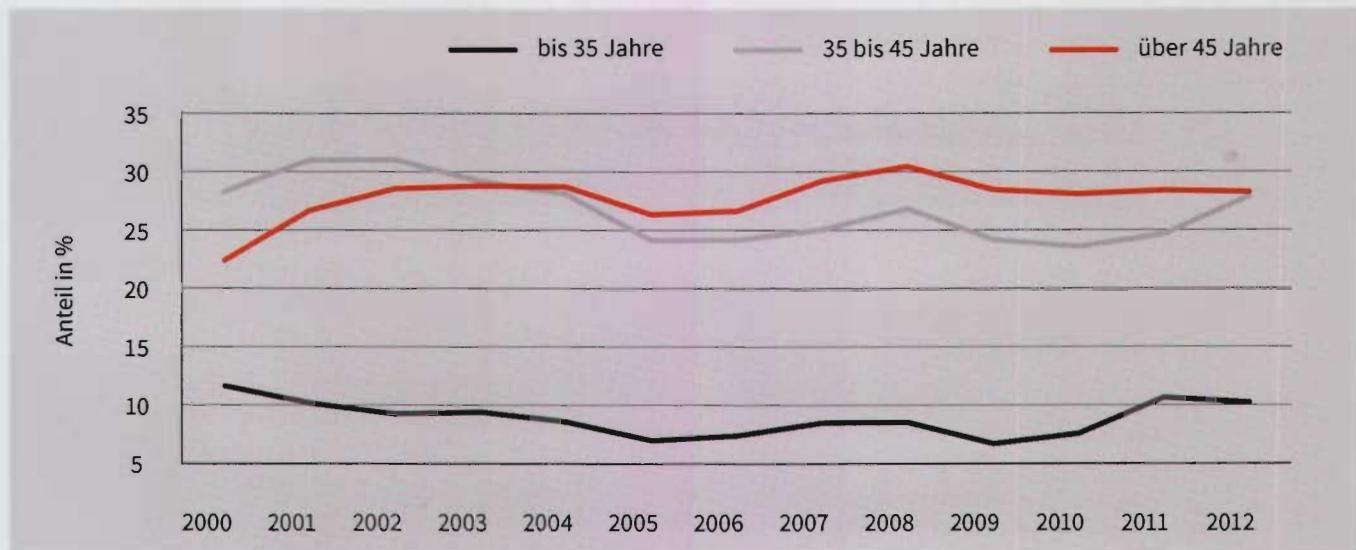
Quelle: WIFO Berechnungen, WIFO INDI-DV auf Basis Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Hinter der geschlechtsspezifischen Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung liegt eine recht unterschiedliche Entwicklung einzelner Altersgruppen. Die beiden folgenden Abbildungen zu Niedriglohnanteilen der vollzeitbeschäftigte Frauen bzw. Männer nach Altersgruppen zeigen die Entwicklung für Frauen und Männer aufgeteilt nach drei breiten Altersgruppen (25 bis 34, 35 bis 44 sowie 45 bis 54 Jahre). Für Frauen liegen die Niedriglohnanteile im Haupterwerbsalter (35 bis 44 Jahre) und in der älteren Altersgruppe (45 bis 54 Jahre) höher, während sie bei jungen Frauen (25 bis 34 Jahre) unterdurchschnittlich sind. Insgesamt zeigt sich bei Frauen zwischen den einzelnen Altersgruppen eine eher geringe Variation der Betroffenheit von Niedriglohnbeschäftigung. Bei Männern zeigt sich hingegen eine deutlichere Variation zwischen den einzelnen Altersgruppen.

Wie die Abbildung „Niedriglohnanteile der vollzeitbeschäftigte Männer nach Altersgruppen“ zeigt, liegt der Niedriglohnanteil in der Altersgruppe der 25 bis 34 Jährigen deutlich höher als in den anderen Altersgruppen, während mit zunehmendem Alter die Betroffenheit deutlich sinkt. Auch im Zeitverlauf steigt die Niedriglohnbeschäftigung bei jungen Männern markant, während der Anstieg in den übrigen Altersgruppen vergleichsweise gering ausfällt. In der Altersgruppe der 25 bis 34-jährigen Männer steigt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigte zwischen 2000 und 2012 um 5 Prozentpunkte von knapp 7% auf 12%.

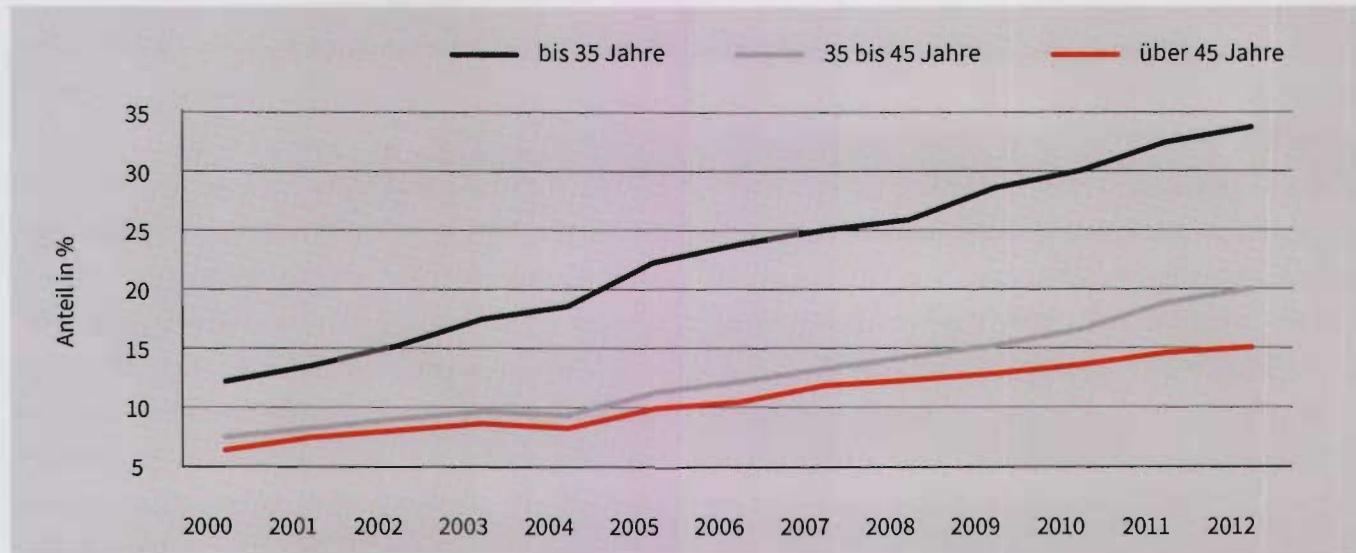
12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Niedriglohnanteile der vollzeitbeschäftigen Frauen nach Altersgruppen



Quelle: WIFO-Berechnungen, WIFO INDI-DV auf Basis Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Niedriglohnanteile der Vollzeitbeschäftigen Männer nach Altersgruppen



Quelle: WIFO-Berechnungen, WIFO INDI-DV auf Basis Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Zusammenfassend bestätigen die empirischen Befunde damit, dass Niedriglohnbeschäftigung in Österreich einen nicht unwesentlichen Anteil der unselbstständig Vollzeitbeschäftigten betrifft, wobei markante geschlechtsspezifische Unterschiede in der Betroffenheit auffallen. So sind Frauen in Vollzeitbeschäftigung

etwa vier Mal so häufig von Niedriglohnbeschäftigung betroffen als Männer. Gleichzeitig ist im Zeitverlauf insbesondere unter jungen Männern eine steigende Betroffenheit festzustellen, während für Frauen die Niedriglohnanteile auf hohem Niveau stagnieren.

12.2.5 Zusammenfassung

Die deutlichen Veränderungen am Arbeitsmarkt durch den Rückgang der standardisierten Beschäftigungsverhältnisse (stabile Vollzeitverhältnisse), der Zunahme der Dienstleistungsbeschäftigte etc. hat Folgewirkungen sowohl auf die Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Gehaltssumme, die Verteilung der Einkommen wie auch auf die individuelle Einkommenslage. Im abgelaufenen Jahrzehnt wuchsen die Stundenentgelte etwas stärker als die Tariflöhne. Wegen des Rückgangs der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Beschäftigten entwickelten sich die Pro-Kopf-Einkommen der letzten fünf Jahre schwächer als die Tariflöhne. Die Einkommensdynamik der Teilzeitbeschäftigte war insgesamt schwächer als jene der Vollzeitbeschäftigte. Die Einkommensverläufe über den Lebenszyklus der Vollzeitbeschäftigte zeigen eine ausgeprägte Senioritätsentlohnung bei angestellten und beamteten Männern. Vertragsbedienstete haben mit zunehmendem Alter deutlich niedrigere Einkommenszuwächse, die Einkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter verlaufen hingegen flach. Die Einkommensunterschiede der Durchschnittseinkommen zwischen Frauen und Männern haben sich im abgelaufenen Jahrzehnt nur geringfügig verringert. Die steigende Frauenbeschäftigung erfolgte überwiegend in Form von Teilzeitarbeit, wodurch sich die effektiven Einkommen schwach entwickelten. Bei den Stundenlöhnen haben Frauen etwas aufgeholt, bei Verteilungsmaßen ist aber jeweils das tatsächliche Einkommen (d.h. das Einkommen der bezahlten Wochenarbeitsstunden) relevant.

Der Rückgang der Standardbeschäftigung sowie die Zunahme der Teilzeitjobs und geringfügigen Beschäftigungen etc. zeigen sich im rückläufigen Einkommensanteil entlang der fünf gleich großen Erwerbsgruppen: Während die 20% der unselbstständig Beschäftigten (1. Quintil) mit den geringsten Einkommen durch die Zunahme der de-standardisierten Beschäftigungs-

formen geprägt ist, zeigen sich sinkende Einkommensanteile auch im 3. Quintil. Die Einkommensanteile der reichsten 20% verzeichnen deutliche Zuwächse. Da die Arbeitsmarktveränderungen ein kontinuierlicher Prozess sind, kann erwartet werden, dass die Einkommensdifferenzen zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte, zwischen Produktions- und Dienstleistungsbeschäftigte, zwischen ArbeiterInnen und Angestellten etc. auch in Zukunft größer werden dürften.

12.3 Die Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen

Neben dem Erwerbseinkommen, das mit Abstand die wichtigste Einkommensquelle für die meisten Haushalte darstellt, werden die Konsummöglichkeiten und das Wohlstands niveau der Bevölkerung in einem wesentlichen Ausmaß vom staatlichen Abgaben- und Transfersystem geprägt. Letzteres hängt vielfach vom Haushaltskontext (Anzahl und Alter von Kindern, Alleinerziehende, etc.) ab. Zudem können zahlreiche haushaltsspezifische Faktoren (Größe des Haushalts, Betreuungspflichten, Einkommen anderer Haushaltsteilnehmer, sonstige Einkünfte, Bedürfnisse und Präferenzen) die Entscheidung, ob und in welchem Ausmaß einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, beeinflussen. Die Unterscheidung zwischen der Personen- und der Haushaltsebene spielt daher eine entscheidende Rolle für die Beurteilung der Einkommenssituation der Bevölkerung, auch weil erst auf der Haushaltsebene die volle Wirkung der staatlichen Umverteilungspolitik durch Steuern und öffentliche Transferleistungen zum Tragen kommt. Die Verteilung der Bruttoeinkommen wird durch die Aktivitäten des Staates in beträchtlichem Ausmaß beeinflusst. Das trifft besonders dann zu, wenn man neben den Transfers auch die öffentlichen Dienstleistungen (z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich) heranzieht. Ein Vergleich der Einkommensverteilung vor und nach Steuern und Transfers

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

belegt die große Rolle der staatlichen Umverteilung in Österreich und der EU (vgl. Guger et al., 2009).

Definition des verfügbaren äquivalisierten Haushaltseinkommens

Das verfügbare Haushaltseinkommen ist eine Größe, die sich aus der Summe aller Bruttoerwerbseinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit der Haushaltsmitglieder zuzüglich Sozialtransfers, Pensionen und Vermögenseinkommen ergibt, wobei Unterhaltsleistungen zwischen privaten Haushalten sowie Einkommensteuernachzahlungen und -erstattungen ebenfalls berücksichtigt werden.

Um die Einkommen privater Haushalte vergleichen und deren Verteilung beurteilen zu können, werden die Haushaltseinkommen zunächst äquivalisiert bzw. gewichtet. Die Gewichtung trägt dem Umstand Rechnung, dass große Haushalte ein höheres Haushaltseinkommen benötigen als kleine Haushalte, um den gleichen materiellen Lebensstandard zu erreichen wie letztere. Zudem wird berücksichtigt, dass Skalenerträge entstehen, wenn sich mehrere Personen einen gemeinsamen Wohnraum teilen. Das Ausmaß dieser Skalenerträge wiederum hängt u.a. vom Alter der zusammenlebenden Personen ab. Um den Vergleich der Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung zu ermöglichen, wird das Haushaltseinkommen normiert (äquivalisiert), indem es je nach Haushaltsgröße und Alter der Haushaltsmitglieder durch einen Faktor dividiert wird¹³. In weiterer Folge wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen daher auch als verfügbares Pro-Kopf-Haushaltseinkommen bezeichnet.

12.3.1 Ungleichheit unter verschiedenen Gesichtspunkten

Bis Ende der 1990er Jahre wurden in Österreich Haushaltseinkommen nur im Mikrozensus erfasst, seither zuerst im Europäischen Haushaltspanel (ECHP) und ab 2003 im Rahmen der Europäischen Erhebung zu Einkommens- und Lebensbedingungen (EU-SILC). Um mehrere Bruchstellen zu vermeiden, werden an dieser Stelle nur Daten aus Mikrozensus und EU-SILC verwendet; letztere werden auch zur Analyse der relativen Verteilungsposition Österreichs in der EU herangezogen. Die Vergleichbarkeit über die Zeit stellt dennoch in mehrfacher Hinsicht ein Problem dar. Zum einen sind die Ergebnisse aus Mikrozensus und EU-SILC nicht unmittelbar miteinander vergleichbar. Zum anderen wurden für beide Stichprobenerhebungen über die Jahre Änderungen im Erhebungskonzept durchgeführt. Für die EU-SILC Erhebung 2012 (Einkommen 2011) wurden zudem erstmals Registerdaten sowohl für die Berechnung von Einkommenskomponenten als auch für die Gewichtung und Hochrechnung verwendet, was ebenfalls in einem Bruch im Vergleich zu den Erhebungen der Vorjahre resultiert, da vor allem die Einkommen an den Rändern der Haushaltseinkommensverteilung aus Registerdaten vollständiger erfasst werden (Statistik Austria, 2013).

Zur Beurteilung der Einkommensverteilung zwischen den privaten Haushalten wird zunächst der Interquartilsabstand der Haushaltseinkommen als Maß zur Bestimmung der Einkommensungleichheit ausgewiesen. Dieser gibt an, um wie viel das verfügbare Einkommen eines Haushaltes an der Grenze des dritten und vierten Einkommensviertels (also eines Haushaltes, der gerade noch zu den einkommensreichsten 25% aller

¹³ Die Bestimmung der haushaltsspezifischen Gewichtungsfaktoren erfolgt nach der sogenannten neuen OECD-Skala, wonach die erste erwachsene Person im Haushalt mit dem Faktor 1,0, jede weitere Person im Alter von 15 und mehr Jahren mit 0,5 und alle anderen mit 0,3 in die Gewichtung eingehen.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Haushalte zählt) von jenem eines Haushaltes an der Grenze vom ersten zum zweiten Einkommensviertel abweicht. Die nachstehende Tabelle zeigt die Verände-

rung des Interquartilsabstands der verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen der unselbstständigen Haushalte.¹⁴

Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 1983 bis 2011 (unselbstständig Beschäftigte, relative Interquartilsabstände in %)

	1983	1991	1997	1999	2003-2005	2006-2007	2008-2009	2010	2011 ¹⁾
	Mikrozensus					EU-SILC			
Gewichtete Netto-einkommen pro Kopf (Äquivalenzeinkommen)	82	83	73	72	65	70	67	68	70

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus 1983 bis 1999, Sonderprogramme und EU-SILC: 2003 bis 2011; WIFO-Berechnungen

¹⁾ Datenbruch aufgrund veränderter Erhebungsmethode (Nutzung von Verwaltungsdaten für das Jahr 2011)

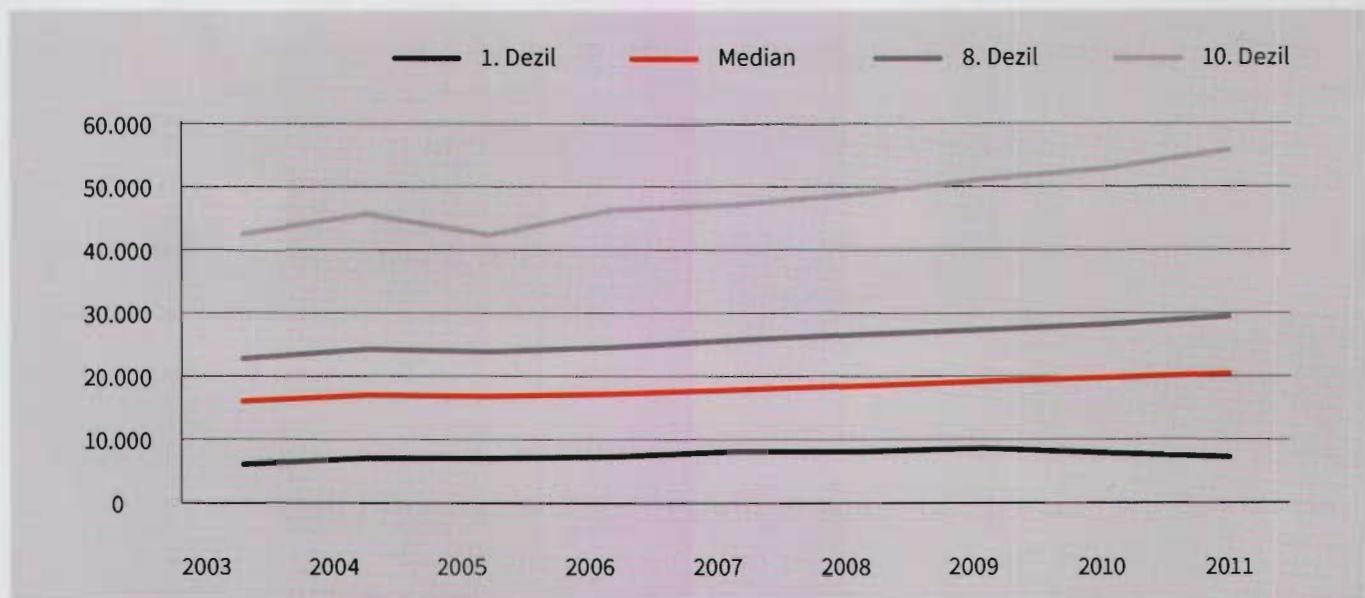
Es wird gezeigt, dass die Einkommensungleichheit im Laufe der neunziger Jahre merklich zurückgegangen ist. Insgesamt über alle Haushalte der Unselbstständigen verringerte sich der Interquartilsabstand laut Mikrozensus von 83% (1991) auf 72% (1999). Geht man vom durchschnittlichen EU-SILC Wert für die Einkommen der Jahre 2003 bis 2005 (65%) aus, kam es im laufenden Jahrzehnt tendenziell zu einer Steigerung der Ungleichheit (2006 bis 2007: 70%), die in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise zunächst etwas rückläufig erscheint (2008 bis 2009: 67%), dann aber wieder steigt. Im Jahr 2011 waren die verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen eines Haushaltes, der gerade noch zu den reichsten 25% aller Haushalte zählt, um 70% höher als das eines Haushalts, der gerade noch zu den ärmsten 25% der Haushalte zählt.

Einen anderen Eindruck über die Entwicklung der Haushaltseinkommen vermittelt die folgende Abbildung „Äquivalisiertes verfügbares Haushaltseinkommen in EUR pro Jahr für ausgewählte Dezile, 2003 bis 2011“. Hier wird der Verlauf der verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen für das 1., 5., 8. und 10. Dezil aller Haushalte für die Jahre 2003-2011 dargestellt. Die zehn Dezile erhält man, indem man alle Haushalte nach ihrem verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen reiht und dann in zehn gleich große Stücke teilt. Somit beinhaltet jedes Dezil 10% der Haushalte. Es zeigt sich, dass das äquivalisierte verfügbare Haushaltseinkommen des obersten Dezils seit 2005 ungleich stärker gestiegen ist als das entsprechende Einkommen der anderen Dezile. Das unterste Dezil war seit 2009 sogar mit einer (nominalen) Verringerung des verfügbaren gewichteten Haushaltseinkommens konfrontiert.

¹⁴ Die Abgrenzung von Haushalten nach unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit erfolgt in Bezug auf die Form des Haupterwerbseinkommens im Haushalt. Beamten werden aus der Betrachtung ausgeschlossen.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Äquivalisiertes verfügbares Haushaltseinkommen in EUR pro Jahr für ausgewählte Dezile, 2003 bis 2011¹⁾



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC, WIFO-Berechnungen

¹⁾ Die Einkommensdaten für das Berichtsjahr 2011 basieren teils auf Verwaltungsdaten, für das Berichtsjahr 2012 komplett.

Die nachstehende Abbildung „Entwicklung der Verteilung der äquivalisierten nominellen verfügbaren Haushaltseinkommen, 2006 bis 2011“ zeigt, dass das verfügbare Haushalteinkommen im Jahr 2010 im Durchschnitt um 2,6% (wie auch in den vier Jahren davor) gegenüber dem Vorjahr und damit deutlich stärker als die Verbraucherpreise gestiegen ist (+1,9%). Die 20% einkommensschwächsten Haushalte erlitten hingegen mit einem um 2,4% niedrigeren Haushaltseinkommen kräftige Kaufkrafteinbußen. Im Jahr 2011 stieg das verfügbare Pro-Kopf-Haushalteinkommen im Gleichschritt mit den Verbraucherpreisen um 3,3%, wobei das Einkommenswachstum im untersten Quintil der Haushalte wieder deutlich schwächer ausfiel (+2,4%).

Die unterschiedlichen Maße zur Bestimmung der Einkommensungleichheit werden in der Tabelle „Alter, Anzahl der Personen im Haushalt und Anteil der Einkommenskomponenten am verfügbaren Haushalts-

äquivalenzeinkommen nach Quintilen“ herangezogen. Der Tabelle „Entwicklung und Verteilung der äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommen 2003 bis 2011“ ist zu entnehmen, dass der Gini-Koeffizient unter Berücksichtigung aller Haushalte zunächst zwischen 2003 und 2005 von 0,331 auf 0,326 gefallen und bis zum Jahr 2010 mehr oder weniger kontinuierlich auf 0,336 gestiegen ist. Der relativ starke Anstieg nach 2009 lässt sich auf die Erhebungsmethode in EU-SILC zurückführen: Für das Jahr 2010 liegt der Gini-Koeffizient auf Basis der über Verwaltungsdaten erhobenen Einkommen um 3,5% über dem Gini-Koeffizienten, der sich ergibt, wenn man die Befragungsdaten heranzieht. Die höhere gemessene Einkommensungleichheit resultiert daraus, dass die befragten Personen am unteren Rand der Verteilung höhere Einkommen angeben als das Einkommen, das den Verwaltungsdaten zu entnehmen ist, während für die Angaben der Personen in den oberen Perzentilen das Gegenteil der Fall ist (vgl. Lamei et al., 2013). Schließt man jene Haus-

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

halte aus der Betrachtung aus, in denen HauptverdienerInnen selbstständig beschäftigt sind, so lässt sich ein geringeres Maß der Einkommenskonzentration festmachen (vgl. Guger – Mayrhuber – Scheiblecker, 2009). Ausgehend von einem Wert von 0,271 im Jahr

2003 stieg der Gini-Koeffizient bis 2010 um 2,7%. Unter Verwendung von Registerdaten liegt der Koeffizient für die Haushaltseinkommen ohne Berücksichtigung von Selbstständigenhaushalten im Jahr 2010 um 5,1% höher als unter Verwendung von Befragungsdaten.

Entwicklung der Verteilung der äquivalisierten nominellen verfügbaren Haushaltseinkommen, 2006 bis 2011

	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹⁾
Veränderung zum Vorjahr in %						
1. Quintil	4,0	7,0	2,2	4,5	-2,4	2,4
2. Quintil	3,0	3,4	4,4	3,7	2,4	3,5
3. Quintil	2,5	4,0	3,7	3,6	3,5	3,4
4. Quintil	2,4	4,7	3,6	2,9	3,6	3,2
5. Quintil	7,2	2,4	3,8	4,4	3,0	3,5
Insgesamt	4,4	3,8	3,7	3,8	2,6	3,3
Verbraucherpreisindex	1,5	2,2	3,2	0,5	1,9	3,3

Quelle: Statistik Austria, EU SILC, WIFO-Berechnungen

¹⁾ Diese Werte beruhen auf Verwaltungsdaten.

Entwicklung der Verteilung der äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommen, 2003 bis 2011

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾
Gini-Koeffizient										
Alle Personen	0,331	0,327	0,326	0,331	0,330	0,329	0,333	0,336	0,347	0,345
Ohne Selbstständige	0,271	0,272	0,272	0,277	0,277	0,277	0,284	0,278	0,292	0,292
Anteil in %										
1. Quintil	8,7	9,0	9,1	9,0	9,3	9,2	9,3	8,8	8,2	8,1
2. Quintil	14,1	14,1	14,3	14,1	14,0	14,1	14,1	14,1	13,8	13,9
3. Quintil	17,9	17,8	18,1	17,8	17,8	17,9	17,8	17,9	17,9	17,9
4. Quintil	22,6	22,5	22,8	22,4	22,6	22,6	22,4	22,6	22,8	22,7
5. Quintil	36,6	36,6	35,7	36,7	36,2	36,2	36,4	36,5	37,2	37,3
Relative Einkommensanteile										
5./1.	4,2	4,1	3,9	4,1	3,9	3,9	3,9	4,1	4,5	4,6
4./2.	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,7	1,6
3./1.	2,1	2,0	2,0	2,0	1,9	1,9	1,9	2,0	2,2	2,2
5./3.	2,0	2,1	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,1

Quelle: Statistik Austria, EU SILC, WIFO-Berechnungen

¹⁾ Diese Werte beruhen auf Verwaltungsdaten.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Als weiteres Maß zur Bestimmung der Einkommensungleichheit dient der Vergleich der Anteile der einzelnen Quintile am gesamten Haushaltsäquivalenzeinkommen. Aus der Übersicht „Entwicklung der Verteilung der äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommen 2003 bis 2011“ geht hervor, dass im Jahr 2011 auf das erste Quintil 8,1%, während auf das mittlere Quintil 17,9% und auf das oberste Quintil 37,3% der verfügbaren Haushaltseinkommen entfallen. In der Zeitperiode 2003 bis 2011 sind die Einkommensanteile des 3. und 4. Quintils nahezu unverändert geblieben. Im Gegensatz dazu hat das unterste Quintil deutlich Anteile verloren (-0,6 Prozentpunkte). Der Rückgang ist nur zum Teil durch die neue Erfassungsmethode bedingt und bereits im Jahr 2010 zu beobachten. Auf das oberste Quintil entfällt 2010 hingegen aufgrund der besseren Erfassung der Einkommen mit Verwaltungsdaten ein größerer Anteil des gesamten Haushaltseinkommens als die Befragungsdaten dies suggerierten (+0,7 Prozentpunkte). Eine Betrachtung der relativen Einkommensanteile zeigt, dass das oberste Quintil im Jahr 2003 einen 4,2 mal höheren Anteil am gesamten verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen hatte als das unterste Quintil. Dieser Faktor stieg unter Verwendung von Verwaltungsdaten im Jahr 2010 auf 4,5 und im Jahr 2011 auf 4,6.

12.3.2 Die Entwicklung einzelner Einkommensquellen

Weiteren Aufschluss über die Situation der Haushalte im Zeitverlauf liefert die nachstehende Tabelle „Alter, Anzahl der Personen im Haushalt und Anteil der Einkommenskomponenten am verfügbaren Haushaltseinkommen nach Quintilen“. Neben dem durchschnittlichen Alter des Hauptverdiener bzw. der Hauptverdienerin sowie der durchschnittlichen Anzahl der Personen pro Haushalt, gibt der obere Teil der Übersicht einen Überblick darüber, wie hoch das verfügbare Pro-Kopf-Haushaltseinkommen im ersten

bis fünften Quintil im Jahr 2011 war und aus welchen Quellen die Haushalte ihr Einkommen bezogen.

Wie die erste Zeile zeigt, variiert das Durchschnittsalter der Hauptverdiener über die Quintile nur wenig, während die Anzahl der Personen im Haushalt in den unteren Quintilen deutlich geringer ist als in den oberen Quintilen. Im untersten Quintil machten die Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsleistungen mit knapp 40% den größten Anteil am verfügbaren Haushaltseinkommen aus, gefolgt vom Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit (26%), den Arbeitslosenleistungen (10%) und den familien- und ausbildungsbezogenen Leistungen (7%). Im zweiten Quintil trugen die Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit und die Altersleistungen in etwa jeweils 40% zum verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen bei. Die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und die ausbildungs- und familienbezogenen Leistungen hatten mit jeweils etwa 6% eine weitaus geringere Bedeutung. Ab dem dritten Quintil spielt das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit eine dominante Rolle, während die Altersleistungen die zweitwichtigste Einkommensquelle darstellen. Die 20% einkommensstärksten Haushalte bezogen fast 58% ihres verfügbaren Haushaltseinkommens aus unselbstständiger Beschäftigung und 22% aus Altersleistungen. Die dritt wichtigste Einkommensquelle im 5. Quintil stellte mit 12% das Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit dar, gefolgt vom Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Vermietung und Verpachtung (6%). Die Vermögenseinkommen sind allerdings am oberen Rand der Verteilung deutlich untererfasst (vgl. Humer et al, 2013). Der Anteil der Familienleistungen nimmt mit dem Einkommen sukzessive ab, da der Anspruch und die Höhe dieser Geldleistungen zum Großteil einkommensunabhängig sind. Im fünften Quintil machen sie nur 1% des verfügbaren Haushaltseinkommens aus.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern etwas reduziert, sind aber nach wie vor hoch: Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen erreichen 70% der Einkommen von Arbeitern, angestellte vollzeitbeschäftigte Frauen 63% der angestellten Männer. Einzig beamtete Frauen erreichen 96% der entsprechenden Männereinkommen. Unter den vollzeitbeschäftigen Frauen ist der Anteil mit Niedrigeinkommen besonders hoch: 32% von ihnen hatten 2012 Einkommen, die zwei Drittel des Medianeinkommens aller Vollzeitbeschäftigt nicht erreicht. Zwischen 2000 und 2012 stieg der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in der Altersgruppe der 25- bis 54-jährigen Vollzeitbeschäftigt von 14% auf 16% an.

Die Beschäftigungszuwächse im unteren Einkommenssegment führen zu einer kontinuierlichen Verschiebung der Einkommensanteile. Die untersten 60% der ArbeitnehmerInnen hatten zwischen 2005 und 2012 einen Rückgang am lohnsteuerpflichtigen Einkommen im Ausmaß von 1,1 Prozentpunkten zu verzeichnen. Der Einkommensanteil im 4. Quintil blieb weitgehend konstant. Die Anteilsverluste der unteren drei Quintile gingen an das oberste Quintil. Auch bei den Nettobezügen verschoben sich die Einkommensanteile wie bei den Bruttobezügen zugunsten des obersten Einkommensquintils. Die geschlechtspezifischen Einkommensunterschiede spiegeln sich auch im Frauenanteil in den Einkommensquintilen: Während in der Gruppe der 20% ArbeitnehmerInnen mit den geringsten lohnsteuerpflichtigen Einkommen der Frauenanteil bei 51% ist, sinkt er in der obersten Einkommensgruppe auf 31%. Die steigende Spreizung der Unselbstständigeneinkommen zeigt sich auch im Verteilungsmaß des Gini-Koeffizienten. Die Einkommensungleichheit aller ArbeitnehmerInnen erhöhte sich zwischen 2000 und 2013 um 5,3%, jene der ausschließlich Vollzeitbeschäftigt um 4,1%.

Ein beträchtlicher Anteil der Erwerbstätigen ist Teil eines Haushalts und teilt sich Ressourcen (Lohn- und Nichtlohninkommen) mit anderen Haushaltsgliedern. Die ökonomische Situation der Erwerbsbevölkerung ist neben ihrem individuellen Erwerbsinkommen aus unselbstständiger Arbeit und den Nicht-Lohn-Einkommen auch von monetären Transfers bestimmt. Auf der Ebene der Haushalte stellt sich die Verteilungslage etwas weniger ungleich dar als bei den Unselbstständigeneinkommen.

Möchte man Aussagen über das Wohlstandsniveau und die Konsummöglichkeiten einer Gesellschaft machen, ist es daher wichtig über die reine Individualebene hinauszugehen und das verfügbare Pro-Kopf-Haushalteinkommen, das alle Einkommensquellen aller Haushaltsglieder umfasst, zu untersuchen. Aus den letztverfügbar Daten von EU-SILC geht hervor, dass das durchschnittliche verfügbare Haushaltsequivalenz-einkommen im Jahr 2010 im Durchschnitt um 2,6% gegenüber dem Vorjahr und damit sowohl stärker als die ArbeitnehmerInnenentgelte (+2,1%) als auch stärker als die Verbraucherpreise (+1,9%) gestiegen ist. Die 20% einkommensschwächsten Haushalte erlitten hingegen mit einem um 2,4% niedrigeren Haushaltseinkommen kräftige Kaufkrafteinbußen. Im Jahr 2011 stieg das verfügbare Pro-Kopf-Haushaltseinkommen im Gleichschritt mit den Verbraucherpreisen um 3,3%, wobei das Einkommenswachstum im untersten Quintil der Haushalte wieder deutlich schwächer ausfiel (+2,4%). Im längerfristigen Vergleich zeigt sich, dass die quantitative Bedeutung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit außer in den 20% einkommensstärksten Haushalten deutlich zurückgeht. Zwischen 2003 und 2011 ist der Anteil des Erwerbseinkommens am verfügbaren Haushaltseinkommen in der Gruppe der 60% Haushalte mit den geringsten Einkommen um etwa 7 Prozentpunkte gefallen. Im untersten Quintil machte diese Einkommensquelle nur mehr 30% des

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

verfügbarer Haushaltseinkommens aus. Dies reflektiert zum einen den gesellschaftlichen Alterungsprozess, aber auch die zunehmend angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zudem ist der Anteil der vollzeitbeschäftigen Angestellten an allen unselbstständig Beschäftigten außer in den mittleren Quintilen seit 2003 zurückgegangen. Der Anteil der vollzeitbeschäftigen ArbeiterInnen und BeamtenInnen ist hingegen in allen Einkommensgruppen gefallen. Begleitet wurde die Entwicklung von einem überproportionalen Anstieg der Teilzeitbeschäftigung bei den Angestellten und in geringerem Ausmaß bei den ArbeiterInnen. Ein wesentlich niedrigerer Anteil an vollzeitbeschäftigen BeamtenInnen und Vertragsbediensteten ist insbesondere bei den 60% der Haushalte mit den niedrigsten Haushaltsäquivalenzeinkommen zu verzeichnen. Während der Anteil des Erwerbseinkommens zurückgeht, gewinnen Altersleistungen, Arbeitslosenleistungen und Leistungen gegen soziale Ausgrenzung für das Haushaltseinkommen zunehmend an Bedeutung. Lediglich in den oberen Einkommensklassen spielt das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit sowie das Einkommen aus Vermögen eine im Vergleich zu 2003 wichtigere Rolle. Der Gini-Koeffizient zeigt insbesondere durch die vollständige Erfassung der Einkommen an den Rändern der Einkommensverteilung mit Registerdaten ab 2010 einen deutlichen Anstieg der Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen.

In der Vergangenheit stieg in Österreich die Ungleichheit der Einkommensverteilung, sowohl zwischen den Lohn- und Nicht-Lohneinkommen als auch innerhalb der Lohneinkommen. Bei den verfügbaren Einkommen der Haushalte setzte sich diese Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit ebenfalls fort. Die Einkommensverteilung ist zum einen eine wichtige Determinante der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, zum anderen bestimmt sie die ökonomische Absicherung der Menschen und trägt darüber hinaus zur sozialen

Stabilität der Gesellschaft bei. Die wirtschaftliche Prosperität in Österreich könnte durch eine Einkommenspolitik zur Verbesserung der Einkommenslage der unteren Einkommensgruppen gefördert werden.

12.5 Literatur

Altzinger, W., Berka, Ch., Humer, St., Moser, M., Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich 1957-2009, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2011, 37(4), S. 513-529 und 2012, 38(1), S. 77-102.

Atkinson, A. B., Brandolini, A., From Earnings Dispersion to Income Inequality, in Farina, F., Savaglio E., (Ed.), *Inequality and Economic Integration*, London, 2006.

Atkinson, A., B., Piketty, T., Saez, E., "Top Incomes in the Long Run of History", *Journal of Economic Literature*, 2011, 49(1), pp. 3-71.

Atkinson, A., B., Where is inequality headed? Conference report, ETUI, Conference cycle: The crisis and inequality, Brussels, 2013, (1).

Bach, S., Corneo, C., Steiner, V., "From bottom to top: The entire income distribution in Germany 1992-2003", *Review of Income and Wealth*, 2009, (55), pp. 303-330.

Baumgartner, J., Kaniovski, S., Leibrecht, M., Verhaltene Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit und Budgetkonsolidierung prägen Wirtschaftsentwicklung. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2018, WIFO, Wien, 2014, (2), S. 117-131.

Böheim, R., Himpele, K., Mahringer, H., Zulehner, Ch., „The gender pay gap in Austria: Eppur si muove!“, Böheim, R., Rocha-Akis, S., Zulehner, Ch., Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern: Die Rolle von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung, WIFO, Wien, 2013A, (11), S. 883-896.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Alter, Anzahl der Personen im Haushalt und Anteil der Einkommenskomponenten am verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen nach Quintilen

	2011 ¹⁾					
	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil	Insg.
Mittelwert						
Alter (Hauptverdiener, in Jahren)	50	53	52	51	52	52
Anzahl Personen im Haushalt	1,6	1,9	2	2	2,1	1,9
Verfügbares Haushaltsäquivalenzeinkommen (in EUR)	9.952	16.915	21.877	27.790	45.526	24.416
Anteil in %						
Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit	25,5	39,5	48,4	59,8	57,6	51,3
Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit	5,6	5,6	6,3	5,4	12,2	8,1
Arbeitslosenleistungen	10,3	4,0	1,8	1,3	0,5	2,2
Krankenleistungen	1,7	0,6	0,5	0,4	0,3	0,5
Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliditätsleistungen	39,8	39,7	35,6	27,9	22,0	29,7
Ausbildungsbezogene Leistungen, Familienleistungen, Kindergeld	7,2	6,2	4,2	2,6	1,3	3,3
Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung, Wohnkostenzuschuss f. Mieten	4,6	1,5	0,8	0,3	0,0	0,8
Netto-Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Zinsen und Dividenden	1,5	1,3	1,5	1,7	5,5	3,0
Nettогeldtransfers zwischen privaten Haushalten	2,8	0,5	-0,4	-0,7	-1,3	-0,4
Sonstige Einkommen ²⁾	0,8	1,0	0,8	0,8	0,3	0,6
Δ 2003/2011¹⁾						
Alter (Hauptverdiener, in Jahren)	-1,0	3,2	3,7	2,4	2,0	2,1
Anzahl Personen im Haushalt	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0
Differenz in Prozentpunkten						
Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit	-7,0	-5,9	-7,3	-0,9	3,1	-1,6
Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit	1,0	0,3	1,4	0,3	-3,1	-0,6
Arbeitslosenleistungen	2,0	1,4	0,0	0,2	0,0	0,4
Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliditätsleistungen	0,2	4,0	4,8	-0,5	-3,8	-0,2
Krankenleistungen	1,2	0,3	0,0	0,2	0,1	0,2
Ausbildungsbezogene Leistungen, Familienleistungen, Kindergeld	-2,0	-2,0	-0,8	-0,7	-0,6	-1,0
Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung, Wohnkostenzuschuss f. Mieten	2,9	0,8	0,5	0,2	0,0	0,5
Netto-Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Zinsen und Dividenden	-0,1	0,6	0,9	0,7	3,0	1,5
Nettогeldtransfers zwischen privaten Haushalten	1,1	-0,3	-0,4	-0,4	-0,8	-0,4
Sonstige Einkommen ²⁾	0,5	0,6	0,5	0,5	0,3	0,4

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC, WIFO-Berechnungen

¹⁾ Werte für 2011 beruhen auf Verwaltungsdaten.

²⁾ Einkommen von Personen unter 16 Jahren, Einkommensteuernachzahlungen/-erstattungen

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

In der unteren Hälfte der Tabelle werden die jeweiligen Variablen im Vergleich zum Jahr 2003 dargestellt. Hier ist zu entnehmen, dass die HauptverdienerInnen im Jahr 2011 ausschließlich im untersten Quintil jünger waren als 2003. In den mittleren Quintilen ist das Alter überdurchschnittlich gestiegen. Die Haushaltsgröße hat sich über die Quintile hingegen kaum geändert. Die verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen sind zwischen 2003 und 2011 im Durchschnitt um etwa 29% gestiegen, wobei das Wachstum in den zwei untersten Quintilen unterdurchschnittlich war (1. Quintil: +22%; 2. Quintil: +27%) und in den drei obersten Quintilen zwischen 29% und 32% lag. Im Durchschnitt über alle Haushalte sind zwischen 2003 und 2011 insbesondere der Anteil des Erwerbseinkommens (-2,2 Prozentpunkte) sowie der Anteil der ausbildungs- und familienbezogenen Leistungen (-1 Prozentpunkt) am verfügbaren Haushaltseinkommen gefallen. Hingegen ist der Anteil der Vermögenseinkommen (+1,5 Prozentpunkte) gestiegen. Diese Entwicklungen haben sich in den einzelnen Quintilen höchst unterschiedlich vollzogen. Der anteilmäßige Rückgang im Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit war insbesondere in den 60% einkommensschwächsten Haushalten sehr ausgeprägt (zwischen 6 und 7 Prozentpunkten). Lediglich bei den 20% einkommensstärksten Haushalten ist der Anteil des Einkommens aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit gestiegen. Während im untersten Quintil die quantitative Bedeutung der Altersleistungen nahezu unverändert blieb, kompensierte diese Einkommensquelle im 2. und 3. Quintil zumindest teilweise den Rückgang im Anteil des Unselbstständigeneinkommens (2. Quintil: +4 Prozentpunkte; 3. Quintil: +5 Prozentpunkte). Im untersten Quintil nahm hingegen die Bedeutung der Arbeitslosenleistungen (+2 Prozentpunkte) und der Leistungen gegen soziale Ausgrenzung sowie Zu- schüsse für Mieten (+3 Prozentpunkte) zu. Bei den 40%

einkommensschwächsten Haushalten haben sich die Anteile der familien- und ausbildungsbezogenen Leistungen um jeweils 2 Prozentpunkte reduziert. Der allgemeine Anstieg im Anteil der Vermögenseinkommen ist insbesondere durch den Anstieg bei den 20% einkommensstärksten Haushalten getrieben. Der Anteil des Einkommens aus selbstständiger Tätigkeit ist hingegen ausschließlich im 5. Quintil im Vergleich zu 2003 gefallen.

Der in der vorangestellten Tabelle „Alter, Anzahl der Personen im Haushalt und Anteil der Einkommenskomponenten am verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen nach Quintilen“ beschriebene Rückgang im Anteil des Unselbstständigeneinkommens in den unteren Quintilen ging mit einem Rückgang im Anteil der vollzeitbeschäftigte Personen einher (vgl. Tabelle „Struktur der unselbstständigen Erwerbstätigkeit – Angestellte, Arbeiter, Beamte sowie bezahltes Arbeitsausmaß – 2011 nach Quintilen“). Im ersten Quintil fiel der Anteil der Vollzeit-Angestellten zwischen 2003 und 2011 um 2,2 Prozentpunkte. Der Anteil der vollzeitbeschäftigte ArbeiterInnen, der im Jahr 2011 im ersten Quintil knapp 43% aller Unselbstständigen ausmachte, reduzierte sich im Vergleich zu 2003 um 3,5 Prozentpunkte. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der teilzeitbeschäftigten Angestellten und ArbeiterInnen um 7,7 bzw. 2,4 Prozentpunkte. Die Gruppe der Angestellten und ArbeiterInnen stellt in den drei untersten Quintilen über 90% der unselbstständig Beschäftigten dar. In allen Quintilen ist der Anteil der teilzeitbeschäftigten Angestellten zwischen 2003 und 2011 markant gestiegen. Der Anteil der vollzeitbeschäftigte BeamteInnen und Vertragsbediensteten fiel in den zwei untersten Quintilen um 2,6 bzw. 3 Prozentpunkte; im 3. Quintil fiel der Anteil um mehr als 6 Prozentpunkte auf 8,6%.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Struktur der unselbstständigen Erwerbstätigkeit (Angestellte, ArbeiterInnen, BeamtenInnen sowie bezahltes Arbeitsausmaß), 2011 nach Quintilen

	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil
Anteile in %					
Vollzeit Angestellte	27,3	27,8	35,1	42,1	51,1
Teilzeit Angestellte	17	11,5	12,2	11,4	10
Vollzeit ArbeiterInnen	42,9	42,9	36,9	27,6	14,8
Teilzeit ArbeiterInnen	9,1	9,2	6	3,5	1,9
Vollzeit BeamtenInnen	3,3	7	8,6	13,3	19,6
Teilzeit BeamtenInnen	0,4	1,7	1,1	2,1	2,7
2003-2011 Veränderung in Prozentpunkten					
Vollzeit Angestellte	-2,2	-1,3	2,9	3	-1,1
Teilzeit Angestellte	7,7	1,6	4,3	2,7	3,1
Vollzeit ArbeiterInnen	-3,5	-0,7	-2,3	-4,4	-3,1
Teilzeit ArbeiterInnen	2,4	2,8	1,7	0	0,6
Vollzeit BeamtenInnen	-2,6	-3	-6,1	-1,5	-1,2
Teilzeit BeamtenInnen	-1,8	0,7	-0,6	0,1	1,8

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC, WIFO-Berechnungen

12.4 Zusammenschau

Die Entlohnung der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital hat eine unterschiedliche Dynamik. Die ArbeitnehmerInnenentgelte nahmen schwächer zu als die Nicht-Lohn-Einkommen (das sind die Unternehmens- und Vermögenserträge), obwohl die Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen kontinuierlich gestiegen ist. Damit wuchsen die Pro-Kopf-Einkommen schwächer als die ArbeitnehmerInnenentgelte insgesamt. Zwischen 2000 und 2010 nahmen die ArbeitnehmerInnenentgelte im Schnitt um 2,9% pro Jahr zu, während die Unternehmens- und Vermögenserträge trotz der krisenbedingten Einbrüche im Jahr 2009 (-15,8%) um durchschnittlich 4,5% pro Jahr wuchsen. In den beiden letzten Jahren 2012 und 2013 sind die Unternehmens- und Vermögenserträge wieder gesunken, die ArbeitnehmerInnenentgelte weiter gestiegen. Unternehmens- und Vermögenserträge reagieren schneller auf konjunkturelle Veränderungen, während die Löhne und Gehälter im Allgemeinen einmal jähr-

lich mit den Lohnabschlüssen angepasst werden. Diese zeitverzögerte Reaktion der ArbeitnehmerInnenentgelte in Konjunkturschwächen ist mit positiven Effekten für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage verbunden. Die stabilisierende Wirkung kam in der Krise 2009 zum Tragen, wo die private Konsumnachfrage zwar einbrach, aber weiterhin positiv blieb. 2013 leistete die private Konsumnachfrage erstmals keinen positiven Wachstumsbeitrag zur Wirtschaftsentwicklung, obwohl sich die ArbeitnehmerInnenentgelte um 2,8% erhöhten.

Das Zurückbleiben der Zuwächse der ArbeitnehmerInnenentgelte gegenüber den Nicht-Lohn-Einkommen führte langfristig zu einem Rückgang der Lohnquote, der in Österreich stärker war als in den meisten europäischen Ländern. Gemäß den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verringerte sich die bereinigte Lohnquote zwischen 1990 und 2007 um 7,6 Prozentpunkte auf 66,2%. Die krisenbedingten

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Einbrüche bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen führte 2009, aber auch 2012 und 2013, zu einem Anstieg der Lohnquote. Ein erneuter Rückgang der Lohnquote kann verhindert werden, wenn sich die Reallöhne im Gleichklang mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität entwickeln würden. Tatsächlich erhöhten sich zwischen 2010 und 2013 die Löhne je Beschäftigungsverhältnis um durchschnittlich 1,9% pro Jahr. Im gleichen Zeitraum stieg das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen um 2,7% pro Jahr. Ein Gleichklang war damit weder in der jüngeren noch in der längeren Vergangenheit gegeben.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zeigt der Rückgang der Lohnquote zugunsten eines wachsenden Anteils der Unternehmens- und Vermögenserträge am Volkseinkommen die Veränderung der Einkommensverteilung weg vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Kapital. Darüber hinaus hat sich auch die Abgabenbelastung der beiden Produktionsfaktoren zugunsten des Kapitals verschoben, was in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch die steigende Differenz zwischen der Bruttolohnquote und der um die Abgaben bereinigten Nettolohnquote festgehalten wird.

Die rückläufige Lohnquote ist begründet und getragen von strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt wie der Tertiärisierung, Flexibilisierung und vieles mehr, die wiederum die Verteilung der Lohneinkommen innerhalb der ArbeitnehmerInnenschaft bestimmen. Trotz Beschäftigungsausweiterungen beobachten wir eine steigende Ungleichheit bei den ArbeitnehmerInneninkommen, da die individuelle Intensität der Arbeitsmarktbeteiligung sinkt: Seit 2004 steigt das Gesamtvolumen der geleisteten Arbeitsstunden in Österreich mit jährlich +0,3% deutlich schwächer an als die Beschäftigtenzahlen, die im Schnitt in diesem Zeitraum um 1% jährlich zunahmen. Neue Jobs sind damit mit einem geringen Stundenausmaß verbunden.

Gemäß Lohnsteuerstatistik waren 2013 29% aller Beschäftigungsverhältnisse (47% aller unselbstständig beschäftigten Frauen) Teilzeitjobs. Teilzeitbeschäftigte verhältnisse erreichten 2013 im Schnitt nur 30% des Lohnniveaus von Vollzeitbeschäftigteverhältnissen. Die steigende Einkommenspreizung ist damit auch ein Resultat der Zunahme der de-standardisierten Beschäftigungsverhältnisse.

Neben der Rolle des geleisteten Stundenausmaßes für die Einkommensposition sind die Einkommensdifferenzen nach sozialrechtlichem Status vorhanden. Werden ausschließlich Vollzeitbeschäftigte betrachtet, sind die Einkommen der ArbeiterInnen mit brutto 2.530 EUR pro Monat (einschließlich Sonderzahlungen) am geringsten und jene der BeamtenInnen mit 4.700 EUR pro Monat am höchsten. Vertragsbedienstete und Angestellte liegen – in dieser Reihenfolge – dazwischen.

Entlang den Wirtschaftsbranchen sind die Lohnunterschiede ebenfalls stark ausgeprägt. In der Gruppe der Vollzeitbeschäftigen variieren die Bruttolöhne und -gehälter zwischen der Energieversorgung mit 5.360 EUR und dem Beherbergungs- und Gaststättenwesen mit 1.920 EUR. Im erstgenannten Bereich liegen die Einkommen um 50% über und im Beherbergungsbereich um 46% unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigen in der Höhe von 3.580 EUR.

Die Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes bedeutet ein tendenziell geringes Lohnniveau in Branchen mit einem hohen Frauenanteil wie im Beherbergungs- und Gaststättenwesen, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Handel und ein hohes Lohnniveau in männerdominierten Branchen, allen voran in der Energieversorgung, der Information und Kommunikation. Im abgelaufenen Jahrzehnt haben sich

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

- Breuss, F., Globalization, EU-Enlargement and Income Distribution, WIFO, Wien, 2007.
- Busch, A., „Der Einfluss der beruflichen Geschlechtersegregation auf den Gender Pay Gap: Zur Bedeutung geschlechtlich konnotierter Arbeitsinhalte“, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2013, 65(2), S. 01-338.
- Corneo, G., Bönke, T., Lüthen, H., “Lifetime earnings inequality in Germany”, Discussion Papers, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, 2011, 11(60). Empirica, 2013B, 40(4), S. 585-606.
- Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., Die Struktur und Dynamik von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung in der Längsschnittanalyse 2000/2010, WIFO, Wien, 2013, (4).
- Ertürk, I., Froud J., Johal S., Leaver A., Williams K. (eds.), Financialization At Work, Key Texts and Commentary, Routledge, London, 2008.
- Europäische Kommission, “Questions and Answers: European System of Accounts 2010”, 2014, 14(21).
- Europäische Kommission, “The Labour Income Share in the European Union”, in Employment in Europe 2007, Brüssel, 2007, pp. 237-272.
- Europäische Kommission, Tackling the gender pay gap in the European Union, Luxemburg, 2013.
- European Commission, The Gender Gap in Pensions in the EU, Luxemburg, 2013.
- Famira-Mühlberger, U., Fuchs, St., Unbezahlte Überstunden in Österreich, WIFO-Monographie, Juni 2013
- Galí, J., “Monetary Policy, Inflation, and the Business Cycle: An Introduction to the New Keynesian Framework”, Princeton University Press, Princeton, 2008.
- Geisberger, T., Knittler, K., „Niedriglöhne und atypische Beschäftigung in Österreich“, Statistische Nachrichten, Statistik Austria, Wien, 2010, (6).
- Guger, A., Agwi, M., Buxbaum, A., Festl, E., Knittler, K., Halsmayer, V., Pitlik, H., Sturn, S., Wüger, M., Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO, Wien, 2009.
- Guger, A., Mayrhuber, Ch., Scheiblecker, M., Möglichkeiten zur Ermittlung und Systematisierung der Nicht-Lohn-Erwerbseinkommen und ihrer Verteilung in Österreich, WIFO, Wien, 2014.
- Heywood, J., Jirjahn, U., Tsartsvardze, G., „Hiring older workers and employing older workers: German evidence,“ Journal of Population Economics, 2010, 23(2), S. 595-615.
- Horvath, Th., Huemer, U., Kratena, K., Mahringer, H., Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer, Berufliche und sektorale Veränderungen 2010 bis 2016, WIFO, Wien, 2012, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/43873>.
- Horvath, Th., Mahringer, H., Einfluss von Bildungsexpansion und Pensionsreformen auf die Erwerbsbeteiligung, WIFO, Wien, 2014, 87(1), S. 55-66.
- Huber, P., Böhs, G., Die Arbeitskräftewanderung aus acht neuen EU-Ländern seit der Arbeitsmarktoffnung, WIFO, Wien, 2012, (11).
- Huber, P., Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt, WIFO, Wien, 2010.

12. ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

- Humer, S., Moser, M., Schnetzer, M., Ertl, M., Kilic, A., „Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung Österreichs“, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2013; 39(4).
- Internationaler Währungsfond, “Globalización y Desigualdad”, in: *Perspectivas de la Economía Mundial*, Washington, D.C., 2007, pp. 135-170.
- Lamei, N., Glaser, T., Heuberger, R., Kafka, E., Oismüller, A., Skina-Tabue, M., Methodenbericht EU-SILC 2012, Statistik Austria, Wien, 2013.
- Lazonick, W., O’Sullivan, M., “Maximising shareholder value: a new ideology for corporate governance”, *Economy and Society*, 2000, 29(1), pp. 13-35.
- Leoni, Th., Pollan, W., Lohnentwicklung und Lohnunterschiede in der Industrie seit 2000, WIFO, Wien, 2011, (10), S. 663-673.
- Lutz, H., Mahringer, H., Niedriglohnbeschäftigung – Brücke in dauerhafte Beschäftigung oder Niedriglohnfalle?, WIFO, Wien, 2010.
- OECD, *Divided We Stand, Why inequality keeps rising*, Paris, 2011.
- Schäfer, C., „Die Lohnquote – ein ambivalenter Indikator für soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz“, *Sozialer Fortschritt*, 2004, 53(2), S. 45-52.
- Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Statistik Austria, Wien, 2014.
- Stockhammer E., “Financialisation and the slowdown of accumulation”, *Journal of Economics*, Cambridge, 2004, 28(5), pp. 719-741.
- Stockhammer, E., “Financialization and the Global Economy”, Working Papers, Political Economy Research Institute- University of Massachusetts, Amherst, 2010, 242.
- Stockhammer, E., “Why have wage shares fallen? A panel analysis of the determinants of functional income distribution”, *Conditions of Work and Employment*, ILO, Geneva, 2013, 35.
- Stolper, W.F., Samuelson P.A., “Protection and real wages”, *Review of Economic Studies*, 1941, 9, pp. 58-73.
- Violante, G., „Skill-Biased Technical Change“, in Blume, L., Durlauf, S. (Hrsg.), *The New Palgrave Dictionary of Economics*, Palgrave MacMillan, New York, 2009.
- Zwick, T., “Seniority wages and establishment characteristics”, *Journal of Labour Economics*, 2011, 18(6), pp. 853-861.

Nadja Lamei

Stefan Angel

Richard Heuberger

Anneliese Oismüller

Thomas Glaser

Susanne Göttlinger

Elisabeth Kafka

Magdalena Skina-Tabue

Statistik Austria

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH	293
13.1 Haushaltseinkommen und Lebensstandard	295
13.1.1 Haushaltseinkommenskonzept und Verteilung des Äquivalenzeinkommens	296
13.1.2 Niedrige, mittlere und hohe Einkommen	298
13.2 Bedingungen der Erwerbsarbeit	300
13.2.1 Erwerbsbeteiligung	300
13.2.2 Prekäre Beschäftigungsformen und „Working Poor“	304
13.2.3 Arbeits- und Arbeitszeitzufriedenheit	307
13.3 Wohnen	310
13.3.1 Verteilung der Wohnkosten und hohe Wohnkostenbelastung	310
13.3.2 Wohnprobleme	313
13.4 Vorhandensein von Konsumgütern und finanziell bedingte Einschränkungen	315
13.5 Verschuldung	318
13.6 Gesundheit	322
13.7 Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen und Kinderbetreuungseinrichtungen	326
13.7.1 Gesundheitsleistungen	326
13.7.2 Kinderbetreuung	328

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

13.8	Soziale Teilhabe	329
13.8.1	Soziale Teilhabe von Erwachsenen	329
13.8.2	Soziale Teilhabe von Kindern	331
13.9	Lebenszufriedenheit	333
13.10	Literatur	335

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

Der Lebensstandard von Menschen in Privathaushalten wird in diesem Beitrag über die Einkommen aller Personen im Haushalt erfasst. Es wird das Äquivalenzeinkommen verwendet, um unterschiedlich strukturierte Haushalte vergleichen zu können. In der Relation des so ermittelten Lebensstandards eines Haushalts zum mittleren Lebensstandard in Österreich insgesamt lassen sich vor- und nachteilige Lebensstandardpositionen erkennen. Das Haushaltseinkommen stellt somit erstens selbst eine wichtige Dimension der Lebensbedingungen dar, zweitens dient die Einkommenssituation der Haushalte (in drei zusammengefassten Kategorien: niedrig, mittel, hoch – siehe Kapitel 13.1.2) als Erklärungsmerkmal für andere Lebensbedingungen. Untersucht werden Bedingungen der Erwerbsarbeit, Wohnen, die Ausstattung mit Konsumgütern und finanziell bedingte Einschränkungen, Verschuldung, Gesundheit, Zugang zu und Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie soziale Teilhabe. Abschließend wird ein Blick auf die subjektive Lebenszufriedenheit insgesamt geworfen.

Die zentrale Datengrundlage des vorliegenden Beitrags ist EU-SILC (European Community Statistics on Income and Living Conditions), eine jährliche Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa, die eine wichtige Grundlage für die Europäische Sozialstatistik bildet. Diese Erhebung gibt es in Österreich seit 2003, seit 2004 in der Form eines vierjährigen Rotationspanels. Die rechtli-

che Grundlage bilden EU-Verordnungen und eine nationale Verordnung des Sozialministeriums, das seit 2008 die Erhebung zu 100% finanziert.

Auf Grundlage der Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) wurden in der Erhebung EU-SILC 2012 erstmals Verwaltungsdaten zur Berechnung von Komponenten des Haushaltseinkommens sowie für die Hochrechnung verwendet. Zuvor waren ausschließlich Befragungsdaten zur Einkommensmessung verfügbar. Vorteile der geänderten Methodik sind eine höhere Datenqualität bei gleichzeitiger Entlastung der Befragten. Um das Monitoring des Europa 2020-Sozialziels trotz dieser Umstellung zu gewährleisten und Zeitvergleiche ab 2008 zu ermöglichen, hat Statistik Austria durch eine Rückrechnung (von EU-SILC 2008 bis 2011 mit Verwaltungsdaten) eine revidierte Datenbasis von 2008 bis 2013 erstellt. Diese ist Grundlage des vorliegenden Berichtskapitels.¹

13.1 Haushaltseinkommen und Lebensstandard

Die Erfassung der jährlichen Einkommen der Privathaushalte in Österreich ist eines der wesentlichen Ziele der Erhebung EU-SILC. Der Datensatz von SILC ist damit die einzige für wissenschaftliche Analysen verfügbare Datenquelle zu Haushaltseinkommen. Im Gegensatz zur Betrachtung des Personeneinkommens ermöglicht das Haushaltseinkommen eine Erfassung des Lebensstandards gesamter Haushalte und indirekt auch der einzelnen Haushaltsteilnehmer.

¹ Für grundlegende Informationen zur Methodik von EU-SILC kann die Standarddokumentation 2012 herangezogen werden: http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/gd/documents/stddok/077048.pdf

Eine Beschreibung der Datenrevision für 2008-11 ist in Statistik Austria (2014a) bzw. unter folgendem Link zu finden: http://www.statistik.at/web_de/static/methodenbericht_zur_rueckrechnung_von_eu-silc_2008-2011_auf_basis_von_verw_079281.pdf

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

13.1.1 Haushaltseinkommenskonzept und Verteilung des Äquivalenz-einkommens

Für die Berechnung des Haushaltseinkommens wird das gesamte Einkommen berücksichtigt, das den Mitgliedern des Haushaltes zur Verfügung steht. Das ist die Summe der Erwerbseinkommen, Kapitalerträge, Pensionen und allfälliger Sozialtransfers im Haushalt.² Anschließend werden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich schließlich durch Abzug und Hinzurechnung von Unterhaltsleistungen und sonstigen Privattransfers zwischen Haushalten. Erfasst wird das laufende Einkommen, das ist die Summe aller Einkommen, die einem Haushalt während des Einkommensbezugszeitraums zur Verfügung stehen.

Einkommensbezugszeitraum ist in EU-SILC jeweils das Vorjahr des Erhebungsjahrs, also für EU-SILC 2013 das Jahr 2012. Das Vorjahreseinkommen wird sohin stellvertretend für den aktuellen Lebensstandard herangezogen. Die Angaben zur Haushaltzusammensetzung und die Lebenssituation werden im Gegensatz dazu auf den Erhebungszeitpunkt bezogen. Zur Darstellung des Lebensstandards, ungeachtet unterschiedlicher Haushaltsgrößen und -strukturen, wird in EU-SILC vorrangig das äquivalisierte Haushaltseinkommen verwendet. So werden indirekt Kostenersparnisse durch gemeinsame Haushaltsführung bei der Bestimmung des Lebensstandards mitberücksichtigt. Zur Bedarfsgewichtung, also zum Vergleich verschiedener Haushaltsgrößen, wird die so genannte EU-Skala herangezogen: Eine alleinlebende erwachsene Person wird dabei als Referenz (= Konsumäquivalent) betrachtet. Der unterstellte Ressourcenbedarf

steigt für jeden weiteren Erwachsenen (definiert ab 14 Jahren) um 0,5 Konsumäquivalente, Kinder unter 14 Jahren werden jeweils mit 0,3 Konsumäquivalenten gewichtet. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird dann durch die Summe der Konsumäquivalente des Haushalts dividiert. Dieses Einkommen entspricht dem Lebensstandard, den ein Einpersonenhaushalt mit diesem Einkommen erzielen kann.

Der Median (50% verdienen mehr und 50% verdienen weniger) des äquivalisierten Haushaltseinkommens beträgt 2013 22.073 EUR, d.h. der Hälfte der Personen in Privathaushalten in Österreich steht mehr, der anderen Hälfte weniger als dieser Betrag zur Verfügung. Gegenüber dem Jahr 2008 ist dies eine Steigerung von rd. 13%, gegenüber 2012 liegt der Median um 1,2% höher. Der Medianwert des äquivalisierten Haushaltseinkommens ist von 2008 bis 2013 um 3 Prozentpunkte stärker gestiegen als die Inflation in diesem Zeitraum. D.h. es gab für die meisten Haushalte reale Einkommenssteigerungen.

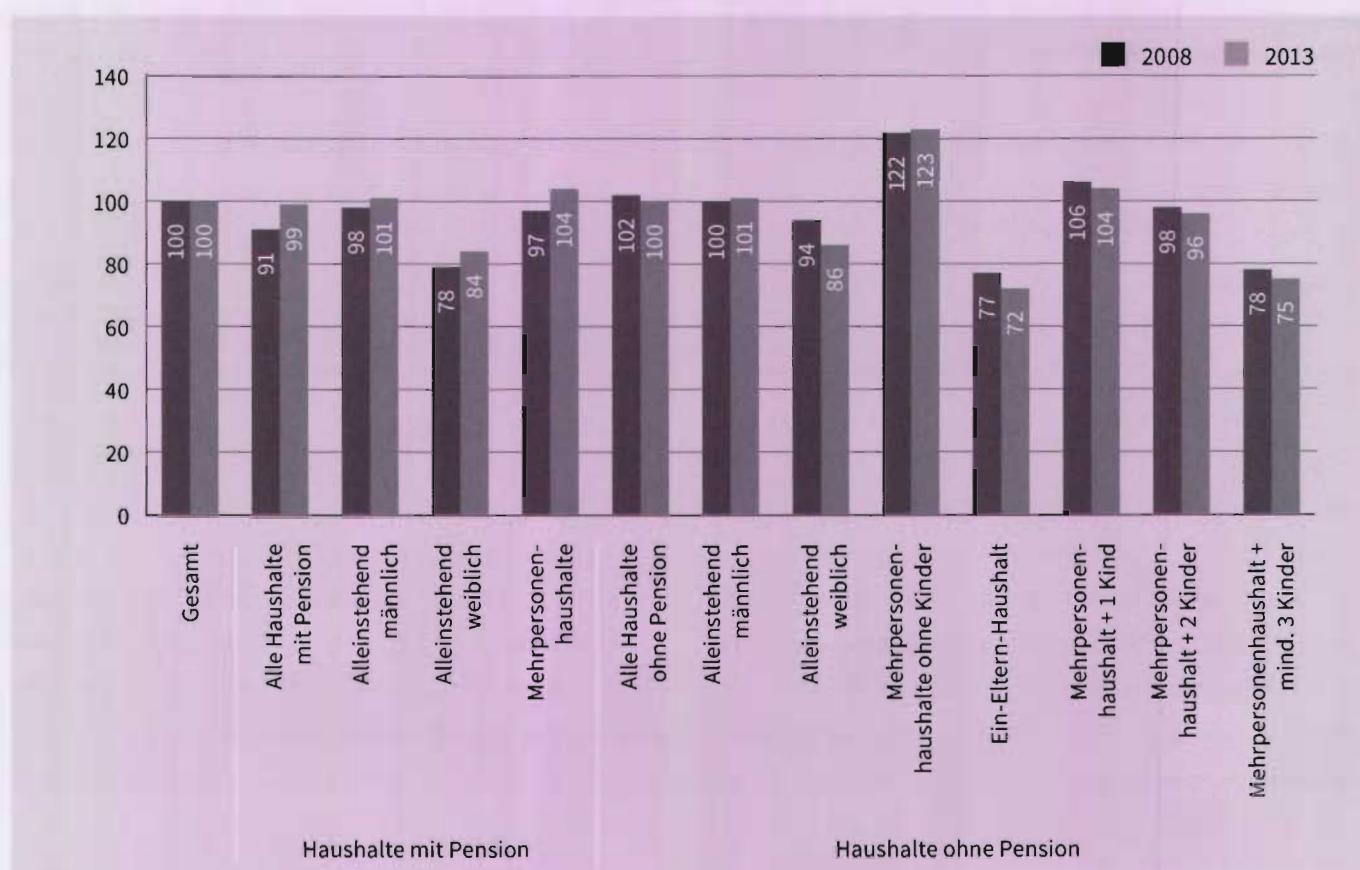
Das äquivalisierte Haushaltseinkommen wird als Indikator für den materiellen Lebensstandard verwendet. Der Median, der die Einkommensverteilung in exakt zwei Hälften teilt, kann dann als mittlerer Lebensstandard verstanden werden. Wird das äquivalisierte Einkommen einer Person zum Gesamtmedian in Bezug gesetzt, können Aussagen über die relative Lebensstandardposition verschiedener Bevölkerungsgruppen getroffen werden. Die Lebensstandardposition einer Person bzw. eines Haushalts hängt von der jeweiligen Haushaltzusammensetzung und individuellen sozio-demographischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Bildung oder etwa Erwerbsstatus ab.

² Bestimmte Einkommenskomponenten wie z.B. Kapitalerträge sind in Einkommenserhebungen schwer erfassbar. Berücksichtigt werden monetäre Sozialtransfers, nicht aber Sachleistungen der öffentlichen Hand.

Nach der Haushaltzusammensetzung zeigen sich deutliche Unterschiede im medianen Lebensstandard. Die höchste Lebensstandardposition erzielen Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder und ohne Pension als Haupteinkommensquelle. Das mediane Äquivalenzeinkommen dieser Personengruppe liegt mit 27.051 EUR etwa 23% über dem Medianeinkommen von 22.073 EUR. Ebenfalls überdurchschnittliche Einkommen haben Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Pension und in Familien mit nur einem Kind. Die geringsten Medianeinkommen weisen Personen in Ein-Eltern-Haushalten sowie Familien mit drei und mehr Kindern auf. Deren Median-einkommen betragen nur rd. drei Viertel des Gesamt-

medians. Im Vergleich zum Jahr 2008 zeigt sich bei Haushalten mit Pension als Haupteinkommensquelle eine relative Verbesserung der Lebensstandardposition. Am deutlichsten ist dies für Mehrpersonenhaushalte mit Pension der Fall. Eine Verschlechterung der Lebensstandardposition ist im zeitlichen Vergleich vor allem für alleinlebende Frauen ohne Pension und für Ein-Eltern-Haushalte zu verzeichnen. Auch bei Familien mit drei und mehr Kindern sinkt das Äquivalenzeinkommen in diesem Zeitraum von 78% auf 75% des Medians. Insgesamt zeigt sich für alle Haushalte mit Kindern im zeitlichen Vergleich ein Sinken der Lebensstandardposition.

Lebensstandardposition nach Haushaltstyp 2008 und 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Relative Lebensstandardposition im Vergleich zum Gesamtmedian 2008 bzw. 2013; 100 = Median des Äquivalenzeinkommens für die Gesamtbevölkerung

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

13.1.2 Niedrige, mittlere und hohe Einkommen

Zur Beschreibung der Einkommensverteilung sollen im Folgenden drei Einkommensgruppen verwendet werden. Die unterste Einkommensgruppe bilden Einkommen unter 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens. Dieser Wert beschreibt zugleich die so genannte Armutsgefährdungsschwelle: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen geringer als dieser Schwellwert ist, gelten nach EU-Definition als armutgefährdet.³ Die mittlere Einkommensgruppe liegt zwischen 60% und 180% des Medians. Hohe Einkommen bezeichnen hier Einkommen, die mehr als 180% des Medians betragen. Der Schwellwert von 60% des Medians (= Armutsgefährdungsschwelle) beträgt für 2013 13.244 EUR pro Jahr, ein Einkommen unter diesem Wert haben 1,2 Mio. Personen (14% der Bevölkerung). Über ein hohes äqui-

valisiertes Haushaltseinkommen von mindestens 39.731 EUR pro Jahr verfügen 790.000 Personen (9% der Gesamtbevölkerung). Die Personengruppe mit einem mittleren Einkommen zwischen diesen beiden Schwellwerten umfasst 6,4 Mio. Personen.⁴ Eine Zeitreihe über die absolute Höhe der Einkommensgrenzen entspricht der Entwicklung des Medians, die absolute Größe der jeweiligen Einkommensgruppen variieren über den betrachteten Zeitraum seit 2008 wenig. Tabelle 1 stellt die Eckzahlen dieser Einkommensgruppen seit dem Jahr 2008 dar.

Die Einkommen der obersten Einkommensgruppe umfassen rd. 21% des gesamten Äquivalenzeinkommens, die Einkommen der untersten Einkommensgruppe etwas mehr als 5%. Auch hier zeigt sich über den Zeitraum von 2008 bis 2013 keine signifikante Veränderung.

Anzahl und Anteil am Äquivalenzeinkommen der Einkommensgruppen 2008 und 2013

	Gesamtbevölkerung		Niedrig (<60%)		Mittel (60% -180%)		Hoch (>180%)	
	in 1.000	jährliches Median-einkommen in EUR	in 1.000	% der Gesamtein-kommen	in 1.000	% der Gesamtein-kommen	in 1.000	% der Gesamtein-kommen
2008	8.242	19.413	1.252	6	6.219	73	770	21
2013	8.369	22.073	1.203	5	6.377	74	789	21

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Der Median armutgefährdeter Haushalte liegt mit 10.419 EUR bei 47% des Gesamtmedians und somit um 13 Prozentpunkte unter der Armutsgefährdungsschwelle (60%).⁵ Hohe Einkommen, also Äquivalenzeinkommen von mindestens 180% des Medians, liegen

im Mittel mit 47.415 EUR mehr als 210% über dem Gesamtmedian. Grafik 2 beschreibt die inflationsbereinigte und indexierte Entwicklung der Median-einkommen der Einkommensgruppen seit 2008. Dabei wird die Inflation seit dem Jahr 2008 (Basis 2007)

³ siehe im Detail „Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich“, Kapitel 14

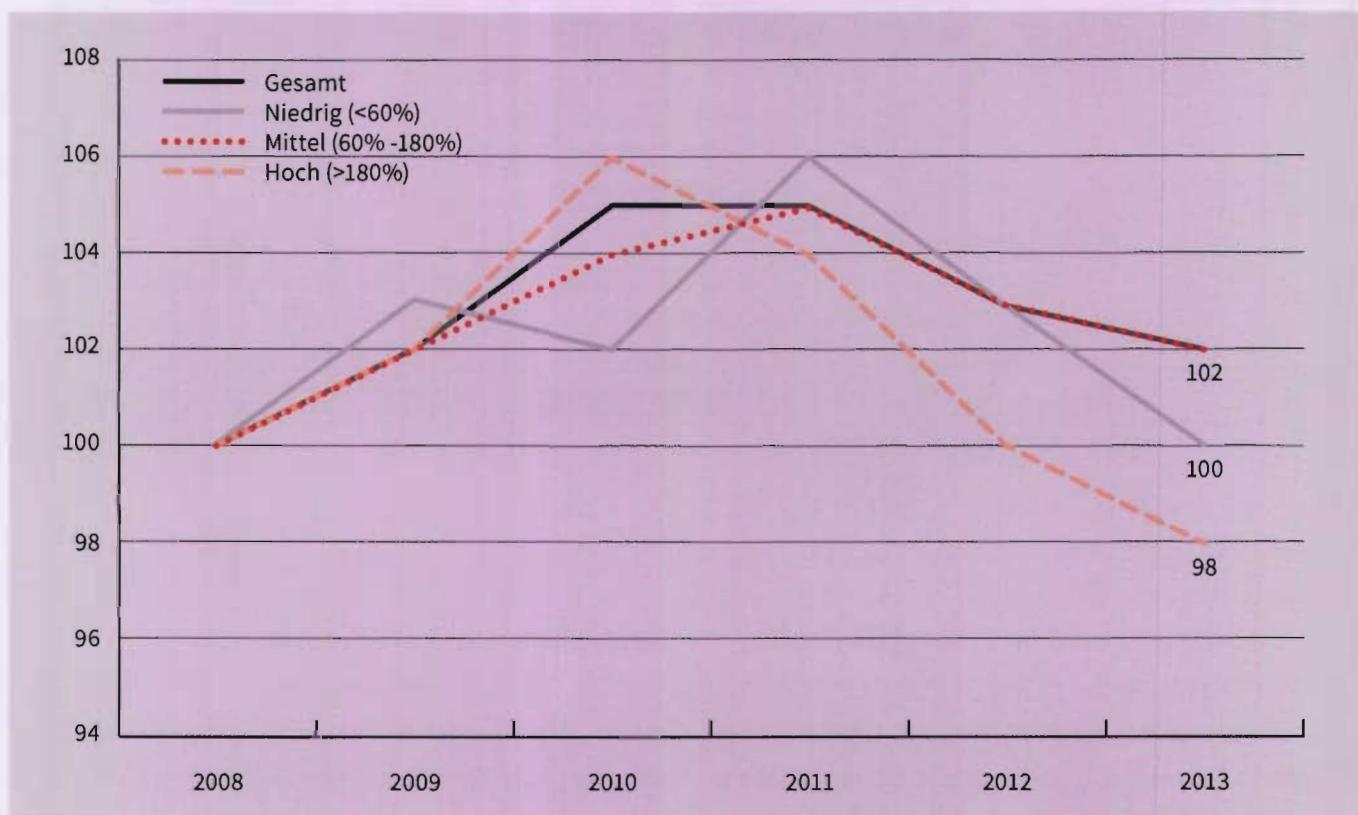
⁴ Dies versteht sich allerdings nicht als Mittelschichtsdefinition.

⁵ Die Armutsgefährdungslücke drückt im Gegensatz dazu das prozentuelle Verhältnis des Medians der Armutgefährdeten zur Armutsgefährdungsschwelle aus: Der Median der Personen mit niedrigen Einkommen liegt damit 22 Prozentpunkte unter der Armutsgefährdungsschwelle.

für die reale Preisentwicklung berücksichtigt und auf das Referenzjahr 2008 standardisiert (Wert 2008 = 100). Eine reale Einkommenssteigerung ist dabei nur

für die Personengruppe mit mittleren äquivalisierten Haushaltseinkommen zu beobachten.

Indexierte und inflationsbereinigte Einkommensentwicklung der Einkommensgruppen 2008 bis 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008 bis 2013

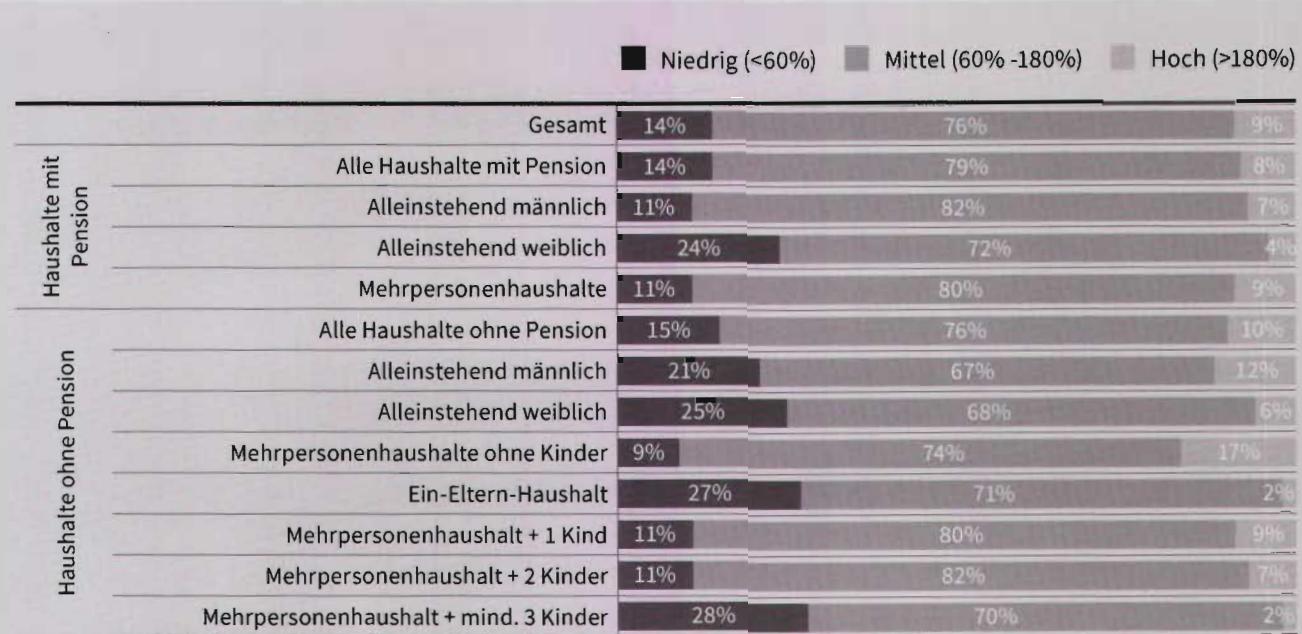
Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

Nach Haushaltstyp weisen Ein-Eltern-Haushalte, alleinlebende Frauen und kinderreiche Haushalte mit drei und mehr Kindern die höchsten Anteile an der untersten Einkommensgruppe auf. Gleichzeitig ist deren Anteil an den hohen Einkommen deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. Auch bei alleinlebenden Männern ohne Pension als Haupteinkommensquelle ist

der Anteil an den unteren Einkommen mit rd. 21% über dem Durchschnitt, allerdings weist diese Gruppe auch mit 12% einen überdurchschnittlichen Anteil an den obersten Einkommen auf. Den höchsten Anteil an den oberen Einkommen haben mit 17% Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder.

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

Einkommensgruppen nach Haushaltstyp 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

13.2 Bedingungen der Erwerbsarbeit

Erwerbstätigkeit ist grundsätzlich ein wirksamer Schutz vor Armutgefährdung (vgl. z.B. BMASK/Statistik Austria 2011). Aus zwei hauptsächlichen Gründen kann diese Schutzfunktion aber eingeschränkt sein. Zum einen können für eines oder mehrere Haushaltmitglieder Erwerbshindernisse vorliegen und damit die gesamte Erwerbsintensität des Haushalts verringert werden. Zum anderen beeinflussen Stabilität und Dauerhaftigkeit des Beschäftigungsverhältnisses sowie die Höhe des Stundenlohns den Einkommensstrom und damit das Armutgefährdungsrisiko. Der erste Teil dieses Abschnitts widmet sich deshalb der Erwerbsbeteiligung und den Erwerbshindernissen. Im zweiten Teil wird der Zusammenhang zwischen Merkmalen der Beschäftigung und dem Armutsrisko näher betrachtet. Im Mittelpunkt des dritten Teils stehen die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Beschäftigungssituation und den geleisteten Arbeitsstunden.

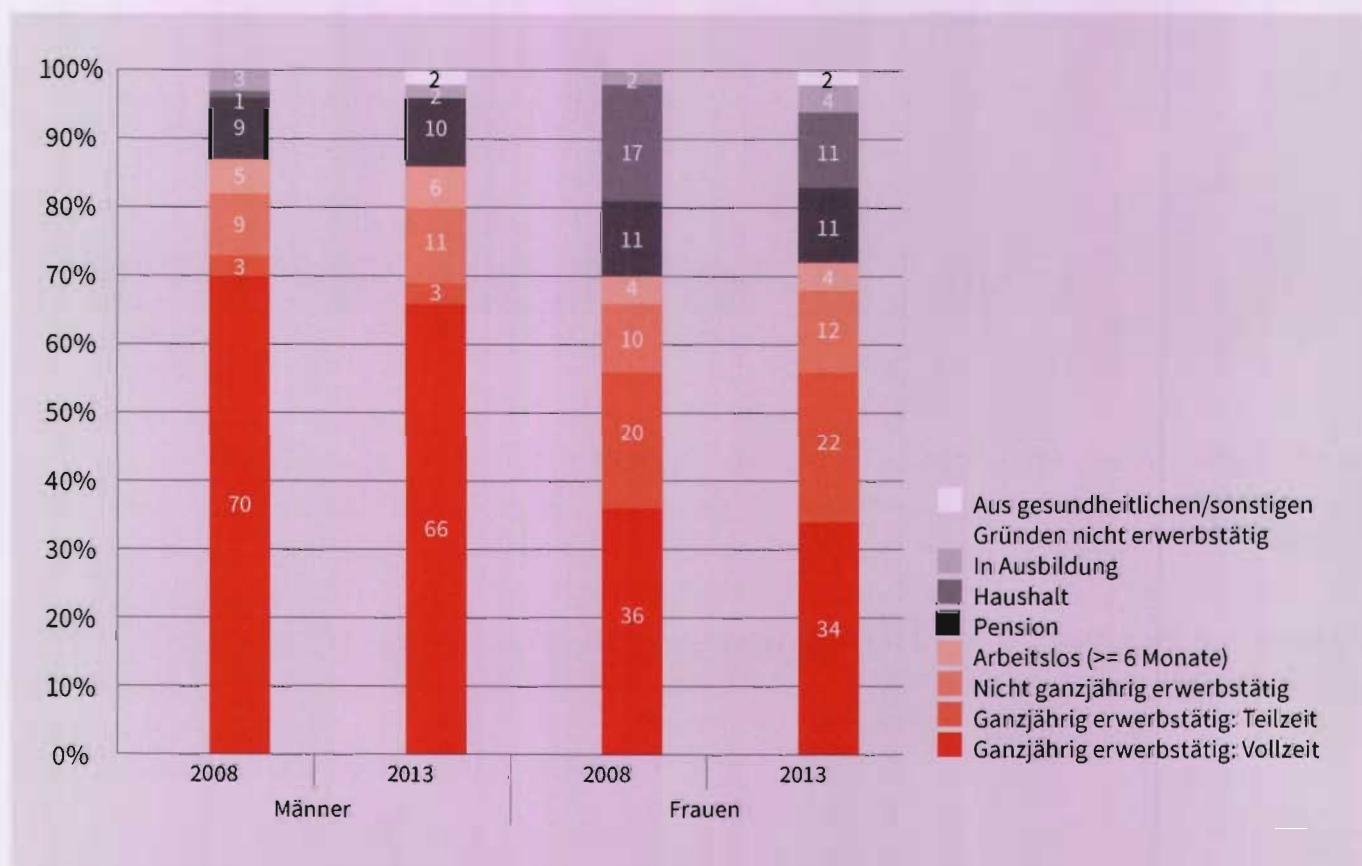
13.2.1 Erwerbsbeteiligung

Bei der Erwerbsbeteiligung wird grundsätzlich zwischen „Erwerbsaktiven“ und „Erwerbsfernen“ unterschieden. Zu den Erwerbsfernen zählen nach dem Labour Force Konzept Personen, die ganzjährig in Aus- und Weiterbildung, Pension oder Karez sind, sowie alle anderen, die ganzjährig weder beschäftigt noch arbeitslos gemeldet sind (z.B. aus gesundheitlichen Gründen oder weil sie ausschließlich im Haushalt tätig sind). Die Gruppe der Erwerbsaktiven umfasst a) alle zumindest teilweise Erwerbstätigen sowie b) Arbeitslose und beläuft sich 2013 auf 79% aller Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren. Mit geringen Schwankungen zwischen den Jahren zeigt sich, dass etwa zwei Drittel der Männer sowie ein Drittel der Frauen in den Jahren 2008 und 2013 12 Monate vollzeitig erwerbstätig sind (vgl. Abbildung „Erwerbsbeteiligung nach Geschlecht 2008 und 2013“). Der Anteil von ganzjährig Teilzeitbeschäftigte bei Frauen an allen Frauen im

Alter von 20 bis 64 Jahren liegt bei ca. 20% und ist in allen Jahren größer als bei Männern. Nach Alter betrachtet ist sowohl der Anteil der ganzjährig Vollzeit- als auch der ganzjährig Teilzeitbeschäftigen⁶ in der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen am größten (vgl. Abbildung „Erwerbsaktivität nach Altersgruppen 2008

und 2013“). Ab 60 Jahren sinkt der Anteil der ganzjährig Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigen deutlich, wobei in dieser Altersgruppe im Jahr 2013 verglichen mit 2008 ein leichter Anstieg der Beschäftigungsquote (nur ganzjährig Beschäftigte) von 11% auf 15% zu beobachten ist.

Erwerbsbeteiligung nach Geschlecht 2008 und 2013



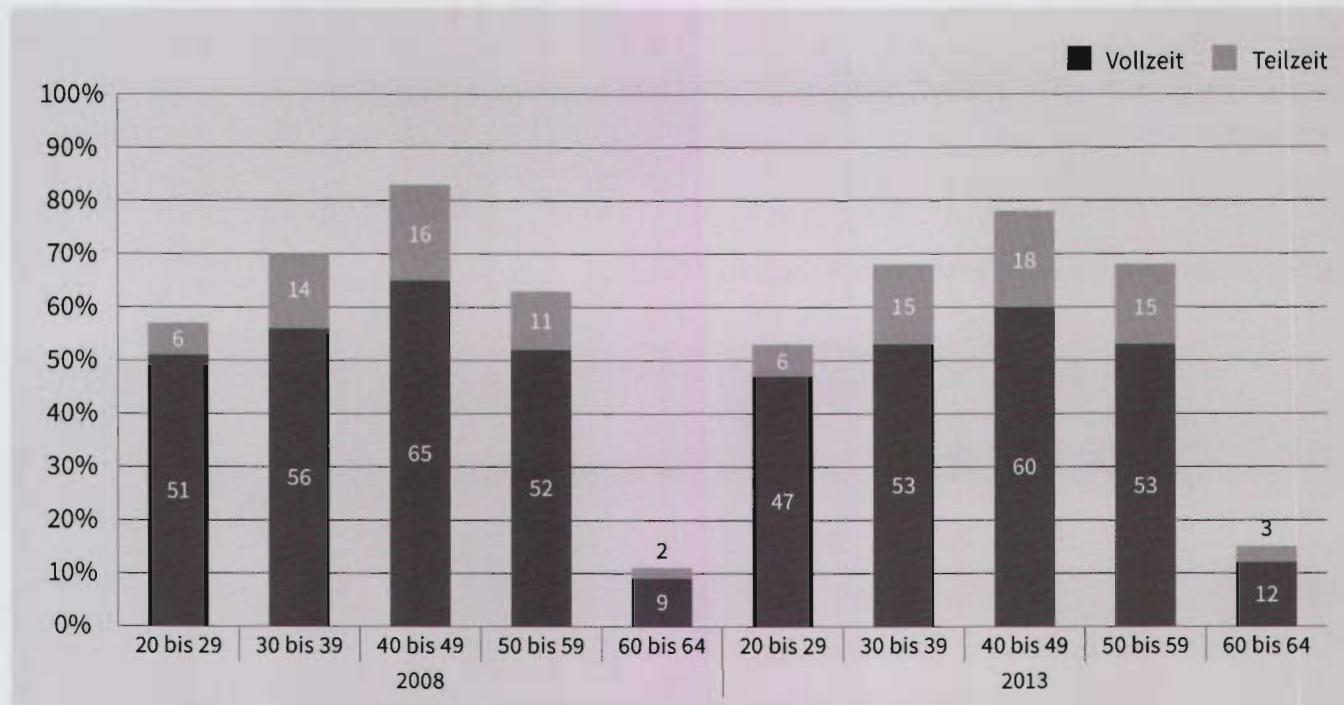
Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

100% = Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren; Vollzeit/Teilzeit laut Selbsteinschätzung der Befragten, bei unklarer Zuordnung: Vollzeiterwerbstätigkeit ab 36 Stunden pro Woche; ganzjährig erwerbstätig: 12 Monate erwerbstätig; nicht ganzjährig erwerbstätig: weniger als 12 Monate erwerbstätig und nicht 6 Monate oder mehr arbeitslos

⁶ Vollzeit: >35 Stunden pro Woche; Teilzeit: 35 oder weniger Stunden pro Woche

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

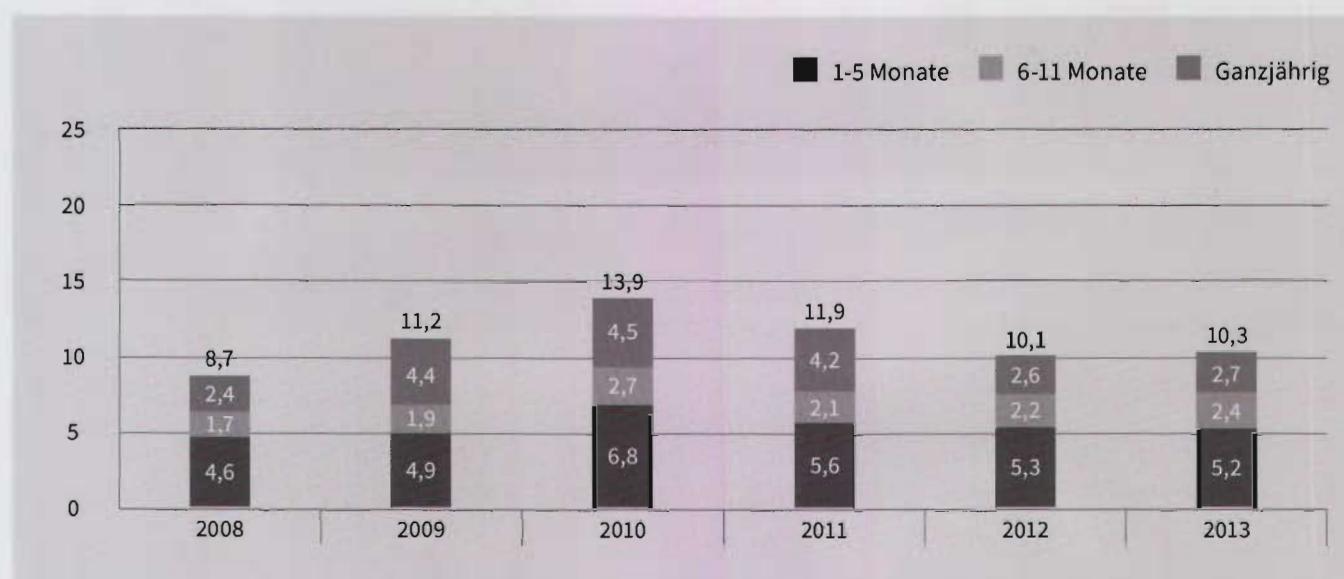
Erwerbsaktivität nach Altersgruppen 2008 und 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

100% = Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren; Definition Vollzeit/Teilzeit wie in Abbildung „Erwerbsbeteiligung nach Geschlecht 2008 und 2013“

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2008 bis 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008 bis 2013

100% = Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren; Referenzjahr ist das Jahr vor der Befragung.

Die Abbildung „Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 2008 bis 2013“ gibt die Struktur in der Gruppe der Arbeitslosen sowie deren Veränderung im Zeitablauf wider. Die Daten basieren auf den für jeden Monat erhobenen Angaben der Befragten und beziehen sich auf ein ganzes Referenzjahr. Statuswechsel aus der Arbeitslosigkeit in Erwerbsarbeit und vice versa sind deshalb mitinbegriffen. Dieses Konzept zur Beschreibung von Arbeitslosigkeit unterscheidet sich damit von den Stichtagsquoten oder Durchschnittsraten der nationalen Arbeitsmarktstatistik. Infolge der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur gab es von 2008 bis 2010 ungeachtet der Dauer der Arbeitslosigkeit einen Anstieg. Nach 2010 ging die Arbeitslosigkeit wieder zurück. In den Jahren 2009 bis 2011 lag zudem der Anteil der Langzeitarbeitslosen ab 6 Monaten höher als der Anteil der Personen mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von einem bis fünf Monaten.

Anhand der Personendaten in EU-SILC kann auch für den Haushalt ein Gesamtmaß der Erwerbsintensität berechnet werden. Rund 8% der Bevölkerung unter

60 Jahren leben 2013 in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.⁷ Im Vergleich zu diesem Gesamtwert ergeben sich zwischen einzelnen sozialen Gruppen jedoch deutliche Unterschiede. So steigt die Wahrscheinlichkeit, in einem Haushalt mit voller Erwerbsintensität zu leben, je besser der eigene Gesundheitszustand beurteilt wird, je höher das formale Bildungsniveau ist und je weniger Kinder im Haushalt sind. Alleinerziehende leben ca. doppelt so oft in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität als Personen in Haushalten mit Erwachsenen und drei oder mehr Kindern.⁸ Die Tabelle „Erwerbsintensität bei Haushalten nach Einkommen 2013“ beschreibt, welche Einkommen in Abhängigkeit von der Erwerbsintensität des Haushalts im Jahr 2013 erreichbar sind. Dabei zeigt sich, dass 85% der Personen in Haushalten mit mittlerer und 95% der Personen in Haushalten mit hoher Erwerbsintensität ein zumindest mittleres Einkommen erwirtschaften. Im Gegensatz dazu führt keine bzw. eine sehr niedrige Erwerbsintensität bei der Hälfte der davon betroffenen Haushalte zu einem Pro-Kopf-Haushaltseinkommen unter dem Armutsgefährdungsschwellenwert.

Erwerbsintensität bei Haushalten nach Einkommen 2013

	in Haushalt		
	mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	mit mittlerer Erwerbsintensität	mit hoher Erwerbsintensität
Gesamt (Personen unter 60 Jahren), in 1.000	496	3.255	2.638
Gesamt (Personen unter 60 Jahren), Quote in %	8	51	41
Einkommensgruppen, Anteil in %			
Niedrig	50	15	5
Mittel	47	80	78
Hoch	(2)	5	17

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

100% = Personen unter 60 Jahren; sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert; Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität: maximal 20% Erwerbsintensität im Haushalt; mittlere Erwerbsintensität: mehr als 20% und weniger als 85% Erwerbsintensität im Haushalt; hohe Erwerbsintensität: 85% bis 100% Erwerbsintensität im Haushalt

⁷ Das entspricht dem Indikator der Europa 2020-Strategie und ist eine der Teilgruppen von „Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung“.

⁸ siehe „Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich“, Kapitel 14

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

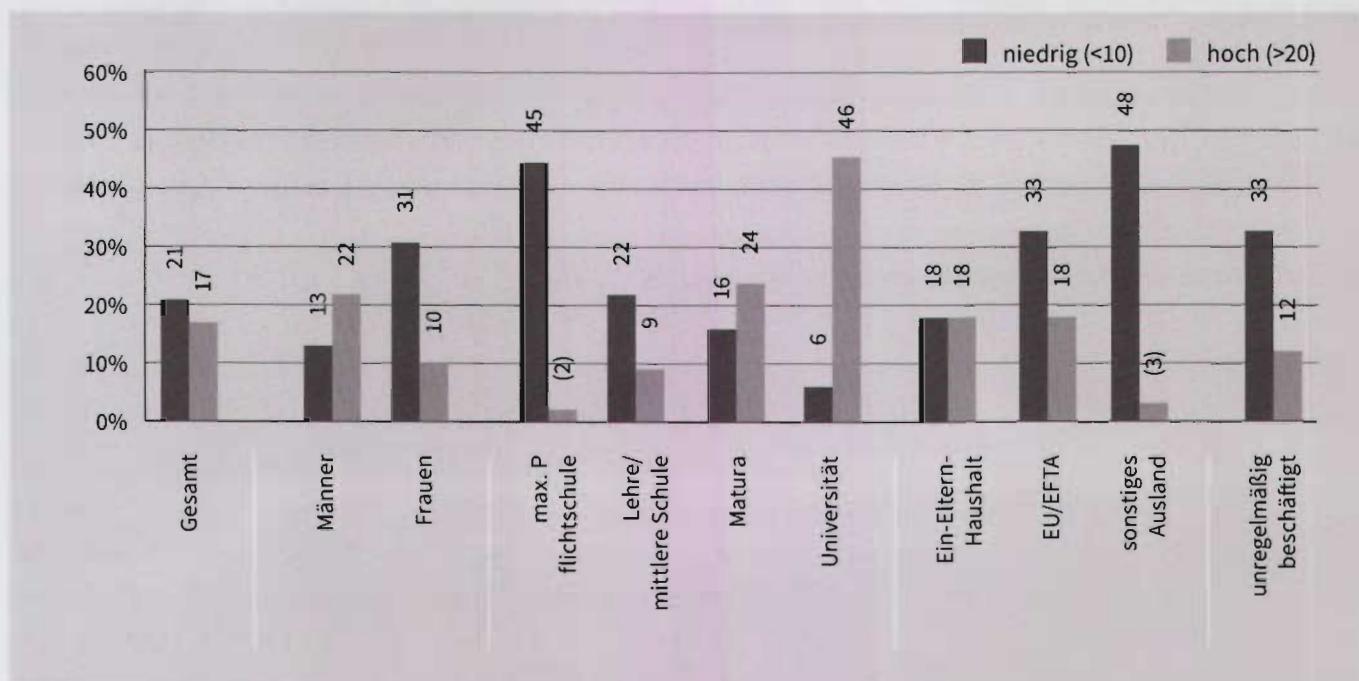
13.2.2 Prekäre Beschäftigungsformen und „Working Poor“

Gemäß EUROSTAT-Definition werden Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die mehr als die Hälfte des Referenzjahrs erwerbstätig waren und deren Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit und aus anderen Einnahmequellen wie Sozialleistungen im Haushalt unterhalb der Armutgefährdungsschwelle liegt, als „Working Poor“ bezeichnet. 2013 waren nach dieser Definition 8% bzw. 291.000 Personen, darunter 129.000 Frauen und 162.000 Männer, trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet.

Ob jemand von „Armut trotz Arbeit“ betroffen ist, hängt in erster Linie vom erzielten Erwerbseinkom-

men sowie vom Haushaltskontext (z.B. Anzahl der Erwerbstätigen) ab. Die Höhe des erzielten Einkommens wiederum bestimmt sich maßgeblich durch den Stundenlohn, der jedoch von individuellen Merkmalen sowie Merkmalen des Beschäftigungsverhältnisses abhängig ist. Die Abbildung „Niedrige und hohe Stundenlöhne 2013 nach individuellen Merkmalen“ veranschaulicht für das Jahr 2013, dass Frauen, Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen und/oder ohne österreichische Staatsbürgerschaft sowie unregelmäßig Beschäftigte überdurchschnittlich oft Stundenlöhne unter 10 EUR brutto beziehen. Hingegen sind insbesondere hohe Bildungsabschlüsse förderlich für hohe Stundenlöhne – hier definiert mit über 20 EUR brutto pro Stunde.

Niedrige und hohe Stundenlöhne 2013 nach individuellen Merkmalen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

100% = Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren, die mehr als 12 Stunden pro Woche erwerbstätig sind. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

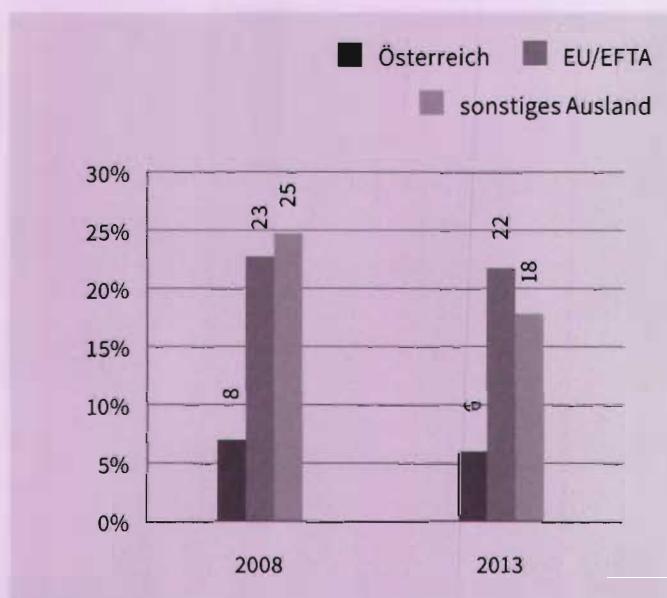
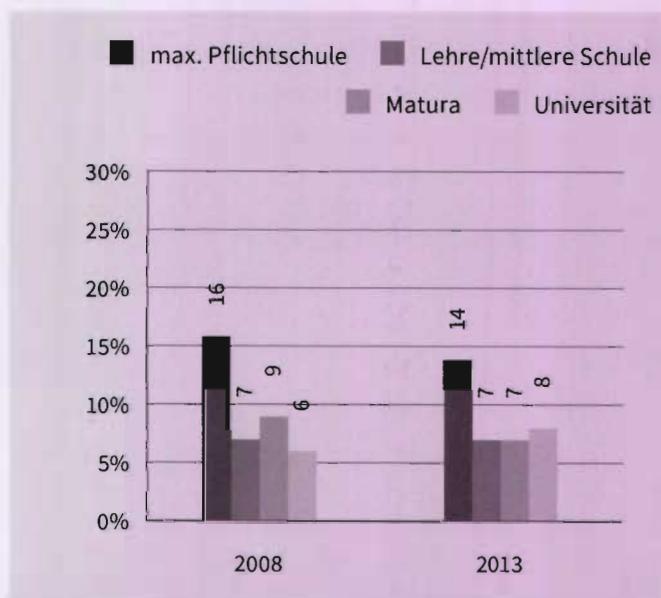
Die gruppenspezifische Lohnstreuung spiegelt sich unter anderem in unterschiedlichen „Working Poor“-

Risiken wider. Eine Grundbedingung für qualifizierte Berufstätigkeit ist die Bildung. Im Jahr 2013 fallen

14% der Personen mit maximal Pflichtabschluss in die Gruppe der „Working Poor“, während dies bei den Personen mit einem akademischen Abschluss nur auf 8% zutrifft (Abbildung „Working Poor 2008 und 2013 nach Bildung und Staatsbürgerschaft“). Mit einer Lehre oder mittlerem Schulabschluss halbiert sich das Risiko, von „Working Poor“ betroffen zu sein, auf 7%.

Die stärksten Unterschiede zeigen sich nach der Staatsbürgerschaft. Der Anteil der „Working Poor“ unter Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft lag 2008 bis 2013 relativ konstant zwischen 6% und 7% und war damit deutlich niedriger als der Anteil der „Working Poor“ bei Personen aus der EU/EFTA und Personen aus dem sonstigen Ausland.

„Working Poor“ 2008 und 2013 nach Bildung und Staatsbürgerschaft



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Abbildung bezieht sich in der jeweiligen Kategorie auf Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die mehr als die Hälfte des jeweiligen Vorjahres erwerbstätig waren.

Zwischen Männern und Frauen scheint es auf den ersten Blick zunächst kaum Unterschiede zu geben (vgl. Tabelle „Working Poor 2008 und 2013 nach Geschlecht, Alter und Haushaltstyp“). Die Aufschlüsselung nach Haushaltstypen zeigt aber, dass sich dies aus der Berechnungsweise ergibt und verdeutlicht die Bedeutung des Haushaltskontexts zur Erklärung von „Working Poor“. So sind Frauen häufig nicht die einzigen Lohn- und Gehaltsempfängerinnen eines Haushalts, sodass ihr Verdienst oft dazu führt, das Haushaltseinkommen über die Armutsschwelle zu heben. Darüber hinaus ist die Erwerbsquote von Frauen in

Österreich geringer als die von Männern. Für das Konzept der „Working Poor“ bleiben nicht erwerbstätige Personen aber unberücksichtigt. Betrachtet man nun auch Haushaltstypen, lässt sich für Mehrpersonenhaushalte mit drei oder mehr Kindern sowie für Alleinerziehende-Haushalte (überwiegend Frauen) ein überdurchschnittliches Armutsrisiko beobachten. Verglichen nach Altersgruppen tritt „Working Poor“ am seltensten bei Personen im mittleren Erwerbsalter auf (40 bis 59 Jahre), was zum Teil dadurch erklärbar ist, dass hier meist die höchsten Erwerbseinkommen im Lebensverlauf erzielt werden.

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

„Working Poor“ 2008 und 2013 nach Geschlecht, Alter und Haushaltstyp

	2008	2013
	in 1.000	
Gesamt	308	291
Männer	186	162
Frauen	122	129
	Quote, in %	
Gesamt	9	8
Männer	9	8
Frauen	8	8
Altersgruppen		
18-29	10	10
30-39	9	10
40-49	7	6
50-59	9	6
60-64	(7)	(10)
Haushaltstyp		
Single-Männer ohne Pension	12	10
Single-Frauen ohne Pension	12	13
MPH ohne Kinder und ohne Pension	6	5
Alleinerziehend ohne Pension	19	15
MPH + 1 Kind ohne Pension	6	7
MPH + 2 Kinder ohne Pension	9	8
MPH + 3 Kinder ohne Pension	24	19

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

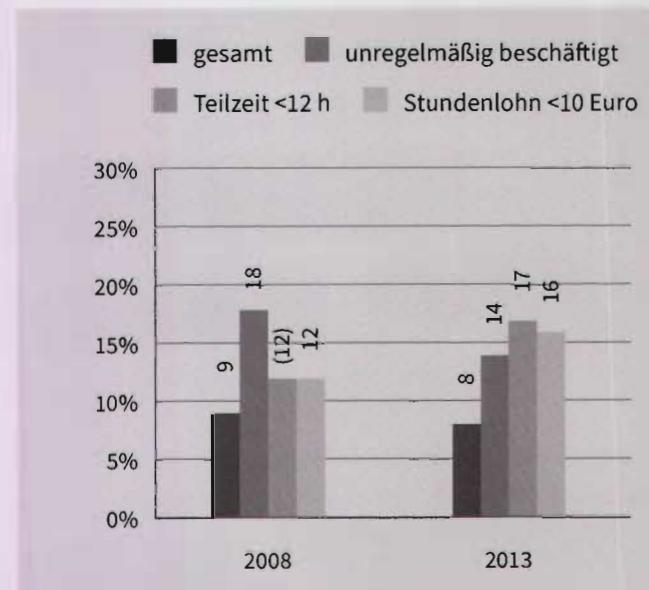
MPH = Mehrpersonenhaushalt

Die Tabelle bezieht sich in der jeweiligen Kategorie auf Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die mehr als die Hälfte des jeweiligen Vorjahres erwerbstätig waren. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Die Abbildung „Working Poor 2008 und 2013 nach prekären Beschäftigungsformen“ vergleicht das Armutsrisiko von Erwerbstägigen zwischen 18 und 64 Jahren in prekären Beschäftigungsformen mit der erwerbsaktiven Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe.

Es zeigen sich sowohl 2008 als auch 2013 höhere Armutgefährdungsquoten bei Personen in prekärer Beschäftigung. Im Zeitablauf (vgl. Abbildung „Entwicklung von Beschäftigungsformen von 2008 bis 2013“) nimmt der Anteil der Vollzeitbeschäftigte (>35 Stunden pro Woche) seit 2008 etwas ab. Die Quote der Teilzeitbeschäftigten unter 12 Wochenstunden schwankt im Zeitablauf. Demgegenüber ist die Gruppe der unregelmäßig Beschäftigten prozentuell angestiegen.

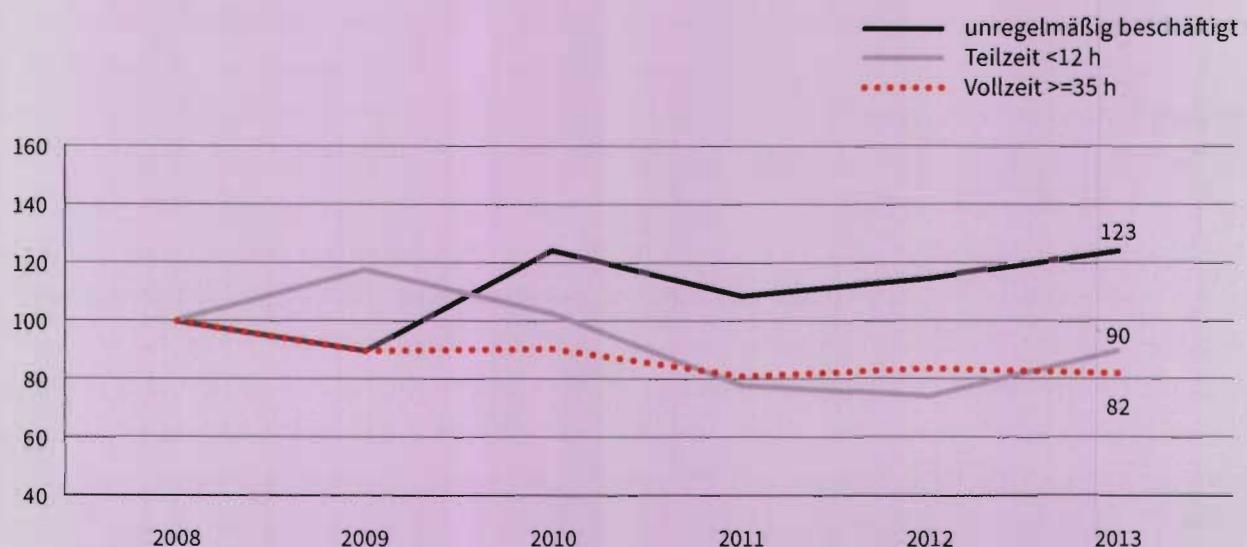
„Working Poor“ 2008 und 2013 nach prekären Beschäftigungsformen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

100% = Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die erwerbstätig sind; unregelmäßig beschäftigt: im vergangenen Jahr weniger als 10 Monate vollzeit- oder teilzeitbeschäftigt oder Werk-/DienstvertragsnehmerIn; Teilzeit < 12 h: aktuell weniger als 12 Stunden beschäftigt; sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert, gerundete Werte

Entwicklung von Beschäftigungsformen von 2008 bis 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008 bis 2013

100% = Werte für 2008; zur Definition von unregelmäßiger Beschäftigung und Teilzeit vgl. Abbildung „Working Poor 2008 und 2013 nach prekären Beschäftigungsformen“

13.2.3 Arbeits- und Arbeitszeitzufriedenheit

Im Modul von EU-SILC 2013 wurden einige Dimensionen der Lebenszufriedenheit detaillierter erhoben. Aus diesem Grund sind für dieses Jahr auch Informationen zur Zufriedenheit mit der Erwerbstätigkeit, den aktuellen Arbeitsstunden sowie diesbezügliche Änderungswünsche verfügbar.

2012 waren 69% der erwerbsaktiven Frauen bzw. 70% der erwerbsaktiven Männer im Alter von 20 bis 64 Jahren „sehr“ oder „ziemlich zufrieden“ mit ihrer Erwerbstätigkeit. Bei den Frauen ist dieser Wert seit 2008 nahezu unverändert, wohingegen sich bei den

Männern ein leichter Anstieg des Anteils jener, die sehr oder ziemlich zufrieden sind, von 65% im Jahr 2008 auf 70% im Jahr 2012 ergab. Aufgrund des Zeitreihenbruchs ab EU-SILC 2013 sind für dieses Jahr in erster Linie Gruppenunterschiede von Interesse. Bei der durchschnittlichen Zufriedenheit⁹ mit der Erwerbstätigkeit finden sich für das Jahr 2013 nur geringe Unterschiede zwischen Frauen (6,6) und Männern (6,3). Für die Gruppe der „Working Poor“ ergibt sich bei der subjektiven Zufriedenheit mit der Erwerbstätigkeit in allen hier betrachteten Jahren 2008 bis 2013 ein geringfügig schlechterer Wert (2013: 7,6) als für alle Beschäftigten insgesamt im Alter von 18 bis 64 Jahren (2013: 8,0).

⁹ Bei EU-SILC 2013 gab es aus methodischen Gründen eine Änderung der Skala zur Messung von Zufriedenheit. Bis 2012 wurde Zufriedenheit auf einer 6-stufigen Skala (1 „sehr unzufrieden“ bis 6 „sehr zufrieden“) abgefragt. Ab 2013 sollen Befragte hingegen einen Wert zwischen 0 („überhaupt nicht zufrieden“) und 10 („vollkommen zufrieden“) angeben. Aufgrund dieses Zeitreihenbruchs sind die Zufriedenheitswerte bis 2012 mit jenen ab 2013 nicht vergleichbar.

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

Eine Dimension der Arbeitszufriedenheit betrifft die geleisteten Arbeitsstunden¹⁰. 49% aller befragten Erwerbstägigen im Alter von 20 bis 64 Jahren gaben im Jahr 2013 an, dass die Zahl der aktuell geleisteten Erwerbsarbeitsstunden exakt ihren Wunschvorstellungen entspricht. 33% würden gerne weniger, im Durchschnitt um 10 Stunden, erwerbstätig sein. Die verbleibenden 17% wünschen sich eine Erhöhung ihrer wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit um durchschnittlich 9 Stunden. Personen, die eine Aufstockung von Stunden anstreben, erreichen auf der 11-stufigen Arbeitszeit-Zufriedenheitsskala mit einem Durchschnittswert von 7,9 de facto denselben Werte wie Personen, die sich eine Stundenreduktion wünschen (durchschnittliche Zufriedenheit: 7,8). Der Vergleichswert für jene, bei denen die gewünschte mit der tatsächlichen Wochenarbeitszeit übereinstimmt, liegt bei 8,1.

Darüber hinaus zeigt sich eine starke Streuung nach sozialen Gruppen. Etwas mehr als die Hälfte der Teilzeitbeschäftigen mit geringem Stundenausmaß¹¹ gibt an, die Arbeitszeit ausdehnen zu wollen (im Durchschnitt um 17 Stunden wöchentlich). Für ca. 40% in dieser Gruppe besteht hingegen kein Bedarf einer Veränderung der Arbeitszeit. Weiters steigt mit dem Einkommen sowie mit der aktuellen Stundenanzahl der Anteil jener, die weniger arbeiten wollen (vgl. Abbildung „Bewertung der aktuellen Wochenstunden für Erwerbstätige 2013“). Der Anteil der Personen, die keine Veränderung wollen ist in der Gruppe mit über 20 bis 30 Wochenstunden am größten (60%). Darüber hinaus ist bei Eingebürgerten sowie Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft der Wunsch nach einer Stundenerhöhung etwas häufiger zu beobachten als bei Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Bewertung der aktuellen Wochenstunden für Erwerbstätige 2013



¹⁰ Ein einfaches Regressionsmodell mit der Stundenzufriedenheit als unabhängiger Variable und der Arbeitszufriedenheit als abhängiger Variable zeigt, dass die Zufriedenheit mit den aktuellen Wochenstunden ca. 20% der Varianz bei der Arbeitszufriedenheit erklärt (eine Kausalinterpretation ist jedoch nicht zulässig).

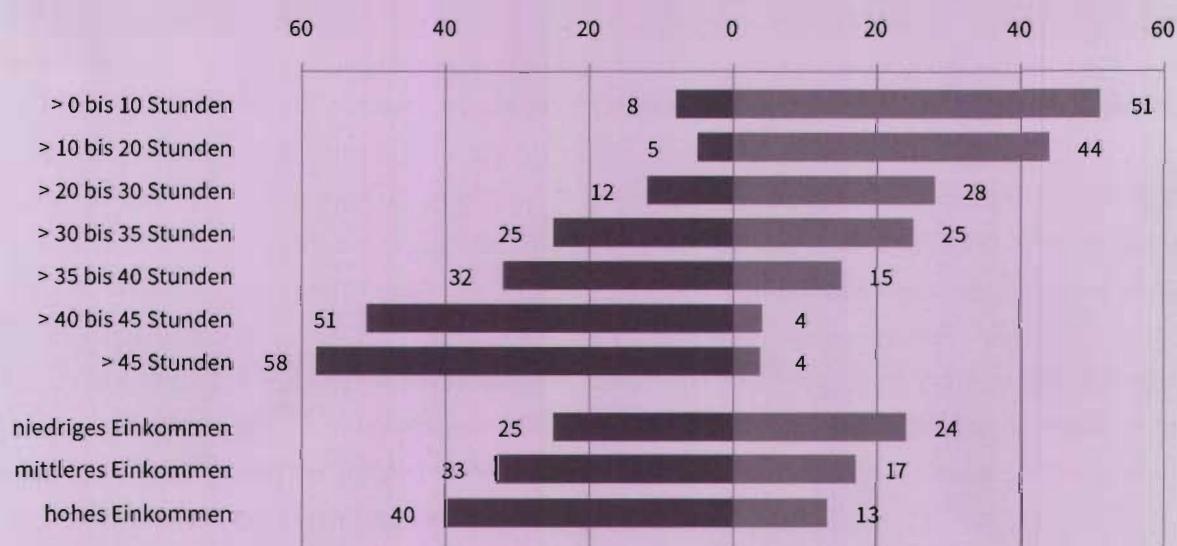
¹¹ < 12h pro Woche beschäftigt

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

■ Stundenreduktion: Durchschnittliche Differenz von Ist - Wunsch (Wochenstunden)
 ■ Aufstockung: Durchschnittliche Differenz von Ist - Wunsch (Wochenstunden)



■ % wollen weniger Stunden/Wochen arbeiten ■ % wollen mehr Stunden/Wochen arbeiten



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

100% = Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren, die erwerbsaktiv sind; Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

13.3 Wohnen

Wohnen ist ein wesentlicher Aspekt der Lebensbedingungen und kann anhand der EU-SILC Erhebung umfassend dargestellt werden. Der vorliegende Abschnitt konzentriert sich auf die Wohnkosten – deren Verteilung und Belastung durch hohe Wohnkosten – und Probleme mit der Wohnsituation wie Überbelag, prekäre Wohnqualität und Belastung durch die Wohnumgebung.¹² Es wird v.a. auf die unterschiedlichen Belastungen je nach Einkommenssituation eingegangen.

13.3.1 Verteilung der Wohnkosten und hohe Wohnkostenbelastung

In EU-SILC werden alle Kosten erfragt, die durch die Nutzung der Wohnung, in der der Haushalt wohnt, entstehen. Das Wohnkosten-Konzept von EU-SILC soll alle Kosten für das Wohnen, unabhängig vom jeweiligen Rechtsverhältnis¹³ erfassen. Dazu werden die Energiekosten der Wohnung ebenso wie etwaige Kosten für Wohnraumbeschaffung und Instandhaltung erfasst. Als Kosten der Wohnraumbeschaffung werden dabei die Zinszahlungen von etwaigen Wohnkrediten verstanden.¹⁴ Bei Mietwohnungen kommen die jeweiligen Miet- und Betriebskosten hinzu. Bei Eigentumshäusern werden außerdem die Gebühren für Wasser, Kanal und Müllbeseitigung erfasst. Für Eigentumswohnungen werden die laufenden Kosten an die Hausverwaltung erhoben.

Durchschnittlich wenden Privathaushalte in Österreich 2013 monatlich 462 EUR für das Wohnen auf. Die Wohnkosten sind dabei recht unterschiedlich verteilt, so wenden 10% der Haushalte mit den niedrigsten Wohnkosten 241 EUR pro Monat oder weniger für das

Wohnen auf, die obersten 10% geben mehr als das Dreifache für das Wohnen aus. Sehr unterschiedlich ist der Wohnaufwand auch nach dem Rechtsverhältnis. Haushalte mit Eigentum zahlen im Median 423 (Haus) bzw. 432 EUR (Wohnung) im Monat für das Wohnen, Haushalte in Mietwohnverhältnissen deutlich mehr. Haushalte in Gemeindewohnungen wenden mit 462 EUR pro Monat im Mittel etwas mehr als Haushalte in Eigentumshäusern oder -wohnungen auf. Haushalte in anderen Mietwohnungen zahlen im Median ca. 600 EUR.

Haushalte mit niedrigem Einkommen haben 419 EUR (Medianwert) Wohnkosten, Haushalte mit hohen Einkommen 529 EUR (Median).

Der Anteil der Haushalte in Eigentumswohnverhältnissen ist bei Haushalten mit niedrigem Einkommen deutlich geringer (42%), in Haushalten mit hohem Einkommen deutlich höher (70%) als im Durchschnitt (57%). Umgekehrt ist der Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen in sonstigen Hauptmieten – der Kategorie mit den höchsten Wohnkosten – mit rd. 30% erheblich über dem Durchschnitt von 19%. Außerdem ist der Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen in größeren Städten höher, wo auch die Wohnkosten mit mehr als 500 EUR (Median) im Monat höher sind als in kleineren Städten und Gemeinden. Der Median der Wohnkosten ist seit dem Jahr 2008 um 19% angestiegen, der Median der Wohnkosten der Haushalte mit niedrigen äquivalisierten Haushaltseinkommen allerdings um 22% von 344 auf 419 EUR.

¹² Ein umfassender Bericht zum Thema Wohnen, der auch auf EU-SILC basiert, ist im November 2014 erschienen (Statistik Austria 2014b).

¹³ z.B. Eigentum, Miete, Untermiete

¹⁴ Der Tilgungsbetrag des Kredits wird nicht in die gesamten Wohnkosten miteingerechnet.

Wohnkosten nach Einkommensgruppen 2008 und 2013

	2008	2013
Gesamt (in EUR)	388	462
Niedrig (<60%)	344	419
Mittel (60% bis 180%)	390	461
Hoch (>180%)	442	529
Indexierte Entwicklung der Wohnkosten (2008 = 100)		
Gesamt	100	119
Niedrig (<60%)	100	122
Mittel (60% bis 180%)	100	118
Hoch (>180%)	100	120

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

Um unterschiedlich große Wohnungen bzw. Häuser hinsichtlich der Wohnkosten besser vergleichen zu können, werden die Wohnkosten pro Quadratmeter berechnet. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die Wohnkosten mit der Größe der Wohnung steigen, allerdings zeigt sich auch, dass mit der Größe der Wohnung die Kosten pro Quadratmeter sinken. Dennoch erlauben die Wohnkosten pro Quadratmeter eine differenziertere Aussage darüber, für welche Einkommensgruppen Wohnraum teuer ist.

Die zuvor festgestellten Unterschiede verstärken sich in dieser Betrachtungsweise: Mietwohnungen weisen mit medianen Quadratmeterkosten von 8 und mehr EUR wesentlich höhere Quadratmeterkosten auf als Eigentumshäuser bzw. -wohnungen. Die höchsten Quadratmeterkosten weisen sonstige private Mietwohnungen auf, diese sind im Median fast dreimal so hoch wie die Wohnkosten pro Quadratmeter von Eigentumshäusern.

Die Quadratmeterkosten von Haushalten mit niedrigen Einkommen sind in allen Regionen – außer in kleineren Gemeinden – im Median höher als die Quadratmeterkosten der anderen Einkommensgruppen. Eine Ursache hierfür ist auch der durchschnittlich höhere Anteil dieser Einkommensgruppe in Mietwohnungen, deren Wohnkosten höher sind. Für Haushalte mit mittleren Einkommen betragen die medianen Quadratmeterkosten rd. 5 EUR, für Haushalte mit hohem Einkommen 4,60 EUR. Nur in kleineren Gemeinden unter 10.000 Einwohnern liegen die Quadratmeterkosten von Haushalten mit niedrigem Einkommen knapp unter dem Durchschnitt (vgl. Tabelle „Wohnkosten pro Quadratmeter 2013 nach Einkommensgruppe und Region“).

Wohnkosten pro Quadratmeter¹⁾ 2013 nach Einkommensgruppe und Region (in EUR)

	Gesamt	Einkommensgruppe		
		Niedrig (<60%)	Mittel (60% bis 180%)	Hoch (>180%)
Gesamt	5,2	6,7	5,0	4,6
Wien	7,8	8,4	7,7	6,9
Andere Gemeinden > 100.000 Einw.	7,2	8,9	7,1	5,5
Gemeinden >10.000 und <= 100.000 Einw.	6,0	7,1	6,0	4,3
Gemeinden <= 10.000 Einw.	3,6	3,5	3,7	3,3

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

¹⁾ Durchschnittliche Quadratmeterkosten der gesamten Wohnkosten

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

Die Wohnkosten können zum verfügbaren Haushaltseinkommen in Beziehung gesetzt werden. Ist der Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen hoch, so ist zumeist von einer starken Beeinträchtigung des finanziellen Handlungsspielraums des Haushalts auszugehen.

In diesem Bericht werden zwei unterschiedliche Kriterien für eine hohe Wohnkostenbelastung verwendet. Erstens wird hohe Wohnkostenbelastung verstanden als ein Wohnkostenanteil am Haushaltseinkommen von über 25%, wobei Energiekosten nicht in der Wohnkostendefinition berücksichtigt werden. Diese Definition von 25% entspricht dem Wohnkostenanteil, der in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung vorgesehen ist. Zweitens wird hohe Wohnkostenbelastung verstanden als ein Wohnkostenanteil inklusive Energiekosten von über 40% des Haushaltseinkommens¹⁵. Das entspricht dem Konzept der „Überbelastung durch Wohnkosten“, das von EUROSTAT verwendet wird. Energiekosten betragen monatlich im Median 127 EUR (äquivalisiert 90 EUR) und haben einen Anteil von etwas weniger als 30% an den Wohnkosten. Werden die Energiekosten für die Betrachtung der Wohnkostenbelastung außer Acht gelassen, so weisen 1,05 Mio. Personen (13%) eine Wohnkostenbelastung von 25% und mehr ihres Haushaltseinkommens auf. Berücksichtigt man die Energiekosten und nimmt als Schwellwert 40%, so liegen rd. 598.000 Personen (7%) mit ihrem Wohnkostenanteil am Haushaltseinkommen darüber. Im Wesentlichen treffen beide Indikatoren zur Wohnkostenbelastung dieselben Gruppen, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Die (Nicht-)Berücksichtigung der Energiekosten macht also keinen großen Unterschied. Zwar sind Energie-

kosten, etwa nach dem Rechtsverhältnis oder der Wohnregion recht ungleich, allerdings ist der Energiekostenanteil am Haushaltseinkommen gleichmäßig verteilt: Die Energiekosten sind also für manche Gruppen höher (etwa bei HauseigentümerInnen), aber die Wohnkosten mitunter geringer bzw. der Anteil der gesamten Wohnkosten am Haushaltseinkommen ist geringer.

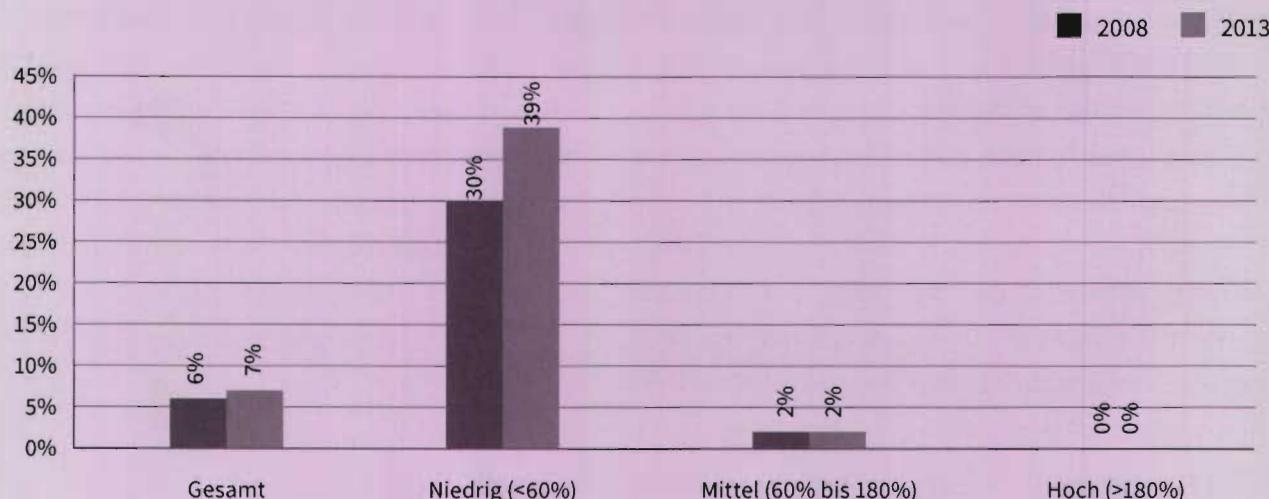
Gegliedert nach der Einkommensgruppe zeigen sich Personen in Haushalten mit niedrigen Haushaltseinkommen am häufigsten von hohen Wohnkostenanteilen betroffen: Etwa die Hälfte weisen Wohnkostenanteile von über 25% ohne Energiekosten auf, etwa 39% sind es nach der alternativen Definition bei einem 40% Anteil der Wohn- inklusive Energiekosten am Haushaltseinkommen. Im Vergleich dazu haben nur 7% bzw. 2% der Personen in Haushalten mit mittleren Haushaltseinkommen hohe Wohnkostenbelastung, bei Haushalten mit hohem Einkommen ist der Anteil vernachlässigbar.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass der Anteil der hohen Wohnkostenbelastung vor allem bei den Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen seit 2008 zugenommen hat, bei den beiden anderen Einkommensgruppen zeigt sich hingegen keine Veränderung.¹⁶ Der Grund hierfür dürfte sein, dass die Einkommen der Personen in Haushalten mit niedrigen Äquivalenzeinkommen seit 2008 unterdurchschnittlich angestiegen sind (siehe Kapitel 13.1), der Anstieg der Wohnkosten dieser Gruppe allerdings überdurchschnittlich war.

¹⁵ Dabei werden allerdings Wohnbeihilfen nicht für die Berechnung des Haushaltseinkommens mitberücksichtigt.

¹⁶ Dargestellt werden kann hier nur der Indikator „Wohnkostenanteil über 40% des Haushaltseinkommens“, da die Energiekosten erst ab der Erhebung 2012 erfasst wurden.

Wohnkostenbelastung über 40% (inkl. Energiekosten) nach Einkommensgruppen 2008 und 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

13.3.2 Wohnprobleme

Im folgenden Abschnitt soll auf verschiedene Probleme im Bereich des Wohnens eingegangen werden: auf den Überbelag von Wohnungen und zwei Indikatoren, die sich mit Problemen mit der Wohnung bzw. der Wohnumgebung beschäftigen – alle drei sind Indikatoren des Sets der nationalen Eingliederungsindikatoren¹⁷. Behandelt werden dabei die Verteilung und vor allem die Gliederung nach Einkommensgruppen.

Der Indikator Überbelag soll Platzmangel in Wohnungen erfassen und berücksichtigt dabei die Anzahl der Zimmer und Personen im Haushalt laut dem Kriterium der Gemeinde Wien bei der Vergabe von Gemein-

dewohnungen.¹⁸ Laut EU-SILC 2013 leben 541.000 Personen in einer überbelegten Wohnung, das sind etwa 6% der Gesamtbevölkerung.

Überbelag ist vorrangig ein städtisches Phänomen und in Wien besonders häufig – hier wohnen 16% der Personen in überbelegten Wohnungen. Nach dem Rechtsverhältnis ist Überbelag vor allem in Mietwohnverhältnissen (insbesondere Gemeindewohnungen und private Mietwohnungen) überdurchschnittlich häufig. Besonders betroffen von Platzmangel in der Wohnung sind Haushalte mit drei und mehr Kindern; etwa jede vierte Person aus solch kinderreichen Haushalten lebt in einer überbelegten Wohnung.

¹⁷ Zusätzlich zum zentralen Indikator „Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung“ der Europa 2020-Strategie hat Statistik Austria im Auftrag des Sozialministeriums einen Katalog von 20 Indikatoren entwickelt, deren Ziel es ist, die reale Lebenssituation der Betroffenen besser abzubilden (vgl. BMASK/Statistik Austria 2013).

¹⁸ Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt, im Mittel weniger als 8m² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist: ein Raum für zwei Personen, weniger als drei Räume für drei oder vier Personen, weniger als vier Räume für fünf oder sechs Personen, weniger als fünf Räume für sieben oder acht Personen, weniger als sechs Räume für mehr als acht Personen. Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt (unabhängig von deren Größe).

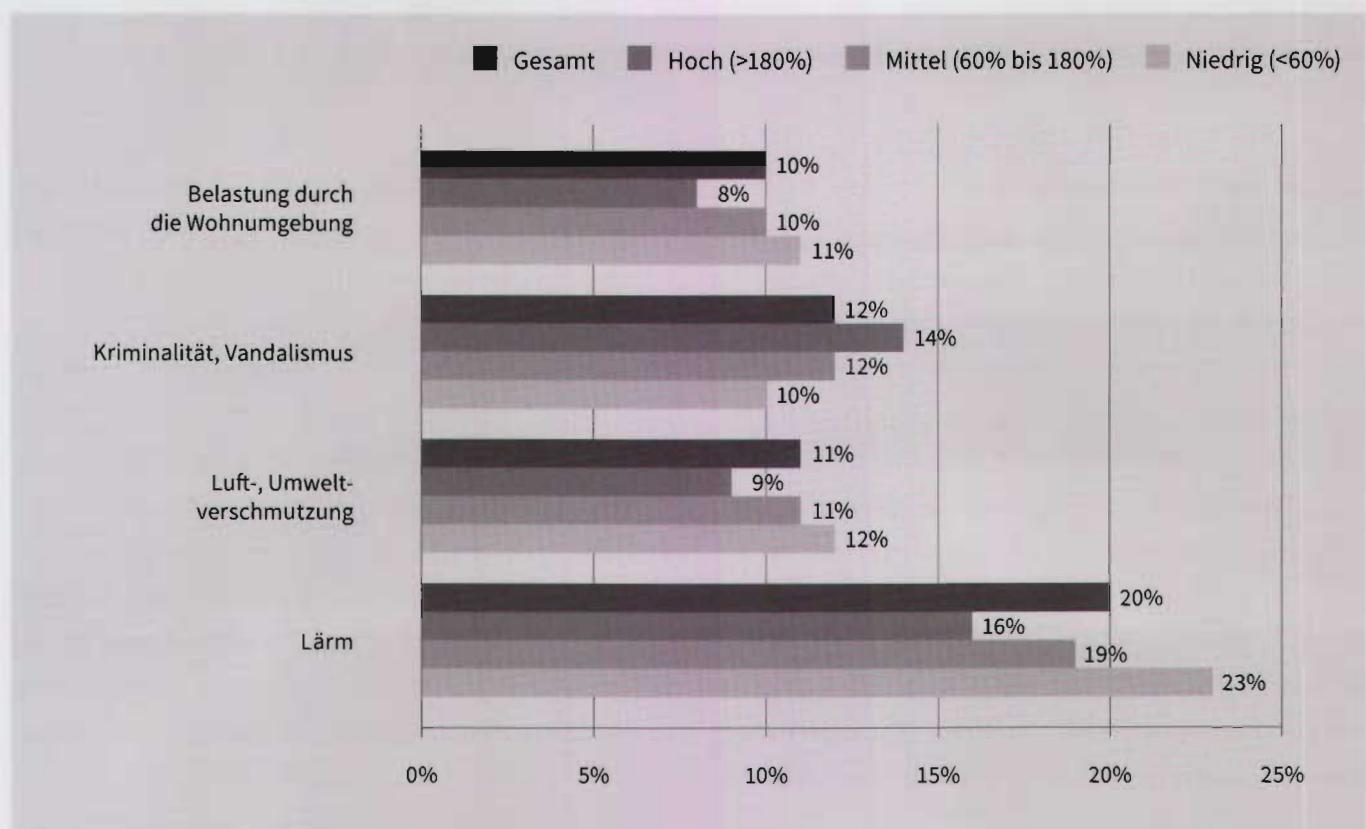
13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

Der Anteil der Personen mit niedrigem Einkommen in einer überbelegten Wohnung ist mit 17% (210.000 Personen) fast dreimal so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Mit 5% deutlich geringer ist die Überbelagsquote für Personen mit einem mittleren Einkommen, am geringsten ist sie mit 1% für Personen mit einem hohen äquivalisierten Haushaltseinkommen.

In der Entwicklung seit dem Jahr 2008 zeigt sich, dass insgesamt der Anteil der Personen in Haushalten mit Überbelag etwas zurückgeht, allerdings nicht bei Personen mit mittlerem Haushaltseinkommen.

Der Indikator zur prekären Wohnqualität fasst Fragen zur Ausstattung und zum Zustand der Wohnung zusammen¹⁹. 2013 sind 2% der Personen in Privathaushalten in Österreich von prekärer Wohnqualität betroffen, das entspricht etwa 200.000 Personen. Eine überdurchschnittliche Quote weisen hier Haushalte in Gemeindewohnungen oder in sonstigen privaten Hauptmieten auf, ebenso wie Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen (6%).

Belastung durch die Wohnumgebung 2013 nach Einkommensgruppen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

¹⁹ Berücksichtigt werden die Ausstattung der Wohnung mit einem Badezimmer bzw. einem WC, das Vorhandensein einer Waschmaschine, Probleme durch Feuchtigkeit, Schimmel und Fäulnis in der Wohnung und Probleme durch dunkle Räume.

Von Belastungen in der Wohnumgebung berichten 9% der Bevölkerung in Privathaushalten.²⁰ Hier weisen besonders in größeren Städten Wohnende eine höhere Belastung auf, auch ist der Anteil der Personen in Mietwohnungen mit Problemen in der Wohnumgebung deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Nach dem Einkommen weisen zwar Personen im untersten Bereich mit 11% ebenfalls eine überdurchschnittliche Betroffenheit auf, allerdings ist hier der Unterschied zwischen den Einkommensgruppen deutlich geringer als bei den anderen Indikatoren zu Problemen mit dem Wohnen (vgl. Abbildung „Belastung durch die Wohnumgebung 2013 nach Einkommensgruppen“). Die Belastung durch Lärm bzw. Luft- und Umweltverschmutzung wird größer, je geringer das Einkommen ist. Für Kriminalität oder Vandalismus in der Wohnumgebung hingegen zeigt sich eine höhere Belastung, je höher das Einkommen des Haushalts ist. Allerdings kann vermutet werden, dass Haushalte mit höheren Einkommen nicht in höherem Ausmaß in von Kriminalität und Vandalismus geprägten Wohngegenden leben – vielmehr dürfte sich die Wahrnehmung unterscheiden, was Kriminalität und Vandalismus sind bzw. ob sie in der Wohngegend vorkommen.

13.4 Vorhandensein von Konsumgütern und finanziell bedingte Einschränkungen

Das Vorhandensein von bestimmten Konsumgütern lässt sich als Ausstattungsgrad der Bevölkerung und getrennt für die Einkommensgruppen darstellen. Ist etwas im Haushalt nicht verfügbar, wurde nachgefragt, ob das aus finanziellen Gründen so ist oder weil der Haushalt es nicht will. Veränderungen zwischen den Jahren 2008 und 2013 laufen weitgehend kontinuierlich ab. Preisveränderungen und geändertes

Konsumverhalten dürften der Hauptgrund für die Änderungen in den Besitzquoten und im erzwungenen Nicht-Besitz sein.

Ein Telefon zu haben, sei es ein Festnetz- oder Mobilgerät, gehört heute zum üblichen Lebensstandard, sodass sich hier in keiner der Einkommensgruppen für 2013 eine nennenswerte Zahl von Nicht-BesitzerInnen zeigt. 2008 waren bei den Haushalten mit niedrigem Einkommen noch 2% ohne Telefon. Einen Internetanschluss zu Hause haben 2013 93% der Personen mit hohen Haushaltseinkommen, hingegen nur 83% derjenigen mit mittleren bzw. 71% mit niedrigen Einkommen. Aber nur 6% der Personen in Niedrigeinkommenshaushalten machen dafür explizit finanzielle Gründe verantwortlich – 2008 waren diese noch für 15% der Personen mit niedrigem Einkommen ausschlaggebend. Insgesamt hat die Verbreitung des privaten Internets seit 2008 deutlich zugenommen, am stärksten – da von einem geringeren Niveau ausgehend – bei denjenigen mit niedrigen Einkommen. Damit zusammenhängend hat die Verfügbarkeit eines PCs für die niedrige und mittlere Einkommensgruppe zugenommen, und auch hier nennen weniger Personen fehlende Finanzmittel als Hinderungsgrund für den Besitz als noch 2008.

Flächendeckend verbreitet ist die Waschmaschine, unabhängig davon ob diese in der Wohnung oder als Gemeinschaftswaschmaschine verfügbar ist. Dennoch haben 4% der Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen keine Waschmaschine. Die Hälfte davon gibt an, das sei aus finanziellen Gründen so.

Die größten Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen zeigen sich beim teuersten der abgefragten

²⁰ Dieser Indikator fasst die Belastung durch Lärm, Luft- und Umweltverschmutzung und durch Kriminalität oder Vandalismus zusammen.

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

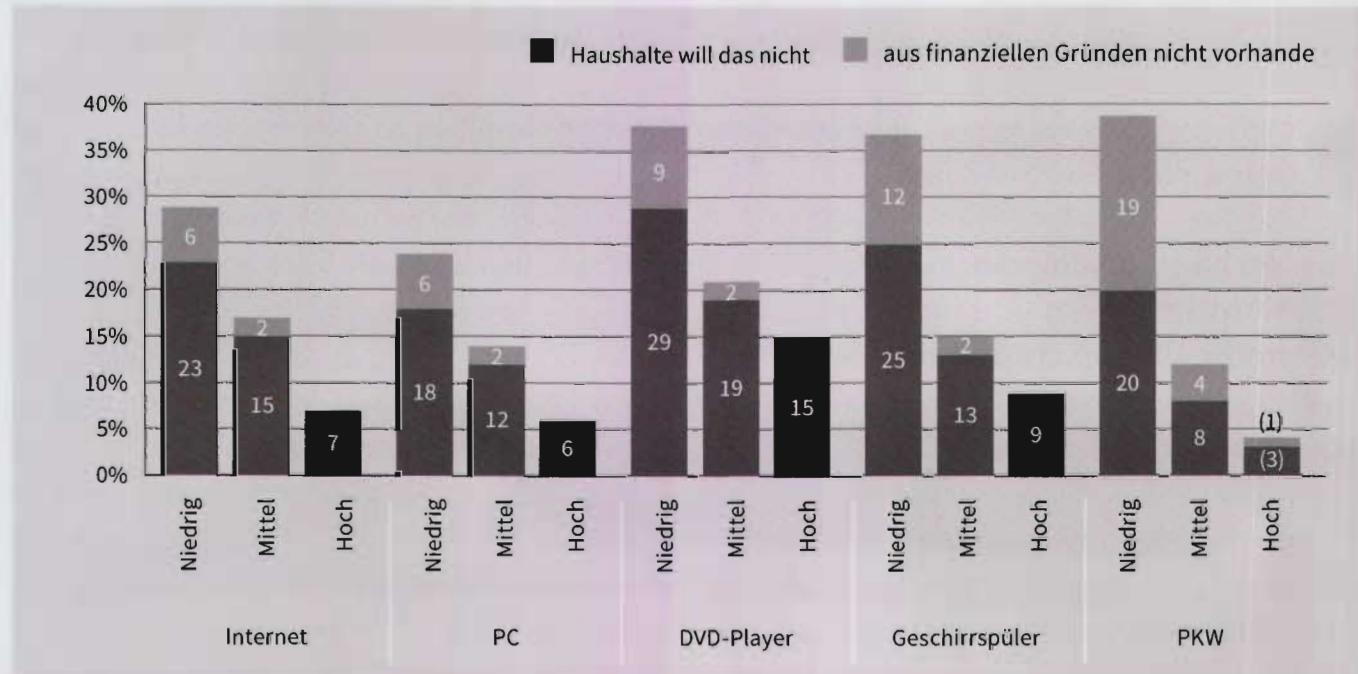
Güter, dem PKW. Während ein privater PKW 2013 für 96% der Menschen in Haushalten in der höchsten Einkommensgruppe nutzbar ist, liegt die Verfügbarkeit für diejenigen in Niedrigeinkommenshaushalten bei 61%. Dieser Nicht-Besitz wird 2008 und 2013 gleichermaßen zur Hälfte finanziell begründet.

Ein Farbfernseher befindet sich im Besitz von mehr als 90% aller Personen, wobei nur geringe Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen feststellbar sind. Weitere abgefragte Güter sind Geschirrspüler und DVD-Player: Bei beiden zeigt sich eine ähnliche Verteilung von Besitz und Nicht-Besitz auf die Einkommensgruppen. Auch hier sind finanzielle Gründe ausschließlich für die Gruppe mit niedrigem Einkommen ausschlaggebend für Nicht-Besitz. Finanzielle Gründe ha-

ben aber im Betrachtungszeitraum seit 2008 ebenso an Bedeutung verloren wie der Besitz bei Personen mit niedrigem Einkommen leicht zugenommen hat.

Vergleicht man die Gründe für den Nicht-Besitz über alle abgefragten Güter, fällt auf, dass Personen mit niedrigem Einkommen nicht nur bei den finanziell bedingten Einschränkungen, sondern auch beim freiwilligen Verzicht („Haushalt will das nicht“) höhere Werte aufweisen, als diejenigen mit zumindest mittlerem Einkommen. Es ist zu vermuten, dass die Nicht-Leistbarkeit de facto höher liegen dürfte, jedoch durch kognitive Strategien teilweise uminterpretiert wird: „Ich kann mir das nicht leisten“ wird so vermutlich bei manchen unbewusst zu einem „Ich will das nicht“.

Vorhandensein von Konsumgütern im Haushalt und Gründe für Nichtvorhandensein nach Einkommensgruppen 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

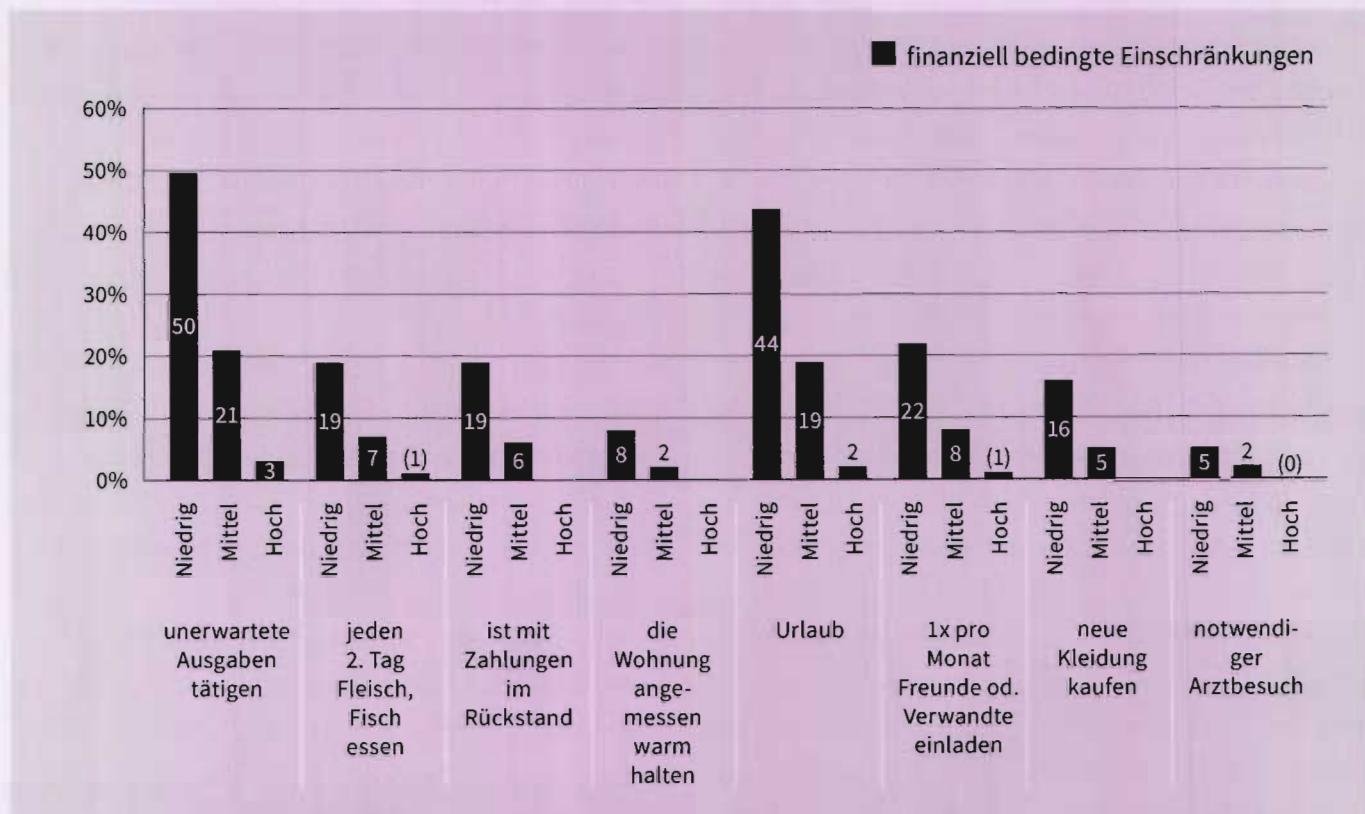
Personen in Haushalten. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Neben dem materiellen Besitz wurden auch einige im Zusammenhang mit finanziellen Kapazitäten stehende Handlungsweisen und Grundbedürfnisse abgefragt: Die größten finanziell erzwungenen Einschränkungen werden im Fall von unerwarteten Ausgaben²¹ sowie dem Verbringen eines Urlaubs mit der Familie²²

berichtet. Beides trifft auf Personen in Niedrigeinkommenshaushalten etwa doppelt so häufig zu wie auf Personen im mittleren Einkommensbereich. Personen mit hohem Einkommen sind 2013 in keinem der untersuchten Merkmale merklich finanziell eingeschränkt.

Finanziell bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen nach Einkommensgruppen 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013, Personen in Haushalten

Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Zu den Deprivationsmerkmalen laut EU-Definition zählen unerwartete Ausgaben nicht tätigen zu können, Einschränkungen bei der Ernährung, Zahlungsrückstände bei laufenden Miet- oder Kreditzahlungen

und Betriebskosten, die finanzielle Unmöglichkeit, die Wohnung angemessen zu heizen sowie keinen Urlaub machen zu können – gemeinsam mit Nicht-Besitz aus finanziellen Gründen von 4 der oben dargestellten

²¹ Der Betrag wird laufend an die Armutgefährdungsschwelle angepasst und betrug für 2013 1.050 EUR, für 2008 900 EUR.

²² Eine Woche pro Jahr, auch in unbezahlter Unterkunft z.B. bei Freunden oder Verwandten.

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

Konsumgüter (PKW, Waschmaschine, Farbfernseher, Telefon/Handy). Ergänzend werden in Österreich als relevant für soziale Teilhabe eingestuft²³:

- Freunde oder Verwandte einmal pro Monat einladen zu können: Dies können sich 2013 22% der Personen mit niedrigem und 8% mit mittlerem Einkommen nicht leisten.
- Bei Bedarf neue Kleidung kaufen zu können: 16% der Personen im niedrigen und 5% im mittleren Einkommensbereich verneinen das.
- Im Bedarfsfall zum Arzt (Zahnarzt, Facharzt oder Allgemeinmediziner) gehen zu können: Für 5% der Personen mit niedrigem Einkommen ist das finanziell nicht möglich.

Im Zeitverlauf zeigt sich auch bei diesen Merkmalen in Summe eine abnehmende Tendenz bzw. war 2008 ein Höchststand in Bezug auf finanzielle Einschränkungen und Deprivation zu verzeichnen (siehe auch „Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich“, Kapitel 14). Die Entwicklung von Zahlungsrückständen hat sich zwischen 2008 und 2013 insgesamt wenig verändert (siehe Kapitel 13.5), jedoch ist für Personen mit niedrigem Einkommen ein leichter Anstieg (von 16% auf 19%) festzustellen. Positiv ist hingegen die Abnahme bei Personen in Haushalten, welche unerwartete Ausgaben aus eigenen Mitteln nicht finanzieren können – diese Reduktion ist allerdings vor allem im mittleren (von 26% auf 21%) und oberen Einkommenssegment (von 8% auf 3%) bemerkbar. Das in der Auflistung der Grundbedürfnisse trennschärfste Merkmal in Bezug auf finanzielle Kapazitäten, der Arztbesuch, hat sich über die betrachteten Jahre nicht verändert.

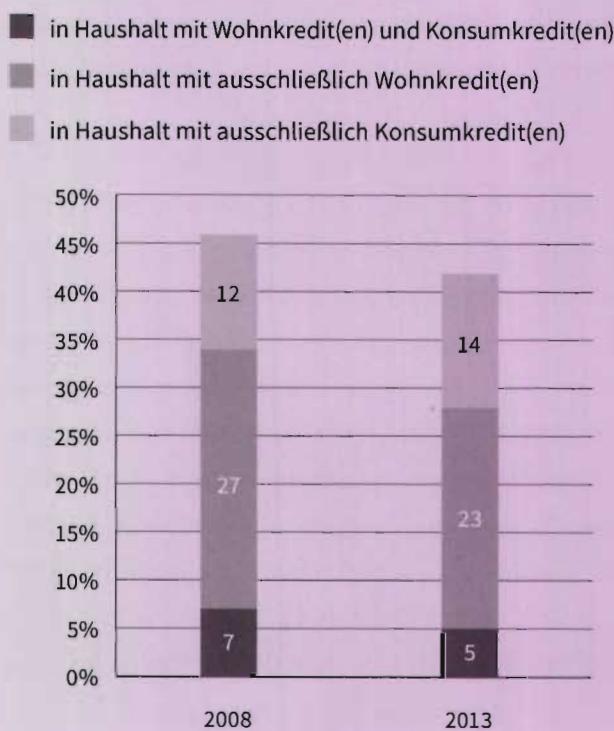
13.5 Verschuldung

Verschuldung kann das Ergebnis einer geplanten, rationalen Entscheidung der Haushalte sein, beispielsweise um Konsum zeitlich vorzuziehen. Demgegenüber steht aber auch eine sozialpolitisch relevante Dimension: Rückzahlungsprobleme, fehlende Möglichkeiten zu sparen oder fehlende Möglichkeiten bei finanziellen Schocks auf eigene finanzielle Reserven zurückzugreifen. Der Aufbau dieses Abschnitts folgt dieser Unterscheidung. Zuerst werden ausgewählte Aspekte der Verschuldung dargestellt. Danach stehen Zahlungsprobleme sowie der Rückgriff auf eigene finanzielle Mittel und die Möglichkeit zur Bildung von finanziellen Reserven im Mittelpunkt.

Verschuldung bezieht sich in EU-SILC auf das Vorhandensein von Kreditverbindlichkeiten für Wohnraum oder auf sonstige Rückzahlungsverpflichtungen („Konsumkredite“). Der Anteil der Verschuldeten in Österreich ging von 2008 auf 2010 leicht zurück und hat sich seitdem kaum verändert. Im Jahr 2013 lebten insgesamt 42% der Wohnbevölkerung in verschuldeten Haushalten (vgl. Abbildung „Verschuldung der privaten Haushalte 2008 und 2013“). Der größte Teil davon weist ausschließlich Verbindlichkeiten für Wohnraum auf. 5% der Wohnbevölkerung leben in Haushalten mit sowohl Konsum- als auch Wohnschulden, 14% haben Schulden durch Konsumkredite. Sowohl 2008 als auch 2013 waren armutsgefährdete Personen sowie Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität weniger oft verschuldet als Personen in Haushalten mit mittlerem/hohem Einkommen bzw. mittlerer/hoher Erwerbsintensität.

²³ vgl. Till-Tentschert/Weiss (2008).

Verschuldung der privaten Haushalte 2008 und 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Personen in Haushalten; 100% = Gesamtbevölkerung

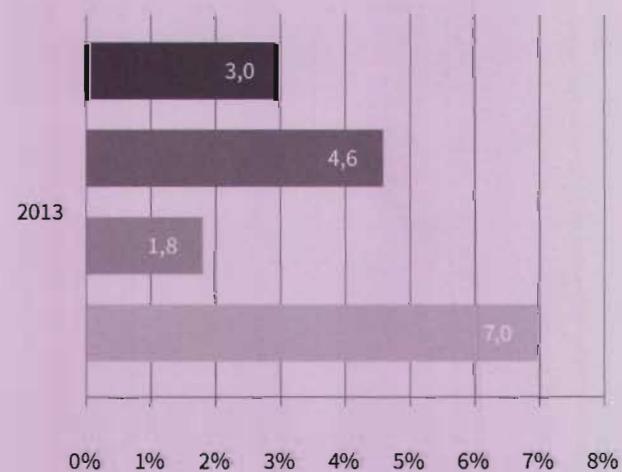
Rückstände bei Zahlungsverbindlichkeiten können u.a. Folge von mangelnden finanziellen Rücklagen, niedrigen Einkommen bzw. Einkommensausfällen und von Ausgabenerhöhungen sein. Darüber hinaus lösen sie in der Regel eine Reaktion bei den GläubigerInnen aus (z.B. Mahnungen bzw. potentielle Umstufungen der Bonität oder Einforderungen von Verzugszinsen). Aus diesen Gründen werden Zahlungsrückstände auch als eines von 9 Merkmalen für die EU-Definition der erheblichen materiellen Deprivation herangezogen (siehe „Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich“, Kapitel 14).

Im Hinblick auf die Häufigkeit von Zahlungsrückständen insgesamt zeigt sich im Vergleich des Jahres 2008 mit 2013 de facto keine Veränderung. 2008 lag der An-

teil von Personen in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Miete, Betriebskosten, Krediten oder sonstigen Verbindlichkeiten bei 6,8%, im Jahr 2013 bei 7%. Dies trifft auch auf Zahlungsrückstände für Konsum zu (2008: 2,1% der Gesamtbevölkerung). Demgegenüber hat sich der Anteil der Personen in Haushalten mit Rückständen bei Wohnkostenrechnungen ausgehend von 2,9% im Jahr 2008 auf 4,6% im Jahr 2013 erhöht. Je nach Typ der Verbindlichkeit sind bei Zahlungsrückständen unterschiedliche Konsequenzen seitens der Gläubiger möglich. So können beispielsweise Zahlungsrückstände bei der Miete potentiell zur Delogierung führen. 2013 konnten 3% der Bevölkerung bzw. 8% der MieterInnen ihre Mietzahlungen mindestens einmal nicht rechtzeitig begleichen.

Zahlungsrückstände 2013

- Zahlungsrückstand bei Miete
- Zahlungsrückstände bei Wohnkosten (BK, etc.)
- Zahlungsrückstand sonst. Rückzahlungen („Konsum“)
- Zahlungsrückstände bei Wohn(neben)kosten und/oder anderen Krediten



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

Personen in Haushalten; 100% = Gesamtbevölkerung; gerundete Werte

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

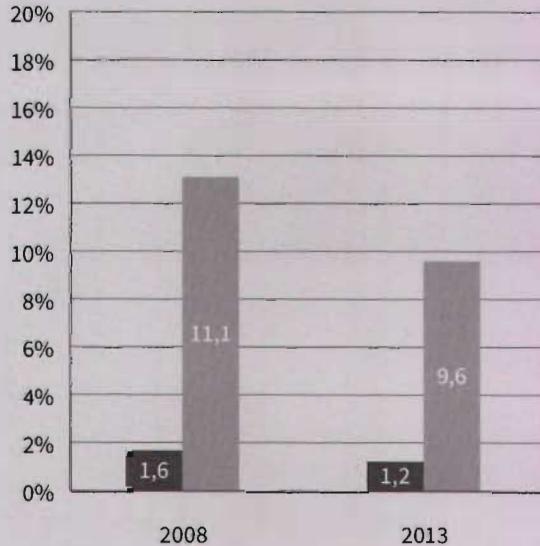
Welche weiteren Faktoren auf der Haushaltsebene stehen nun im Zusammenhang mit dem Risiko von Zahlungsrückständen? Betrachtet man zunächst Personen mit Krediten für Wohnraum und Personen mit sonstigen Rückzahlungsverbindlichkeiten separat, ergeben sich Hinweise auf eine unterschiedliche „Störungsanfälligkeit“ dieser beiden Verbindlichkeitstypen (vgl. Abbildung „Zahlungsrückstände 2008 und 2013“). Der Anteil von Personen mit Zahlungsrückständen bei Wohnkrediten (2013: 1,2%) liegt in den betrachteten Jahren durchgehend unter dem Anteil der Personen mit Zahlungsrückständen für Konsumverbindlichkeiten (2013: 9,6%), gemessen jeweils in Prozent aller Personen mit Verbindlichkeiten dieses Typs. Dies kann wiederum unter anderem damit erklärt werden, dass die Kreditaufnahme für Wohnraum bereits einer bestimmten sozioökonomischen Auswahl unterliegt und darüber hinaus hier meistens Kreditsicherheiten vorliegen bzw. in der Regel eine genauere Kreditwürdigig-

keitsprüfung seitens der potentiellen GläubigerInnen erfolgt. Demgegenüber sind Konsumkredite im Allgemeinen leichter verfügbar, und ihre Vergabe wird in der Regel weniger streng geprüft (auch bedingt durch die zumeist niedrigeren Beträge – vgl. Fessler et al. 2012).

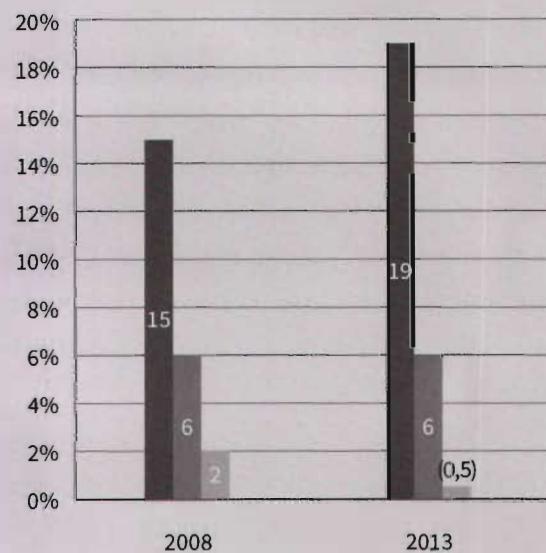
Im Hinblick auf die Einkommensgruppen ergibt sich im Vergleich zur Verschuldung ein umgekehrtes Bild. Personen in Haushalten mit niedrigen Einkommen sind einerseits insgesamt weniger oft verschuldet (vgl. Abbildung „Zahlungsrückstände 2008 und 2013“), haben bei offenen Verbindlichkeiten andererseits aber deutlich häufiger Zahlungsrückstände. Ähnlich ist eine höhere Erwerbsintensität des Haushalts mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit von Zahlungsrückständen verbunden. Haushalte mit Kindern sind im gesamten Beobachtungszeitraum in etwa doppelt so oft von Zahlungsrückständen betroffen wie Haushalte ohne Kinder.

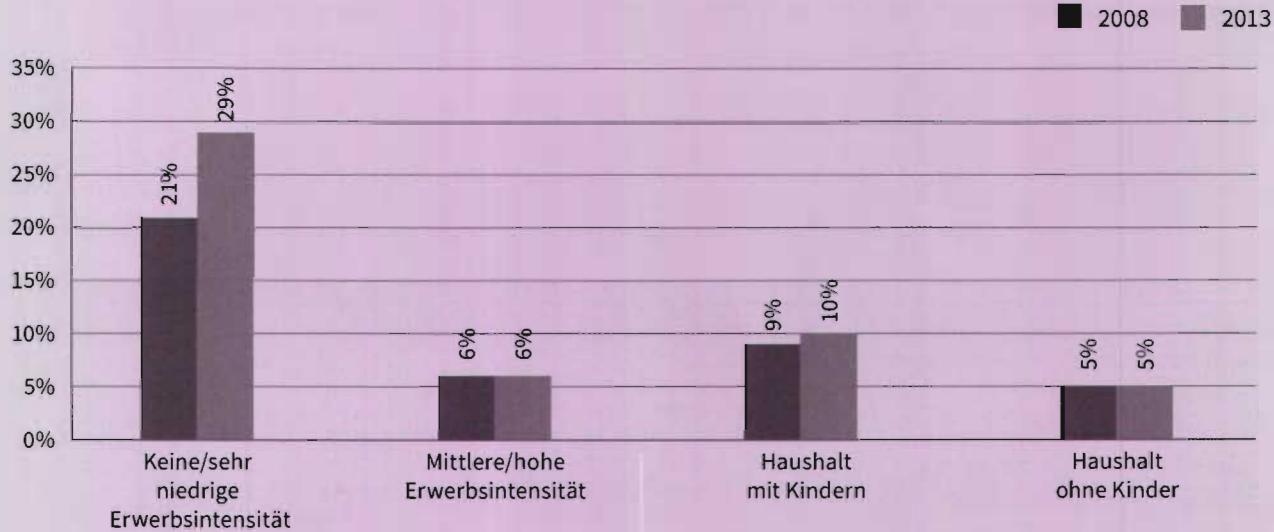
Zahlungsrückstände 2008 und 2013

- Haushalte mit Wohnkrediten (=100%): Zahlungsrückstand bei Wohnkrediten
- Haushalte mit Konsumkrediten (=100%): Zahlungsrückstand sonst. Rückzahlungen



- niedriges Einkommen
- mittleres Einkommen
- hohes Einkommen





Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Personen in Haushalten; Prozentquoten je Gruppe; Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert; gerundete Werte

Eine Möglichkeit, Zahlungsrückstände zu vermeiden, besteht im Rückgriff auf eigene Reserven. Auch die Frage, ob ein Teil des Einkommens gespart werden kann, gibt Aufschluss über den finanziellen Spielraum der Haushalte. Im Vergleich zu 2008 hat die Quote der Personen in Haushalten, welche unerwartete Ausgaben aus eigenen Mitteln nicht finanzieren können, abgenommen (vgl. Tabelle „Finanzielle Vulnerabilität 2008 – bzw. 2009 – und 2013 nach Einkommensgruppen, Erwerbsintensität und Haushaltstyp“). Im Jahr 2013 beläuft sich diese Quote auf insgesamt 23%. Am häufigsten sind Personen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen und mit niedriger Erwerbsintensität betroffen. Auffällig ist, dass von allen Personen mit

mittlerem Einkommen immerhin noch ein Fünftel in Haushalten lebt, die unerwartete Ausgaben nicht aus eigenen Mitteln decken können. Anhand von EU-SILC lässt sich weiters ermitteln, wie viel Prozent der Bevölkerung in Haushalten leben, in denen niemand aus finanziellen Gründen in der Lage ist, einen Betrag von zumindest 15 EUR monatlich zu sparen. Dieser Anteil liegt 2009 und 2013 relativ konstant bei 7 bis 8%. Personen aus der niedrigen Einkommensgruppe und Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität weisen hier aber ein drei bis dreieinhalb Mal so hohes Risiko auf. Keine Unterschiede finden sich hingegen zwischen Haushalten mit und ohne Kinder.

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

Finanzielle Vulnerabilität 2008 (bzw. 2009) und 2013 nach Einkommensgruppen, Erwerbsintensität und Haushaltstyp (in %)

	Unerwartete Ausgaben in Höhe von „...“ EUR nicht aus eig. Mitteln finanzierbar		Niemand im HH (>=16 Jahre) kann zumindest 15 EUR monatlich sparen ¹⁾	
	900 EUR	1.050 EUR	2009	2013
Gesamt	29	23	7	8
Einkommensgruppen (in % des Median)				
Niedrig (<60%)	53	50	21	27
Mittel (60% bis 180%)	26	21	5	5
Hoch (>180%)	8	3	(0,4)	(0,2)
Erwerbsintensität des Haushaltes				
Keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität	63	61	27	41
Mittlere oder hohe Erwerbsintensität	27	21	6	6
Haushalte				
Haushalt mit Kindern	31	26	7	8
Haushalt ohne Kinder	27	20	7	8

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2009, 2013

1) Erst ab EU-SILC 2009 erhoben.

Personen in Haushalten; Prozentquoten je Gruppe; sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

13.6 Gesundheit

Der Gesundheitszustand eines Menschen beeinflusst in wesentlichem Ausmaß das persönliche Wohlbefinden und die gesamte Lebensqualität. Die Frage nach dem Gesundheitszustand von Personen mit unterschiedlichem Einkommen sowie mögliche Veränderungen dieses Zusammenhangs im Verlauf der Jahre 2008 bis 2013 stehen im Zentrum dieses Kapitels.

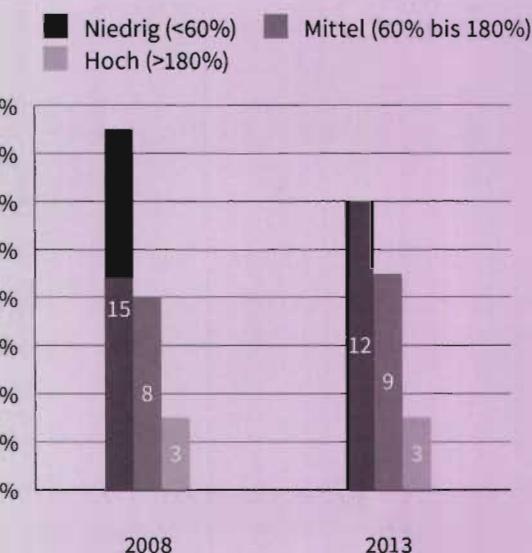
Ein Gesamtbild liefert zunächst die subjektive Einschätzung des allgemeinen Gesundheitszustands. Diese kann im Gegensatz zu klinisch erhobenen Befunden neben körperlichen auch die psychischen und sozialen Aspekte von Gesundheit miterfassen (vgl. Statistik Austria 2007). Eine Trennung in die drei Einkommensgruppen – wie es die Abbildung „Sehr schlechter oder schlechter subjektiver Gesundheitszustand nach Einkommensgruppen 2008 und 2013“ veranschaulicht –

lässt dabei folgende Tendenz erkennen: Je niedriger das zur Verfügung stehende Einkommen, desto schlechter ist der Gesundheitszustand. Von einer einfachen Kausalität in diese Richtung ist allerdings nicht auszugehen, wahrscheinlicher ist, dass eine wechselseitige Beeinflussung von Einkommenssituation und Gesundheitszustand besteht. Armutgefährdete Personen, das sind diejenigen in der niedrigen Einkommensgruppe, stuften ihre Gesundheit mit 12% mehr als dreimal so oft als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ ein wie Personen der hohen Einkommensgruppe. Frauen ordnen ihren Gesundheitszustand dabei stets etwas schlechter ein als Männer: 71% der Männer geben 2013 einen „guten“ oder „sehr guten“ Gesundheitszustand an, von den Frauen waren dies 67%.

Was die Entwicklung von 2008 bis 2013 betrifft, zeigen sich keine wesentlichen Verbesserungen oder Ver-

schlechterungen im Gesundheitszustand der Bevölkerung. Lediglich der Anteil der Personen mit schlechtem oder sehr schlechtem Gesundheitszustand ist in der niedrigen Einkommensgruppe leicht zurückgegangen. Vielmehr präsentiert sich der Gesundheitszustand aber je nach Einkommensgruppe als relativ stabiles Merkmal über die Zeit.

Sehr schlechter oder schlechter subjektiver Gesundheitszustand nach Einkommensgruppen 2008 und 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

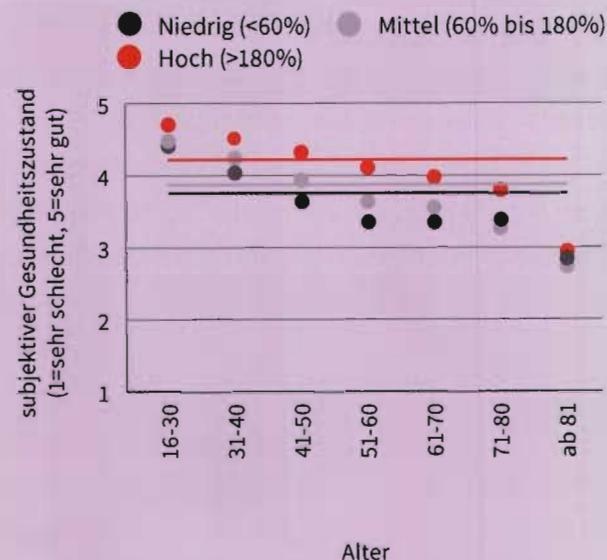
Personen ab 16 Jahren, welche auf die Frage „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“ „sehr schlecht“ oder „schlecht“ antworten; Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

Bei Gesundheitsfragen empfiehlt sich auch die Berücksichtigung des Alters, denn der Gesundheitszustand verschlechtert sich – wie in der Abbildung „Mittlerer subjektiver Gesundheitszustand 2013 nach Alter und Einkommensgruppen“ zu sehen ist – mit zunehmendem Alter. Die soeben beschriebenen Ungleichheiten bei unterschiedlichem Einkommen bleiben aber im Wesentlichen auch unter Einbeziehung des

Alters noch bestehen: Personen mit nur niedrigem Einkommen sind tendenziell weniger gesund als Personen der hohen Einkommensgruppe. Interessant erscheinen jedoch die beiden Enden der Altersskala: Denn vor allem jüngere, aber auch ältere Personen dürften von diesem Schema abweichen. Ihr Gesundheitszustand bleibt 2013 – wie auch 2008 – von ihrer Einkommenssituation unberührt.

Im mittleren Gesundheitszustand, der in der Gesamtbevölkerung einen Durchschnittswert von 3,9 (auf einer fünfstufigen Skala) annimmt, werden erst dann Unterschiede zwischen Männern und Frauen sichtbar, wenn auch das Alter berücksichtigt wird. Bis 64-jährige Frauen bewerten ihre Gesundheit durchschnittlich mit 4,0 und damit etwas schlechter als Männer (4,1). Bei über 64-Jährigen fällt der Unterschied mit 3,2 für Frauen und 3,4 für Männer etwas deutlicher aus.

Mittlerer subjektiver Gesundheitszustand 2013 nach Alter und Einkommensgruppen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

Personen ab 16 Jahren; Antworten auf die Frage „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“; Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

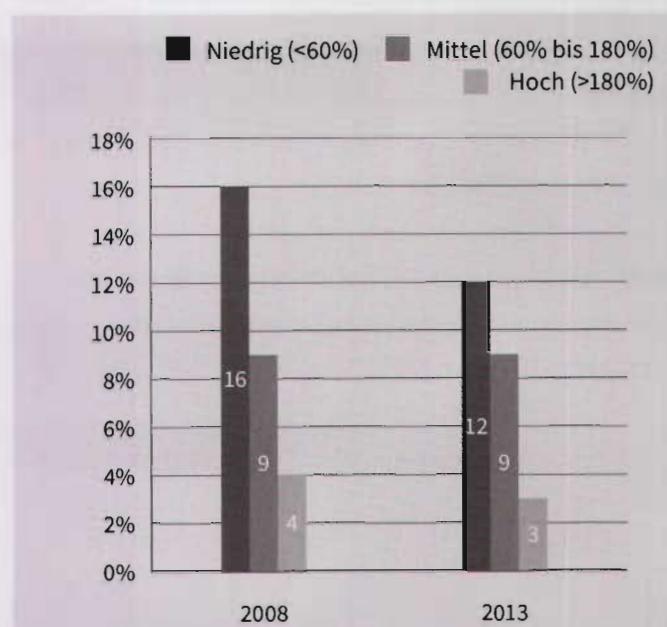
13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

Neben der allgemeinen Frage nach dem Gesundheitszustand liegen auch Informationen zum Vorliegen einer chronischen Krankheit sowie einer starken Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens vor. Sind mehrere Gesundheitsbeeinträchtigungen gleichzeitig vorhanden, ist eine besondere Benachteiligung gegeben. Die nationalen Eingliederungsindikatoren²⁴ sprechen in diesem Zusammenhang von mehrfachen Gesundheitseinschränkungen, die gegeben sind, wenn mindestens zwei der folgenden drei Merkmale auf eine Person zutreffen:

- sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand in der subjektiven Einschätzung
- chronische Krankheit
- starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung seit mindestens einem halben Jahr.

Einmal mehr zeigt sich bei geringem Einkommen ein höheres Vorkommen von Gesundheitseinschränkungen (vgl. Abbildung „Mehrzahlige Gesundheitseinschränkungen nach Einkommensgruppen 2008 und 2013“). Im Jahr 2008 waren 4% der Personen aus der höchsten Einkommensgruppe mit mehrfachen Gesundheitseinschränkungen konfrontiert, während es von den Personen der niedrigen Einkommensklasse 16% waren. Im Vergleich zum Jahr 2013 ist jedoch bei den armutsgefährdeten Personen eine Reduktion um 4 Prozentpunkte auf 12% festzustellen.

Mehrzahlige Gesundheitseinschränkungen nach Einkommensgruppen 2008 und 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Personen ab 16 Jahren; Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

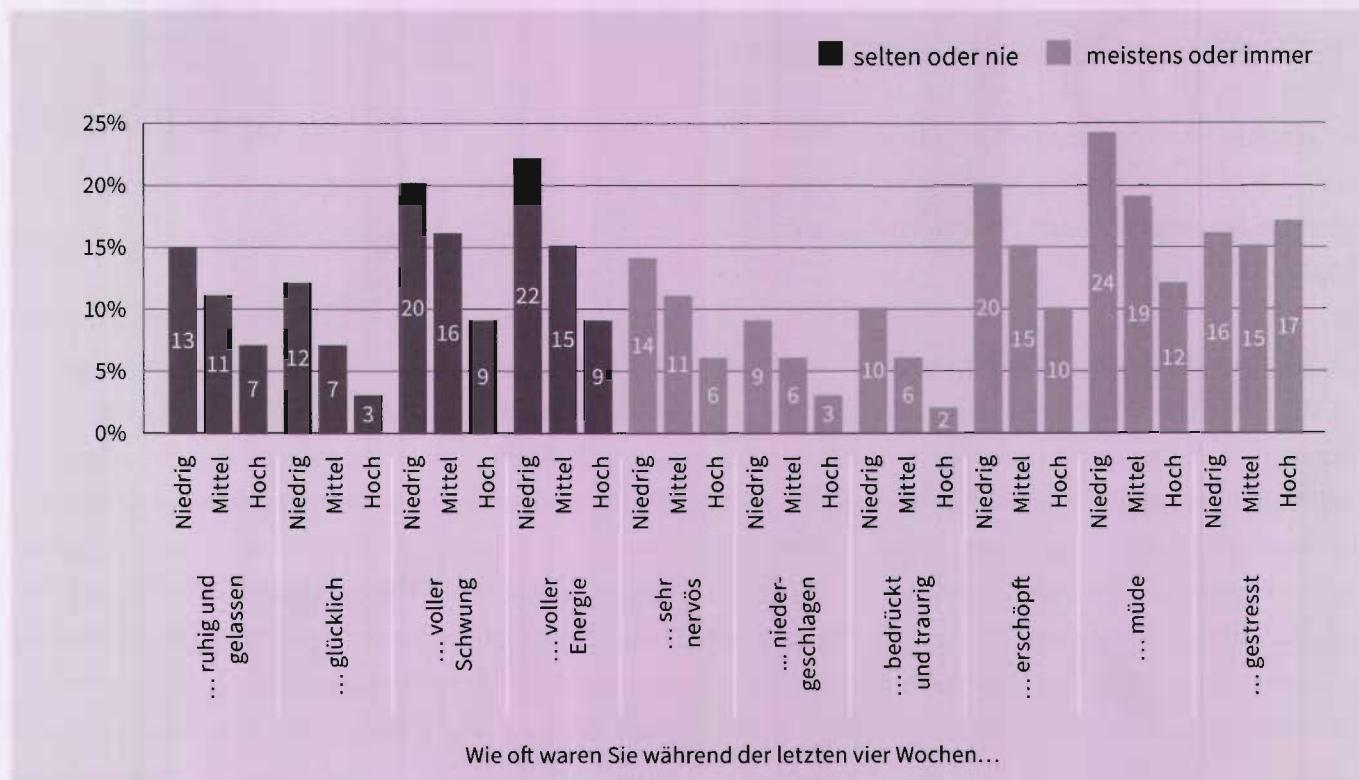
Der Gesundheitszustand eines Menschen ist aber nicht durch die alleinige Betrachtung der allgemeinen, subjektiven Einschätzung sowie der An- bzw. Abwesenheit von Krankheit oder Beeinträchtigung adäquat erfasst, sondern bedarf weiterer Aspekte. So gehört beispielsweise auch die Fähigkeit, sein Leben bewältigen zu können, zufriedenstellende soziale Beziehungen zu haben (siehe Kapitel 13.8) oder sich psychisch ausgeglichen zu fühlen, zum Gesundheitsbegriff (vgl. Statistik Austria 2007). Letzteres lässt sich anhand der Fragen zu psychischem Wohlergehen, die 2013 im Zuge des Moduls zum Thema Wohlbefinden erhoben wurden, beschreiben. Sie geben Aufschluss über die Stimmung in den letzten vier Wochen vor der Befragung und ermöglichen damit einen Einblick in

²⁴ vgl. BMASK/Statistik Austria 2013

das psychische Wohlbefinden der Bevölkerung (vgl. Abbildung „Psychisches Wohlbefinden 2013 nach Einkommensgruppen“). Die nach Einkommen differenzierten Analysen zeigen, dass nicht nur – wie bisher dargestellt – das körperliche, sondern auch das psychische Wohlergehen mit der Höhe des Einkommens variiert. 12% der Personen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen sind etwa „selten“ oder „nie“ glücklich, während dies 7% der Personen mit mittlerem und nur 3% der Personen mit hohem Einkommen von sich behaupten. Auch bei negativen Gefühlen ist die

Tendenz von höherem psychischen Wohlbefinden bei Personen mit hohem Einkommen zu erkennen: „Meistens“ oder „immer“ in solchem Ausmaß niedergeschlagen, dass sie nichts mehr aufheitern konnte, waren beispielsweise 9% der Personen mit niedrigem Einkommen, während dies 6% der Personen mit mittlerem und lediglich 3% der Personen mit hohem Einkommen angeben. Nur die Frage, wie oft Personen gestresst waren, zeigt ein abweichendes Ergebnis. Hier können nach Einkommen betrachtet keine eindeutigen Unterschiede festgestellt werden.

Psychisches Wohlbefinden 2013 nach Einkommensgruppen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden

Personen ab 16 Jahren; Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

Damit wird klar, dass (körperliche wie auch psychische) Gesundheit und Einkommen aneinander gekoppelt sind. Höheres Einkommen geht in der Regel mit einem besseren Gesundheitszustand einher. Über die

Richtung dieser Beeinflussung kann jedoch keine Aussage getroffen werden. Gesundheitliche Beeinträchtigungen können die Folge von mangelnden Chancen aufgrund von geringem Einkommen sein, aber auch

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

gesundheitliche Einschränkungen können etwa die Möglichkeiten zur Erwirtschaftung von Einkommen nachteilig beeinflussen.

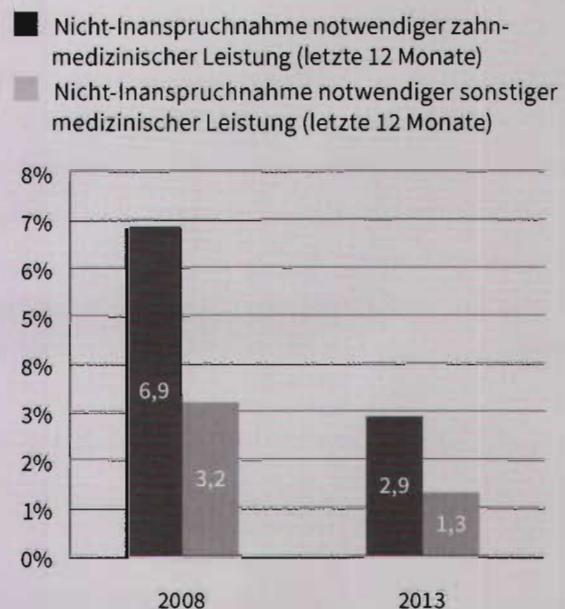
13.7 Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen und Kinderbetreuungseinrichtungen

Wie stark sich niedriges Einkommen auf andere Lebensbereiche wie beispielsweise die Gesundheit oder Bildungschancen auswirkt, hängt auch maßgeblich vom Zugang und der Inanspruchnahme bestimmter sozialstaatlicher Institutionen und sozialer Dienste ab. In diesem Kapitel wird auf medizinische Dienstleistungen und auf die Kinderbetreuung fokussiert. Welche Unterschiede ergeben sich in Bezug auf die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen und die Organisation der Kinderbetreuung in Abhängigkeit vom Einkommen und anderen soziodemografischen und -ökonomischen Faktoren im Zeitraum 2008 bis 2013?

13.7.1 Gesundheitsleistungen

EU-SILC beinhaltet Daten zur Inanspruchnahme von zahnmedizinischen und sonstigen medizinischen Leistungen. Betrachtet man den Anteil der Personen, die eine solche Leistung obwohl laut eigener Einschätzung dringend notwendig nicht in Anspruch genommen haben im Zeitverlauf, sind zwei Tendenzen erkennbar (vgl. Abbildung „Nicht-Inanspruchnahme medizinischer Leistungen 2008 und 2013“). Erstens haben sich für beide Kategorien von medizinischen Leistungen ausgehend von bereits sehr niedrigen Niveaus 2008 die Quoten der Nicht-Inanspruchnahme von 2008 bis 2013 jeweils mehr als halbiert. Zweitens werden im Vergleich eher zahnmedizinische Leistungen nicht in Anspruch genommen.

Nicht-Inanspruchnahme medizinischer Leistungen 2008 und 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

100% = Personen ab 16 Jahre

Empirisch wird in vielen Ländern ein Zusammenhang des individuellen Gesundheitszustandes mit dem sozioökonomischen Status beobachtet (Cutler et al 2011). Ein Erklärungsfaktor für dieses Phänomen ist die Nicht-Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen, welche wiederum mit dem sozialen Status, insbesondere Einkommen und formaler Bildung korreliert. Für Österreich lässt sich ein Zusammenhang vor allem bei der Nicht-Inanspruchnahme zahnmedizinischer Leistungen teilweise beobachten (vgl. Abbildung „Nicht-Inanspruchnahme zahnmedizinischer Leistungen 2008 und 2013 nach höchstem Bildungsabschluss und Einkommensgruppen“). So ist der Anteil bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, die solch eine Leistung nicht in Anspruch genommen haben, 2008 und 2013 doppelt so hoch wie bei Personen mit akademischem Abschluss. Ähnlich zeigt sich, dass mit steigendem Einkommen zahnmedizinische Leistungen häufiger in Anspruch genommen werden.

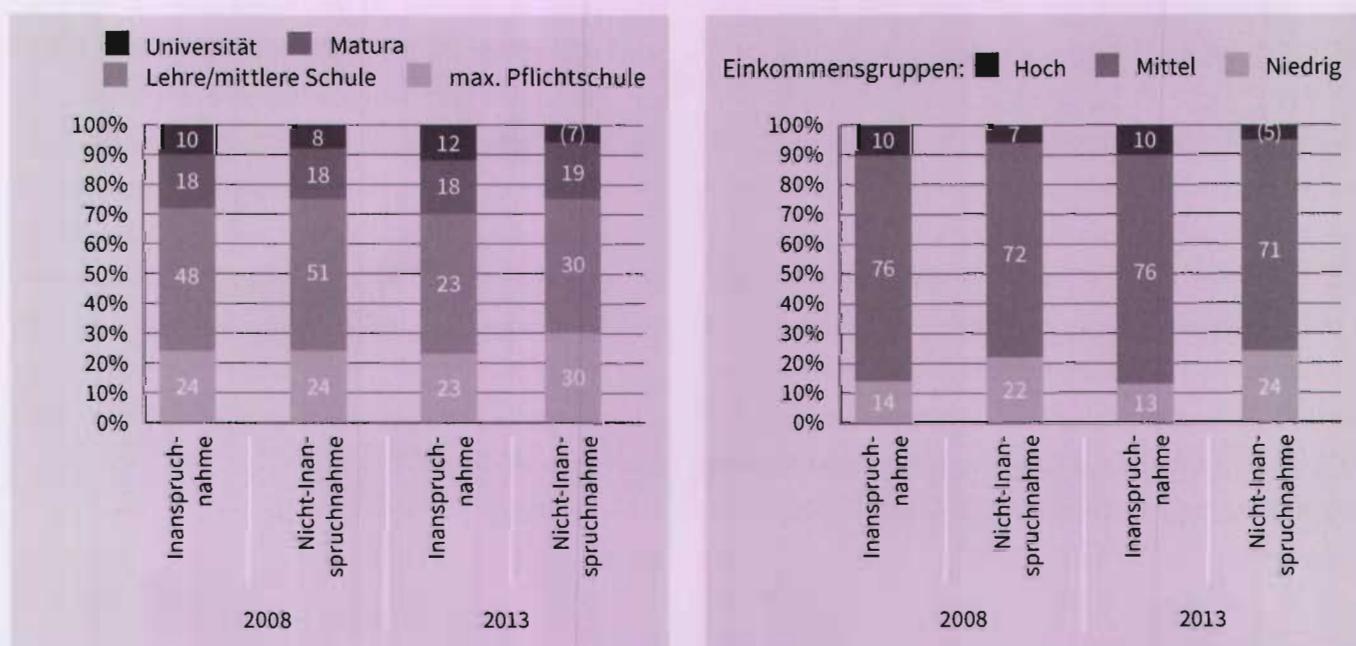
Nicht-Inanspruchnahme zahnmedizinischer Leistungen 2008 und 2013 nach höchstem Bildungsabschluss und Einkommensgruppen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Personen ab 16 Jahren; sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert; Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

Inanspruchnahme und Nicht-Inanspruchnahme sonstiger medizinischer Leistungen 2008 und 2013 nach höchstem Bildungsabschluss und Einkommensgruppen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Personen ab 16 Jahren; sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert; Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

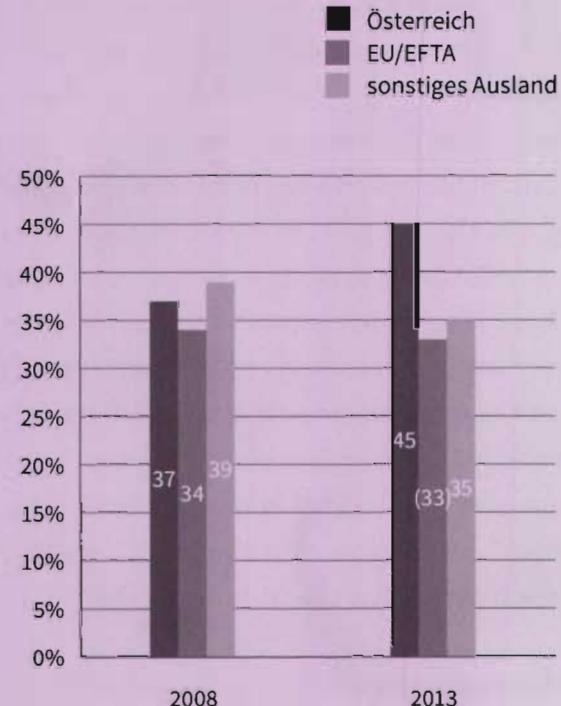
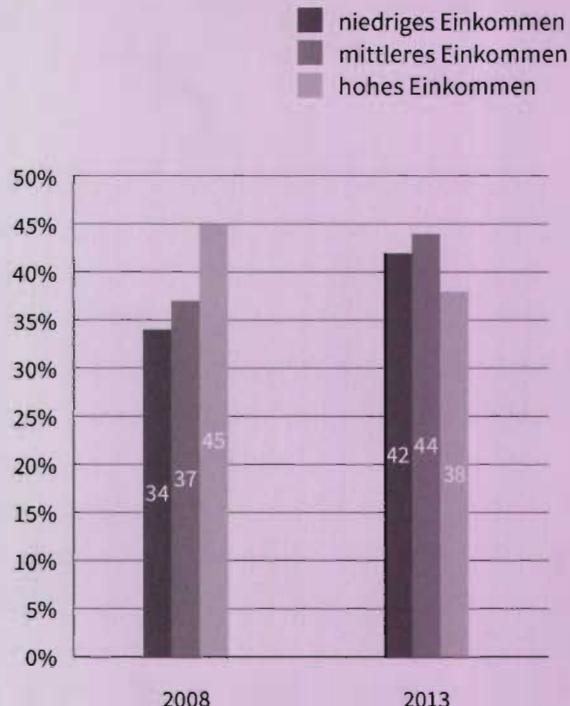
Bei den sonstigen medizinischen Leistungen ergeben sich ebenfalls Unterschiede zwischen Personen, die eine dringend benötigte Behandlung in Anspruch genommen haben und jenen, die dies nicht getan haben (vgl. Abbildung „Inanspruchnahme und Nicht-Inanspruchnahme sonstiger medizinischer Leistungen 2008 und 2013 nach höchstem Bildungsabschluss und Einkommensgruppen“). Bezogen auf das Jahr 2013 haben letztere vergleichsweise häufiger nur einen Pflichtschulabschluss und leben öfter in Haushalten mit niedrigem Einkommen. Betrachtet man für diese beiden Gruppen die Prozentpunkte-Differenz der Anteile jener, die notwendige medizinische Leistungen in Anspruch genommen haben, mit dem Anteil jener, die dies nicht getan haben, so zeigt sich, dass die soziökonomischen Unterschiede 2008 weniger stark ausgeprägt waren als 2013.

13.7.2 Kinderbetreuung

Es wird geprüft, ob der Anteil der im Kindergarten betreuten Kinder (gemessen in Prozent aller Kinder unter 7 Jahren) nach dem Äquivalenzeinkommen, dem höchsten Bildungsabschluss im Haushalt, der Wohnregion sowie nach Staatsbürgerschaft des Kindes variiert (vgl. Abbildung „Betreuungsquoten im Kindergarten 2008 und 2013 nach Einkommensgruppen und Staatsbürgerschaft“). Für alle Merkmale zeigt sich ein Zusammenhang mit der Quote der im Kindergarten betreuten Kinder. So lag der Anteil der betreuten Kinder aus Haushalten mit hohem Einkommen 2008 bei 45% im Vergleich zu 34% bei Kindern aus Haushalten mit niedrigem Einkommen. Im Zeitablauf ist generell

eine Verringerung dieses Unterschieds zu beobachten. 2013 lag die Betreuungsquote bezogen auf Kinder im Kindergarten in der höchsten Einkommensgruppe mit 38% unter jener bei Kindern aus Haushalten mit niedrigem (42%) oder mittlerem Einkommen (44%). Auch in Bezug auf den höchsten Bildungsabschluss im Haushalt zeigt sich ein ähnliches Bild. Betreuung in Kindergärten kommt im Jahr 2013 Kindern aus Haushalten mit Lehre/mittlerer Schule (46%) sowie Matura (44%) als höchstem Bildungsabschluss etwas häufiger zu als Kindern aus AkademikerInnenhaushalten (38%). Bezogen auf die Staatsbürgerschaft stieg von 2008 bis 2011 vor allem bei Kindern aus Nicht-EU/Nicht-EFTA Staaten die Betreuungsquote in Kindergärten kontinuierlich an und lag 2011 bei über 50%. Bei der Betreuungsquote von Kindern mit österreichischer Staatsbürgerschaft ist im selben Zeitraum ein ähnlicher, aber weniger starker Anstieg zu beobachten. Im Jahr 2013 war die Betreuungsquote bei Kindern aus Nicht-EU/Nicht-EFTA-Staaten um ca. 10 Prozentpunkte niedriger als bei Kindern mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Im Hinblick auf regionale Unterschiede ist eine geringfügige Veränderung des Zusammenhangs erkennbar. Während 2008 in Wien der Anteil der in Kindergärten betreuten Kinder im Vergleich zu anderen Regionen am höchsten lag (41%) hat sich dieses Verhältnis bis 2013 etwas gedreht. Gegenwärtig findet sich in weniger dicht besiedelten Regionen (<100.000 Einwohnende) ein etwas höherer Anteil der in Kindergärten betreuten Kinder als in urbanen Regionen (> 100.000 und Wien).

Betreuungsquoten im Kindergarten 2008 und 2013 nach Einkommensgruppen und Staatsbürgerschaft



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

100% = alle Kinder unter 7 Jahren; sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert; Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%

13.8 Soziale Teilhabe

Die sozialen Teilhabemöglichkeiten stellen einen wichtigen Aspekt der persönlichen Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens dar, darüber hinaus sind sie auch eine bedeutende Voraussetzung gesellschaftlicher Solidarität. Merkmale sozialer Teilhabe können etwa das Vorhandensein von tragfähigen sozialen Kontakten, die Qualität der Beziehungen zu anderen Menschen, die Möglichkeiten zur Ausübung gewisser Freizeitaktivitäten wie auch die Teilhabe an Kultur, Politik und gesellschaftlichem Leben sein.

13.8.1 Soziale Teilhabe von Erwachsenen

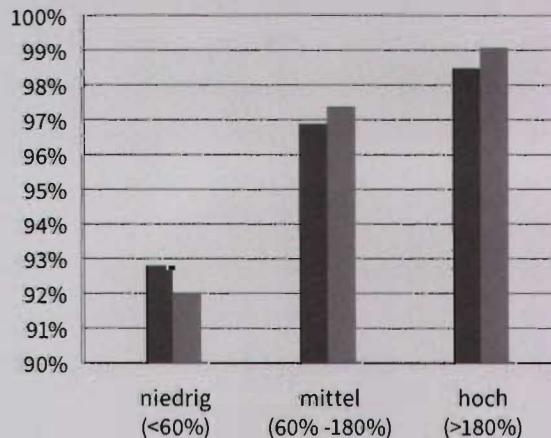
Intakte persönliche Beziehungen, die Hilfestellung insbesondere in Krisensituationen bieten können, sind wesentlich für die individuellen Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden. In Österreich ist dabei ein hohes Niveau an verfügbaren sozialen Kontakten gegeben. 97% der Personen berichten, dass sie jemanden haben, mit dem sie über vertrauliche und persönliche Angelegenheiten sprechen können bzw. Verwandte, Freunde oder Nachbarn haben, die sie um Hilfe bitten können. Die Abbildung „Verfügbarkeit von sozialen Beziehungen 2013 nach Einkommensgruppen“ zeigt aber auch, dass die Verfügbarkeit von sozialen Beziehungen auf Personen aus den verschiedenen Einkommensgruppen ungleich verteilt

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

ist. Personen der unteren Einkommensgruppe haben seltener soziale Kontakte, mit denen sie über vertrauliche und persönliche Angelegenheiten sprechen oder die sie um Hilfe bitten können, als Personen aus der mittleren und höheren Einkommensgruppe. Während etwa mit 99% nahezu alle Personen der höheren Einkommensgruppe Verwandte, Freunde oder Nachbarn haben, an die sie sich im Bedarfsfall wenden können, trifft dies auf nur 92% der Personen aus der unteren Einkommensgruppe zu. Dieses Muster spiegelt sich auch in der Zufriedenheit mit den persönlichen Beziehungen wider: Personen der niedrigen Einkommensgruppe sind auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht zufrieden“) bis 10 („vollkommen zufrieden“) mit einer durchschnittlichen Zufriedenheit von 8,2 etwas unzufriedener als Personen der höheren Einkommensgruppe, die im Mittel einen Wert von 8,7 angeben.

Verfügbarkeit von sozialen Beziehungen 2013 nach Einkommensgruppen

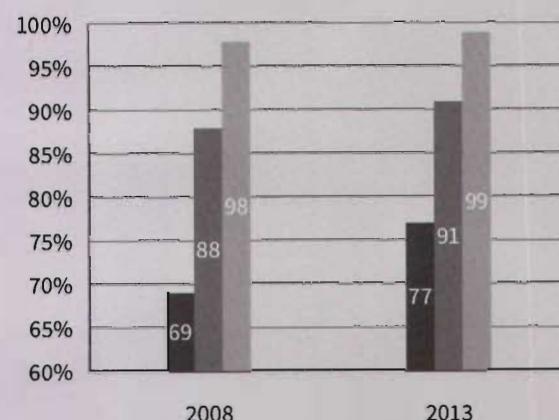
- Habe jemanden, mit dem ich über vertrauliche und persönliche Angelegenheiten sprechen kann.
- Habe Verwandte, Freunde oder Nachbarn, die ich um Hilfe bitten kann.



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden
Personen ab 16 Jahren. Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

Pflege von sozialen Kontakten nach Einkommensgruppen 2008 und 2013

■ Niedrig (<60%) ■ Mittel (60% bis 180%)
■ Hoch (>180%)



Haushalt kann es sich leisten, einmal monatlich Freunde oder Verwandte zu sich nach Hause zum Essen einzuladen

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2008, 2013

Personen ab 16 Jahren; Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

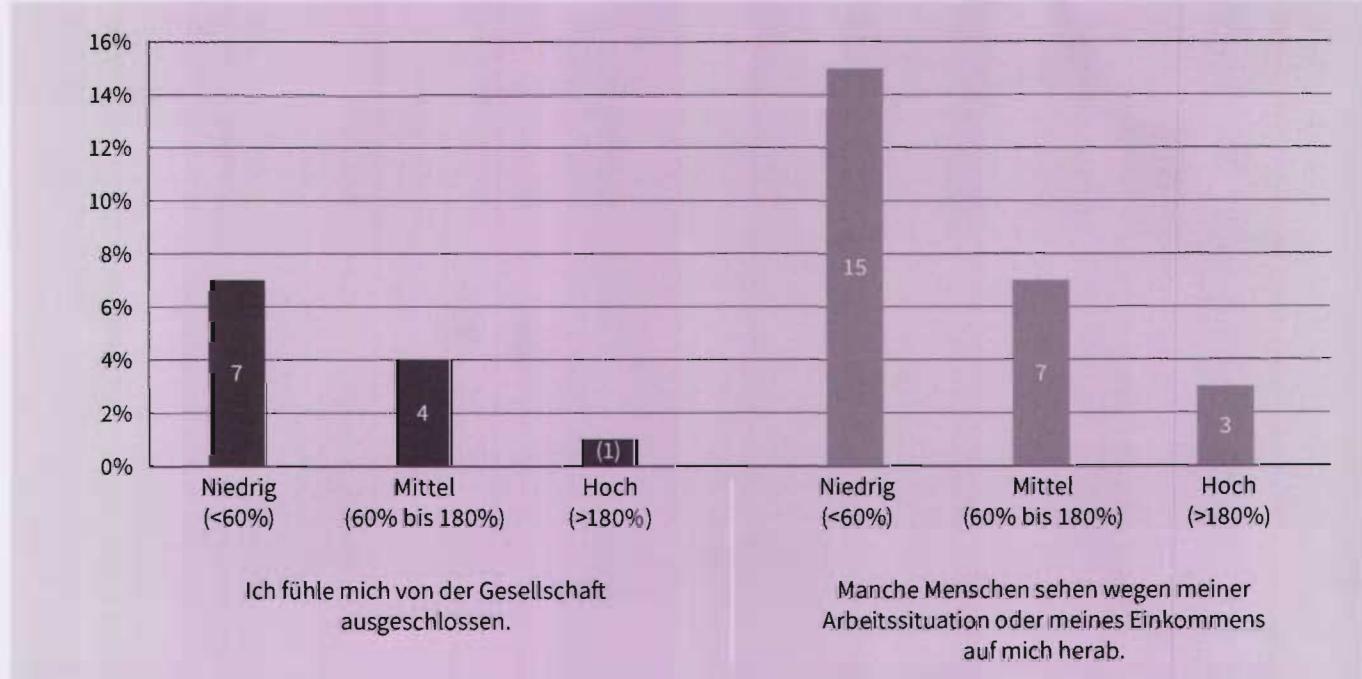
Über die Verfügbarkeit von sozialen Beziehungen hinaus ist auch die Pflege der bestehenden sozialen Kontakte wesentlich für soziale Partizipation. Denn erst durch anhaltendenden, regelmäßigen Kontakt zu anderen Menschen entstehen stabile Beziehungen, wodurch der soziale Rückhalt in Notlagen gesichert ist. Auch hier zeigen sich Ungleichheiten zwischen den Einkommensgruppen: Aus der Abbildung „Pflege von sozialen Kontakten nach Einkommensgruppen 2008 und 2013“ ist zu erkennen, dass Personen der niedrigen Einkommensgruppe am wenigsten ihre sozialen Kontakte pflegen können. Sie haben im geringeren Ausmaß die finanziellen Mittel dazu, jemanden zu sich nach Hause zum Essen einzuladen. Bei Personen der höheren Einkommensgruppe ist dies nahezu für alle möglich, von den Personen der unteren Einkommensgruppe kann sich mehr als ein Fünftel dies nicht leis-

ten. In der längerfristigen Betrachtung von 2008 auf 2013 zeigt sich für letztere Gruppe allerdings eine Verbesserung. Während sich 2008 nur 69% der Personen aus der niedrigen Einkommensklasse zumindest einmal im Monat mit Freunden oder Verwandten trafen, waren es 2013 77%.

Als Ergänzung zu den bisher beschriebenen Aspekten der sozialen Teilhabe wird im folgenden Teil noch auf ihr Gegenstück, die soziale Exklusion (Ausschluss) eingegangen. Im Rahmen des Moduls 2013 zum Thema Wohlbefinden liegen dazu Bewertungen von Aussagen vor, die auf wahrgenommene soziale Exklusion

abzielen. „Sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen“ trifft „voll und ganz“ oder „eher“ auf 7% der unteren, allerdings nur auf 1% der Personen aus der oberen Einkommensgruppe zu. Diese Antworttendenz ist auch bei der Aussage, welche die Anerkennung durch andere Personen zum Inhalt hat, zu erkennen: Je niedriger das verfügbare Einkommen ist, desto stärker wird soziale Exklusion wahrgenommen. So berichten 3% der oberen Einkommensgruppe, dass „manche Menschen wegen ihrer Arbeitssituation oder ihres Einkommens auf sie herabsehen“, während dies 15% der Personen, die über ein niedriges Haushaltseinkommen verfügen, angeben.

Wahrgenommene soziale Exklusion 2013 nach Einkommensgruppen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden

Personen ab 16 Jahren, welche auf die jeweilige Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen; Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

13.8.2 Soziale Teilhabe von Kindern

Abschließend wird noch ein Blick auf einige Aspekte der sozialen Teilhabemöglichkeiten von Kindern geworfen. Aus der Abbildung „Ausgewählte Aspekte der

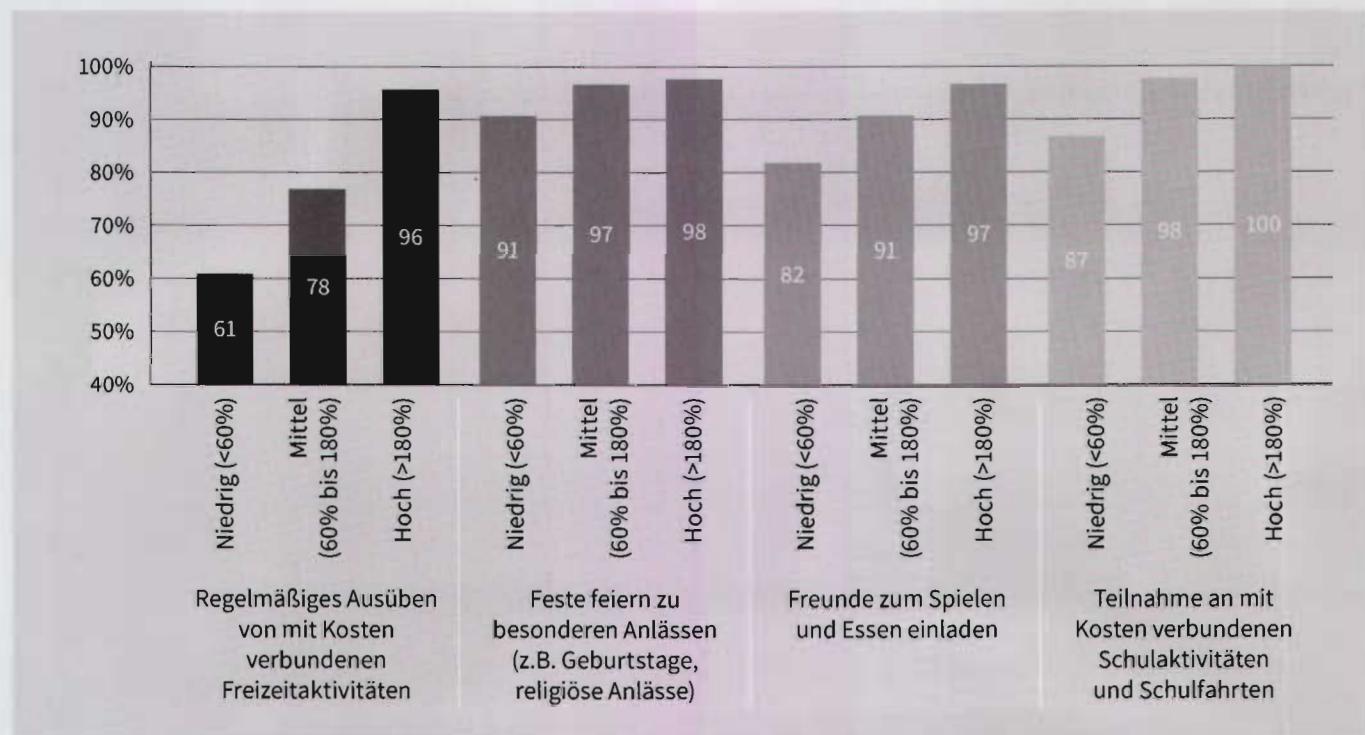
sozialen Teilhabe von Kindern nach Einkommensgruppen 2013“ ist zu erkennen, dass sich die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen am deutlichsten beim Merkmal „Regelmäßiges Ausüben von

13. LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

mit Kosten verbundenen Freizeitaktivitäten“ äußern. Im Jahr 2013 übten nur 61% der Kinder, die in Haushalten der niedrigen Einkommensgruppe lebten, aber 96% der Kinder aus der höheren Einkommensgruppe solche Freizeitaktivitäten aus. Kinder aus Haushalten der mittleren Einkommensgruppe liegen mit 78% dazwischen. Bei Verneinung der Frage wird der Grund für die Nichtausübung erhoben. Finanzielle Ursachen werden dabei in der höheren Einkommensgruppe über alle Jahre hinweg in praktisch keinem Fall ge-

nannt, hingegen sind dies im Durchschnitt für deutlich mehr als die Hälfte (62%) der Kinder aus der niedrigen Einkommensgruppe die ausschlaggebenden Hindernisse. Zusätzlich ist – wie auch schon im Kapitel 13.4 angesprochen – zu vermuten, dass finanzielle Barrieren noch häufiger vorkommen dürften, da eine unbewusste Uminterpretation von „kann mir das nicht leisten“ zu „will das nicht“ durch kognitive Strategien wahrscheinlich ist.

Ausgewählte Aspekte der sozialen Teilhabe von Kindern nach Einkommensgruppen 2013



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

Feste feiern, Freunde einladen, Freizeitaktivitäten ausüben: Kinder ab 2 Jahren (zum Befragungszeitpunkt); Schulaktivitäten/-fahrten: Kinder ab 6 Jahren (zum Befragungszeitpunkt), die eine Schule besuchen; Einkommensgruppen in % des Median des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis 180%, Hoch >180%; gerundete Werte

Merkliche Unterschiede sind daneben auch zu beobachten, wenn Einladungen an Freunde betrachtet werden. 82% der Kinder aus Haushalten mit niedrigem Einkommen laden 2013 von Zeit zu Zeit Freunde und Freundinnen zum Spielen und Essen ein. Für Kinder aus Haushalten mit mittlerem Einkommen (91%)

und hohem Einkommen (97%) wird dies häufiger bejaht. Diese Tendenz einer höheren sozialen Teilhabe bei steigendem Einkommen wird auch in den Bereichen „Feste feiern“ und „Teilnahme an Schulaktivitäten bzw. -fahrten“ deutlich. Allerdings ist hier das Niveau insgesamt bereits höher und die Unterschiede